Sparer bluten, Schuldner sahnen ab S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 5 – 31. Januar 2015
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Von einem Irrweg in den nächsten: Griechische Studenten mit Plakaten der deutschen Linkspartei in Athen

Bild: action press

»Die Deutschen zahlen«

Griechenland: Das groteske Resultat jahrzehntelanger Subventionspolitik

Nach der Wahl will Griechenlands neuer Premier Tsipras die deutschen Steuerzahler noch stärker zur Kasse bitten.

Nach dem Wahlausgang in Griechenland stehen die Mächtigen in der EU und der Euro-Zone vor einem Scherbenhaufen, dessen Ausmaße erst in den kommenden Wochen sichtbar werden. Allen Mahnungen und Beschönigungen zum Trotz kann nicht mehr verborgen werden, dass ihre Politik brutal gescheitert ist.

Der Ursprung der Misere reicht weit länger zurück als bis zum Beitritt der Hellenen zum Euro, der nur möglich war durch Lug und Trug. Der falsche Weg wurde bereits vor 35 Jahren eingeschlagen. Seit Beginn der 80er Jahre wurde das Land mit Subventionen vollgepumpt, für welche die Bürger in den Nettozahler-Ländern wie Deutschland aufkommen mussten. Das gegenleistungslose Geld hat in Griechenland nach und nach jeden Bezug zum Zusammenhang von Leistung und Ertrag, von Soll und Haben zerstört. Die Milliarden züchteten Korruption, Misswirtschaft und Maßlosigkeit und zerrütteten so die Volkswirtschaft und die Moral im Land: Wo alle die Hand aufhalten und abgreifen, was sie nur können, da war derjenige der Dumme, der es ihnen nicht gleichtat.

> Die Frage ist, wann auch die Nettozahler die Geduld verlieren

Profitiert haben korrupte Eliten sowie, vor allem zum grotesken Ende hin, Banken und Spekulanten, die an den Schleusen des Milliardenstroms saßen, während die einfachen Griechen zuletzt im Elend der herbei subventionierten Fäulnis versanken und ins Bodenlose fielen.

Opfer waren aber nicht bloß die Griechen, sondern insbesondere jene fleißigen Steuerzahler, welche den Strom füttern mussten, in der Masse insbesondere die Deutschen. Alexis Tsipras will, dass die Griechen aus der Misere befreit werden, auch will er die korrupten Eliten angehen und das EU-Diktat beenden.

Doch das Subventionsspiel soll weitergehen: „Egal was passiert, die Deutschen werden zahlen“, verkündete er noch kurz vor der Wahl.

Damit sollen die Deutschen und mit ihnen die weiteren EU-Nettozahler also erneut ausgebeutet werden. Zur Erinnerung: Abgesehen von Belgien ist die Steuer- und Abgabenbelastung der Deutschen schon jetzt die höchste in der entwickelten Welt. Und per Euro-bedingter Nullzinspolitik werden den Deutschen auch noch die Ersparnisse geraubt. Aber das reicht Tsipras offenbar noch bei weitem nicht, er will mehr.

Wenn die EU-Oberen Athen die kalte Schulter zeigen, könnte es in Hellas bald zum Aufruhr kommen. Geben sie Tsipras aber nach, werden den nicht nur andere Krisenländer gleiches Recht für sich fordern, was einem Dammbruch gleichkäme. Im Falle des Nachgebens dürfte den dann noch mehr belasteten Deutschen, Holländern oder Finnen endgültig der Geduldsfaden reißen. Der Betrug an ihnen würde noch offensichtlicher. So sehen sich die EU-Mächtigen an allen Seiten umstellt von Widersprüchen, die sie selbst produziert haben. *Hans Heckel*

Jan Heitmann: Nahles sei Dank

Gut, dass wir Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles haben, eine Frau mit wahrem politischen Gestaltungswillen, ausschließlich dem Wohle des Bürgers verpflichtet, versteht sich. Sie zeigt uns, was wirklich wichtig ist. Jüngstes Beispiel: der Entwurf für eine Neufassung der Arbeitsstättenverordnung. Endlich ist es vorbei mit dem Toilettengang bei Kunstlicht, denn Nahles will „Sichtverbindungen nach außen“, gemeinhin Fenster genannt, auch für Sanitärräume zur Pflicht machen. Um die Kollegen nicht in Versuchung zu bringen und ihnen den Anblick verschwitzter Arbeitsklamotten zu ersparen, muss jedem Mitarbeiter ein eigener verschließbarer Schrank zur Verfügung gestellt werden.

Auch über „tragbare Bildschirmgeräte für die ortsveränderliche Verwendung“ (Laptop) und das komfortable Auflegen der Handballen vor der Tastatur hat sie sich Gedanken gemacht. Und dass „bei Textdarstellungen auf dem Bildschirm der Zeichen- und der Zeilenabstand adäquat“ sind, hat der Arbeitgeber unter allen Umständen sicherzustellen. Seiner Pflicht zu überprüfen, ob der Bildschirmarbeitsplatz „sicher und geeignet“ ist, hat er nicht nur in den Betriebsräumen nachzukommen, sondern auch bei „Bildschirmarbeitsplätzen im häuslichen Bereich“. Die mit Heimarbeit betrauten Arbeitnehmer werden sich über dieses regelmäßige Eindringen ihres Chefs in ihre Privatsphäre sicherlich sehr freuen. So wie der sich über die Investitionen für Fenster, Schränke und in „Größe, Form und Gewicht angemessene“ Bildschirmgeräte freuen wird. Nahles sei Dank.

Die Moral von der Geschichte: Nicht jeden Regelungsirrsinn haben wir zwangsläufig der EU zu verdanken.

Langsam bröckelt die Front

SPD-Chef Gabriel eröffnet den Dialog mit Pegida, Sachsens Ministerpräsident Tillich stellt sich gegen die Kanzlerin

Alles Aussitzen, Diffamieren, Beleidigen und Ausgrenzen hilft nichts, so leicht wird die Politik Pegida nicht los. Das einzige was hilft, ist der Dialog mit denjenigen, die nach Einschätzung des Leiters der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, nicht die Furcht vor Islamisierung antreibe, denen es nicht nur um Flüchtlinge und Asyl gehe, sondern auch um Themen wie den Euro, die Steuerpolitik, die Rundfunk-Zwangsabgabe oder die Maut. Die Bürger ahnten, dass die Politiker bei diesen Themen nicht mit offenen Karten spielten und ihre Versprechen selten einhielten.

Dem Naheliegendsten jedoch, nämlich, dies im Dialog zu klären, hat sich die etablierte Politik monatelang verweigert. Stattdessen hat sie bei den Pegida-Gegnern medienwirksam leicht verdienten Beifall geerntet. Wer sich Volkspartei nennt, darf aber nicht nur bei denjenigen auftreten, die ohnehin der gleichen Meinung sind, sondern muss sich auch den Kritikern und Zweiflern stellen, selbst wenn es unbequem oder auch schwierig ist. Der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel hat das, wenn auch reichlich spät, erkannt.

> Zweckbündnis Merkels mit Linksextremisten

Über seine krampfhaft gepflegte Attitüde vom Privatmann kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber er hat sich dieser selbstverständlichen Herausforderung schließlich gestellt. Einen anderen Weg in die gleiche Richtung geht Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich mit seiner Feststellung, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre. Da er sich damit gegen seine allmächtige Parteivorsitzende Angela Merkel stellt, paart sich hier Einsicht mit einer gewissen Portion Mut.

Merkel ist es mit ihrer simplen Anti-Pegida-Rhetorik gelungen, ausgerechnet mit der extremistischen Linken ein Zweckbündnis gegen Pegida zu schmieden. Denn von der hört man plötzlich ungewohnte Töne. Diejenigen, die bisher Parolen wie „Deutschland verrecke“ und „Feuer und Flamme für diesen Staat“ skandierten, propagieren ihren Kampf gegen die „degenerierten Pegida ‚Nazischweine‘“ plötzlich mit Vokabeln wie „wir Bundesbürger“, „unsere Bundesrepublik“ sowie „unsere Demokratie und Verfassung“. Selbst ein solch bemerkenswerter Schulterschluss ist also problemlos möglich, wenn es gegen Pegida geht: Hier die christdemokratische Bundeskanzlerin, die mit ihren Reden willfährig ihre extremen politischen Gegner bedient, und hier eben diese, die sich auf einmal zu dem von ihnen gehassten und bekämpften Staat bekennen.

Eine ebenfalls fragwürdige Rolle spielen weiterhin die Funktionseliten. Einem katholischen Pfarrer, der bei einer Pegida-Demonstration Merkels Aussagen kritisiert und sich kritisch über das demonstrative

> Funktionseliten spielen fragwürdige Rolle

Ausschalten der Lichter am Kölner Dom geäußert hatte, entzog sein Bischof sofort die Predigterlaubnis. Wenn Geistliche für ein Bleiberecht für Flüchtlinge oder gegen die Atomkraft auf die Straße gehen, für lateinamerikanische Befreiungstheologie und sogar kommunistische Bewegungen eintreten, werden sie dagegen als mutige Vertreter einer aufgeklärten Zivilgesellschaft gefeiert. Das zu sein werden wohl auch die Rektoratsmitglieder der Universität Leipzig für sich beanspruchen, die geschlossen an Gegenkundgebungen teilnahmen, „selbiges sehr gern“ von den Studierenden erwarteten und deshalb die Lehrveranstaltungen „in den öffentlichen Raum“ verlegten. Auf ähnliche Weise füllten die Leitungen der fünf Lübecker „Europaschulen“ die Reihen der Gegendemonstranten. Die Anti-Pegida-Kundgebung wurde kurzerhand zur Schulveranstaltung erklärt und die Teilnahme der Schüler damit Pflicht. *J.H.*

MELDUNGEN

Europarat bald ohne Moskau?

Brüssel – Die parlamentarische Versammlung des Europarats will die Vollmachten der russischen Delegation weiter eingeschränken. Allen voran die ukrainischen Vertreter fordern dies. Russland war wegen seiner Ukrainepolitik die Stimme entzogen worden. Moskau könnte seine Mitgliedschaft im Europarat auch selbst aufkündigen. Es gehe ohnehin nur um symbolische Dinge, da der Europarat nur ein beratendes Organ sei, meint Sergej Utkin, Politologe an der Russischen Akademie der Wissenschaften. Tritt Russland aus, können Russen sich nicht mehr an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden, Ohne Rücksicht auf europäisches Recht nehmen zu müssen, könnte der Kreml die Todesstrafe wieder einführen, warnt dagegen der Politologe Alexej Makarkin. *MRK*

Ärger um eine »Arbeitsversion«

Kiew – Ein im Dezember vergangenen Jahres abgeschlossener Vertrag des staatlichen Energiekonzerns „Ukrinterenergo“ mit dem Generaldirektor des russischen Rechnungszentrums veranlasste den ukrainischen Premierminister Arsenij Jazenjuk Anlass zur scharfen Kritik an Energieminister Wladimir Demtschischin. er kristisierte einige Formulierungen in dem Vertragswerk, in dem es um russische Kohlelieferungen in die Ukraine geht und in dem Kiew sich verpflichtet, Strom auf die Krim zu liefern. Einige Formulierungen lassen vermuten, dass die Ukraine die Krim als Teil Russlands anerkannt habe. Jazenjuk forderte Demtschischin auf, zu erklären, warum in dem Vertrag von einem „Föderalen Krim-Kreis der Russischen Föderation“ die Rede ist. Dieser antwortete, es habe sich um eine „Arbeitsversion“ gehandelt. In der endgültigen Version sei diese Formulierung geändert worden. Das klingt nach einer Notlüge, da der umstrittene Text bereits veröffentlicht war. *MRK*

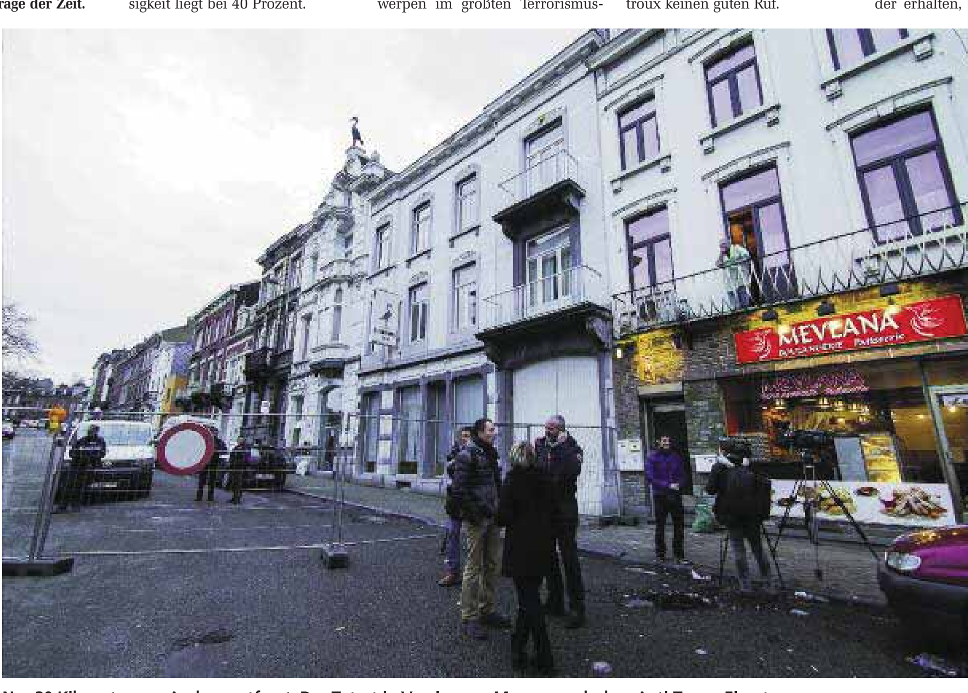
ILO warnt vor sozialen Unruhen

Genf – In einem Bericht warnt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vor sozialen Unruhen als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise. Das Vertrauen der Menschen in die Regierungen sei unterhöhlt, dementsprechend sei das Risiko sozialer Unruhen groß. Das gelte insbesondere für Länder mit hoher oder schnell wachsender Jugendarbeitslosigkeit. In Übereinstimmung mit der weltweiten Arbeitslosenrate sei das prozentuale Aufkommen von sozialen Unruhen seit Krisenbeginn in die Höhe geschnellt und liege jetzt zehn Prozent höher als vor der Krise. Dem Bericht zufolge sind gegenwärtig weltweit 201 Millionen Menschen ohne Arbeit, die Zahl der Arbeitslosen könnte bis 2019 auf 212 Millionen anwachsen. Seit Beginn der Krise 2008 sind demnach mehr als 61 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) macht unterdessen wenig Hoffnung auf eine Besserung der weltweiten Wirtschaftslage. Grund dafür seien etwa schwächere Aussichten in China, Russland, Japan und im Euro-Raum. Die globale Wirtschaftsleistung werde dieses Jahr um 3,5 Prozent zulegen und 2016 um 3,7 Prozent und damit geringer ausfallen als noch vor wenigen Monaten prognostiziert. *J.H.*

Europas Hochburg des Dschihad

Belgien im Allgemeinen und Verviers im Besonderen haben eine auffallend hohe Islamistendichte

Nach Paris erreicht der Dschihad auch das nur 30 Kilometer von Aachen entfernte belgische Verviers. Dass er nach Deutschland kommt, scheint nur eine Frage der Zeit.



Nur 30 Kilometer von Aachen entfernt: Der Tatort in Verviers am Morgen nach dem Anti-Terror-Einsatz

Bild: action press

Die einst blühende Textilstadt Verviers ist am 14. Januar noch einmal mit dem Schrecken davongekommen, als bei der Verhaftung von aus Syrien heimgekehrten Dschihadisten, die einen Anschlag auf eine Polizeidienststelle planten, zwei von ihnen erschossen wurden, nachdem sie mit Kriegswaffen das Feuer auf die Polizei eröffnet hatten. Verviers ist so etwas wie Dinslaken in Deutschland, ein besonders fruchtbarer Nährboden für junge Dschihadisten. Dass die Stadt mit rund 56 000 Einwohnern für Dschihadisten so interessant ist, hat mehrere Gründe. Da ist zunächst einmal seine geografische Nähe zu Deutschland und den Niederlanden, die Verviers als Transitstadt interessant macht. Des Weiteren leben in Verviers 117 verschiedene Nationalitäten, die meisten davon muslimischen Glaubens. Am stärksten vertreten sind türkische, nordafrikanische und tschetschenische Zuwanderer. Es gibt ein Dutzend Moscheen, einige davon haben sich in den letzten Jahren radikalisiert. Unter den Dschihadisten, die von Verviers nach Syrien gegangen sind, bilden die Tschetschenen die stärkste Gruppe. Und schließlich gehört Verviers nach dem Zusammenbruch seiner Textilindustrie zu den 20 ärmsten Gemeinden Belgiens, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent.

Aus keinem Staat Westeuropas ist ein derart großer Anteil der Bevölkerung in den Dschihad gezogen. Rund 500 Belgier schlossen sich den Gotteskriegern an, der Jüngste soll gerade einmal 13 Jahre alt sein. Aus der ostbelgischen Stadt Verviers sind acht Personen nach Syrien in den Kampf gezogen. Zurück kamen zwei. Die übrigen wurden getötet, verwundet oder verhaftet.

Islamische Extremisten haben ein besonderes Gespür für gescheiterte Staatsprojekte

Maßgeblicher Akteur bei der Rekrutierung von dschihadistischen Kämpfern ist die Gruppierung „Sharia4Belgium“. Gründer und Anführer dieser Gruppe ist Fouad Belkacem aus Antwerpen. Seit vergangenem Herbst stehen in Antwerpen im größten Terrorismusprozess der belgischen Geschichte der Hassprediger und 45 weitere Personen, alles Syrienkämpfer oder Werber, vor Gericht. Eltern mehrerer Angeklagter berichteten, dass Belkacems Truppe ihre Söhne einer regelrechten Gehirnwäsche unterzogen habe. Eine Mutter warf dem 32-jährigen Hauptangeklagten während der Verhandlung vor, ihren Sohn in einen „programmierten Roboter“ verwandelt zu haben. Im Februar soll ein Urteil gefällt werden. Die belgische Justiz hat seit den Pannen und Affären um den Kindermörder Marc Dutroux keinen guten Ruf.

Nicht nur wegen des Prozesses in Antwerpen waren die Sicherheitsbehörden des Landes schon seit Längerem in größter Alarmbereitschaft. Auch die Dschihadisten von Paris, die eine Woche zuvor zugeschlagen hatten, hatten sich ihre Waffen in Belgien besorgt. Der Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel am 24. Mai vergangenen Jahres war das erste Attentat eines nach Europa zurückgekehrten Syrienkämpfers auf dem Kontinent. Bereits lange vorher konnten sich Juden in manchen mehrheitlich muslimisch bewohnten Orten nicht mehr mit einer Kippa auf die Straße trauen. Militärangehörige hatten die Order erhalten, nicht mehr in Uniformen ihre Kasernen zu verlassen. Belgien war auch das erste Land Westeuropas mit einer islamistischen Partei, die mit Forderungen nach Einführung der Scharia in manchem Stadtviertel von Brüssel und Lüttich nach den Kommunalwahlen 2012 Mitglieder in die Stadträte entsenden konnte. Auf dem großen viertägigen Islamischen Kongress in Brüssel im vergangenen November sprachen Europas führende Muslimbrüder, wie der Palästinenser Tareq Ramadan oder der Tunesier Ahmed Jaballah, der ein Referat zu dem Thema „Scharia, Kalifat und Dschihad“ hielt.

Das Vordringen des radikalen Islams in Belgien hat auch etwas mit der lähmenden politischen Situation dort zu tun. Der Dauerkonflikt zwischen Flamen und Wallonen hatte vor einiger Zeit dazu geführt, dass Belgien fast zwei Jahre ohne Regierung war. Sollte es einmal so etwas wie einen „failed state“ auch in Europa geben, wäre Belgien sicher ein Kandidat. Islamisten haben ja ein besonderes Gespür für solche gescheiterten Staatsprojekte, nicht nur in Afrika und in Asien, sondern neuerdings auch in Europa.

Bodo Bost

»Kompletter Fehlschlag«

Scheidender Ombudsmann im Kosovo zieht ernüchternde Bilanz

Wütend und frustriert ist Sami Kurteshi Ende vergangenen Jahres nach fünfjährigem Mandat als Ombudsmann im Kosovo aus dem Amt geschieden. Was er und EU-Fortschrittsberichte früher rügten, politisches Desinteresse und schlechter werdende finanzielle Ausstattung seitens der Republik Kosovo, hat sich 2014 noch verschärft. Rechtlich gesehen, war das Jahr ein „kompletter Fehlschlag“, weil niemand Mut zu Reformen hat und Behörden Gesetze missachteten. Kurteshis letzter Bericht (für 2013) redet Klartext: Sein Budget war auf 891 000 Euro und sein Stab auf 55 Mitarbeiter gestutzt worden. Mit diesen Ressourcen wurden mit 2047 deutlich mehr Klagen als im Vorjahr bearbeitet.

Zwar hat sich einiges leicht verbessert, aber generell bleibt das Kosovo eine ökonomisch desolate und sozial verelendete recht- und chancenlose Wüste, die nicht zufällig Europas Brennpunkt des Waffen-, Drogen- und Menschenschmuggels ist. „Besorgt“ konstatiert Ombudsman Kurteshi „einen Anstieg der Morde unter Waffenanwendung wie auch die wachsende Zahl illegaler Waffen in den Händen Einzelner“. Mit Waffen vollziehen Erwachsene die Blutrache oder tragen Besitzstreitigkeiten aus – „viele Kinder wehren sich mit Messern und Feuerwaffen gegen die allgegenwärtige Gewalt in Schulen“. Albanische Schulen sind in Ausstattung, Hygiene und Lehrmaterial so schlecht, dass nichtalbanische

Keine Einigung auf Nachfolger für Sami Kurteshi

Kinder lieber in serbische Schulen im Nordkosovo gehen, die von Belgrad besser ausgestattet sind. Armut und Arbeitslosigkeit erreichen Höchstwerte, Korruption und Rechtsverletzungen sind Alltag, Umweltschutz findet praktisch nicht statt, das gesetzliche Folterverbot wird in Gefängnissen und Polizeirevieren kaum beachtet. Kosovarische Wahlen sind eine Groteske. Gerichtsprozesse werden über Gebühr in die Länge gezogen. 466 255 Fälle sind ungelöst. Serbische Gemeinden leiden unter albanischem Dauerterror. Serbische Klöster und Kirchen wie das Patriarchat von Pec werden von Albanern als „Verstecke serbischer Spione“ verteufelt, und die internationale Kfor muss sie gegen Anschläge schützen. Russlands UN-Botschafter Witali Tschurkin bestätigte Ende 2014 diese Klage Kurteshis mit allem Nachdruck.

Frauen werden diskriminiert, Kinder zu Schwerstarbeit oder Prostitution gezwungen, Jugendliche sind ohne Chance. Die deutsche Botschaft in Priština kennt die Folgen: Mit „fast perfekt gefälschten Papieren“ kommen sie nach Deutschland, von wo man sie „zwangsweise repatriiert“ – in ein Kosovo, wohin keiner der laut OSZE im Dezember 2014 220 000 Flüchtlinge zurück will. Die Wirtschaftsmisere aus Stagnation, Handelsdefizit und Armut trifft besonders alte Menschen, die unter mangelhafter Kranken- und Sozialversicherung und Hunger-Renten leiden.

In dieser Situation bedürfte es eines Herkules, der den kosovarischen Stall ausmistet. Er ist nicht in Sicht. Ende März 2014 mühte sich das Kosovo-Parlament jedenfalls trotz mehrerer Anläufe vergeblich, einen Nachfolger für Kurteshi zu küren. *Wolf Oschlies*

Legion der Nato?

Kämpfe in Ostukraine trotz Gesprächen

Es scheint, als stehe es nicht in jedermanns Interesse, Frieden in der Ukraine zu schaffen. Immer, wenn EU-Vertreter sich anschicken, eine Annäherung zu erzielen, kommt es zu neuen Bombenanschlägen. So auch aktuell in Mariupol und Donezk. Laut der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurden die Raketen in Mariupol aus dem Rebellengebiet abgefeuert. Allerdings hat die OSZE auch sechs T-80-Panzer ohne Abzeichen im Donezker Gebiet entdeckt, die genauso gut aus russischen wie aus ukrainischen Beständen stammen könnten. Das gab dem deutschen Politik- und Wirtschaftsberater Michael Lüders Anlass, in einem Interview mit dem Fernsehsender Phoenix über „Söldner auf Seiten der (ukrainischen) Regierung“ zu spekulieren.

Wladimir Putin beschuldigte die Nato, eine „Legion“ in der Ukraine zu finanzieren. Dies wies Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zwar zurück, doch bei den sogenannten freiwilligen nationalistischen Batallionen, die auf beiden Seiten tätig sind, dürfte es sich um Söldner handeln.

Westliche Hilfsmittel halten Krieg lebendig

Ein Ende der Kämpfe ist nicht in Sicht. Solange Geld aus dem Westen fließt, werden Mobilisierung und Krieg weitergehen. Für Petro Poroschenko hat das mögliche positive Aspekte. Erstens kann es ihm gelingen, die Kontrolle über die Industrieregion in der Ostukraine zurückzugewinnen, zweitens lenkt der Krieg von der desolaten Wirtschaftslage der Ukraine ab und drittens hat ein isoliertes Russland weniger Einfluss. Während im Osten die Kämpfe toben, ist im westlichen Lwow ein ungewöhnlicher Bauboom für ein tief in der Krise steckendes Land entstanden.

Allmählich begreifen die Europäer, dass die Interessen von USA und Nato nicht mit ihren eigenen übereinstimmen. Italien, Österreich, Zypern, Tschechien, Ungarn und die Slowakei sind wie die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini für eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland, während die baltischen Staaten, Großbritannien und Polen sogar für eine Verschärfung eintreten.

Manuela Rosenthal-Kappi

»Jeder wird weiter sein Ding machen«

Deutschlands islamische Szene ist sehr zersplittert – Nur jeder zehnte Moslem ist organisiert

Die genaue Zahl der in Deutschland lebenden Muslime ist unbekannt. Derzeit gehen Schätzungen von 3,8 bis 4,5 Millionen Menschen aus. Nach den Terroranschlägen in Paris durch islamische Extremisten wurden Forderungen laut, die Islamverbände in der Bundesrepublik sollten sich distanzieren. So organisierten sie eine Demonstration in Berlin, der sich zwar rund 10000 Menschen anschlossen, bei der jedoch die Muslime in der Minderheit blieben.

Dieses wird gerne darauf zurückgeführt, dass die islamische Szene arg zersplittert ist, rund 90 Prozent der in Deutschland lebenden Muslimen sind gar nicht organisiert. Muslimische Immigranten kommen aus rund 50 verschiedenen Staaten, die Mehrheit stammt aus der Türkei. Rund drei Viertel der in Deutschland lebenden Muslime sind Sunniten, Anhänger der weltweit größten Glaubensrichtung des Islam. Der Unterschied zu den Schiiten, von denen rund 300000 in Deutschland leben, entstand vor allem über die Frage, wer die Gemeinschaft der Muslime leiten solle. Vor dem Hintergrund der schiitischen Revolution im Iran galten die Schiiten in der Öffentlichkeit über Jahre als radikalere Kraft, die Terrorgruppe Islamischer Staat besteht allerdings aus Sunniten. Die Schiiten, die heute in Deutschland leben, stammen überwiegend aus dem Iran. Zweitgrößte islamische Gruppe in der Bundesrepublik sind die Aleviten, deren Anteil bei etwa 13 Prozent liegt. Sie unterscheiden sich stark von Sunniten und Schiiten. So befürworten sie den säkularen Staat und treten für Religionsfreiheit wie die Gleichberechtigung der Frau ein. Im Gegensatz zu den Schiiten lehnen sie die Scharia ab.

Die mit Abstand größte muslimische Organisation in Deutschland ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIP), die rund 900 Gemeinden vertritt und der türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht. Bekanntheit erreichte sie in der Vergangenheit vor allem durch geplante Moscheebauten wie in Köln. Die DITIP gilt als extrem konservativ und erhält Weisungen direkt aus Ankara. Bekanntestes Gesicht ist ihr 1963 im türkischen Doganhisar geborene Beauftragter für interreligiösen Dialog Bekir Alboga. Die Union regelt die Entsendung hauptamtlicher Gemeindeleiter aus der Türkei, die als Staatsbedienstete für rund vier Jahre in die Bundesrepublik kommen und vom jeweiligen Konsulat besoldet und beaufsichtigt werden. Oftmals wird kritisiert, dass diese Personen die Lebensumstände der Muslime in Deutschland nicht kennen und daher keinen Beitrag zur Integration leisten würden.



Schätzungen gehen von 3,8 bis 4,5 Millionen Moslems in der Bundesrepublik aus

Deutlich kleiner, aber medial wesentlich präsenter ist der Zentralrat der Muslime in Deutschland, was an dem telegenen Aiman Maziek liegt, der als Gesicht der Muslime in Deutschland wahrgenommen wird. Dem Zentralrat gehören 24 kleinere muslimische Organisationen als Mitglieder an. Insgesamt dürfte der Verband nicht mehr als 15000 Menschen vertreten. „Herr Mazyek ist medial sehr präsent, kann aber nur für eine kleine Minderheit der Muslime sprechen. Ein Oberhaupt ist er nicht“, sagte die Islamexpertin Lale Akgün der Deutschen Presseagentur.

Öffentlich ebenfalls sehr präsent ist der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR). Er bekennt sich offiziell zwar uneingeschränkt zum Grundgesetz und den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO). Aber sein größtes Mitglied Milli Görüs (MG) wird vom Verfassungsschutz als islamistische und verfassungsfeindliche Organisation geführt. Es vertritt der Organisation eine „ideologisierte Interpretation“ des Islam vor. Ziel sei es, „die westliche Ordnung zu überwinden und durch ein islamisches Gemeinwesen zu ersetzen“. Über die Mitgliederzahlen von Milli Görüs gibt es unterschiedliche Angaben. Der Verfassungsschutz spricht von rund 25000 Anhängern, die Organisation selbst behauptet, sie habe deutlich mehr als 50000 Mitglieder. Experten wollen in den vergangenen Jahren allerdings leichte Liberalisierungstendenzen ausgemacht haben. So geht der Hamburger Verfassungsschutz nicht mehr davon aus, dass Milli Görüs aggressiv gegen die fdgO vorgehe. Dies hängt wohl auch mit der Person Kemal Ergün zusammen, der seit 2011 Chef der Organisation ist. Der 46-Jährige gilt als „Post-Islamist“, hat sich von Extremismus und Antisemitismus distanziert. Er kam in den 90er Jahren als Vorbeter nach Deutschland und spricht bis heute wenig Deutsch. Kritiker sehen darin einen deutlichen Beleg für die mangelnde Integrationsbereitschaft. „Ich habe das Deutsche vernachlässigt“, sagt er, „Mir ist bewusst, dass das ein großer Mangel ist.“

Die Kontroversen um Milli Görüs gingen so weit, dass der Islamrat im Jahr 2010 von Innenminister Thomas de Maiziere von der Islamkonferenz ausgeschlossen wurde. Diese wurde von dessen Vorgänger Wolfgang Schäuble ins Leben gerufen und findet einmal im Jahr statt. Ziel sei es, dass Vertreter der Bundesregierung mit den Repräsentanten der Muslime ins Gespräch kommen. Diese haben in der Zwischenzeit den Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) ins Leben gerufen, dem die wichtigsten Organisationen angehören. Er soll ein „gemeinsames Vorgehen in der Öffentlichkeit“ gewährleisten. Islamexpertin Lale Aygün, die für die SPD im Bundestag sitzt, bemängelt dennoch die Zersplitterung: „Gemeinsame Aktionen werden auch in Zukunft die Ausnahme bleiben. Jeder wird weiter sein Ding machen.“ *Peter Entinger*



Zwar hatten islamische Organisationen dazu aufgerufen, aber die Teilnehmer waren mehrheitlich keine Moslems: Mahnwache „Zusammenstehen – Gesicht zeigen!“ vor dem Brandenburger Tor in Berlin Bild: action press

MELDUNGEN

Regierung bleibt bei PKK-Verbot

Berlin – Die Bundesregierung hält am Verbot der radikalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) fest. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei geht sie davon aus, „dass die Ereignisse in Syrien die derzeitige Agenda der PKK dominieren und gleichsam überlagern, sich an der Zielsetzung und den zur Durchsetzung dieser Ziele von der PKK gewählten Mitteln nichts geändert hat“. Die PKK setze ihre „terroristische und gegen die territoriale Integrität anderer Staaten gerichtete Agenda“ fort, weshalb die Bundesregierung keinen Grund habe, die Fortführung des Vereinsverbots der PKK zu überdenken. Allerdings geht sie derzeit nicht „von bewaffneten Angriffen durch PKK-Kämpfer in Deutschland oder gegen deutsche Ziele“ aus. *U.M.*



Hamburg zahlt für nichts

Hamburg – Die Freie und Hansestadt Hamburg muss für ein Asylheim zahlen, das wohl nie fertigestellt werden wird. Das Verwaltungsgericht hat auf Antrag von Anwohnern einen Baustopp für das umstrittene Vorhaben im Nobelviertel Harvestehude verfügt. Die Stadt hatte dem Bund für über 14 Millionen Euro das ehemalige Kreiswehrersatzamt abgekauft und mit dem auf 4,8 Millionen Euro veranschlagten Umbau begonnen, obwohl ein gerichtlicher Baustopp wegen der Lage des Objekts in einem besonders geschützten Wohngebiet abzusehen war (siehe *PAZ* 44/2014). Auch wenn die Handwerker ihre Arbeiten dort nicht mehr fortsetzen dürfen, muss die Stadt die vertraglich vereinbarten Zahlungen an sie leisten. Das teure Filetstück dürfte sie ohne Verlust wieder abstoßen können, die in den unvollendeten Umbau geflossenen Steuergelder dagegen sind unwiederbringlich verloren. *J.H.*

Invasion der Kauftouristen

Schweizer fallen wegen Euroschwäche ins deutsche Grenzgebiet ein

Seit der Aufwertung des Schweizer Franken quillen Konstanz, Weil am Rhein oder Lörrach von Einkaufstouristen von jenseits der Grenze über. Anwohner beklagen sich darüber, dass Autos mit Schweizer Kennzeichen ihre Straßen verstopfen, sie in Supermärkten lange Wartezeiten in Kauf nehmen und in vielen Läden teure Schweizer Preise bezahlen müssen.

Für die Schweizer aber ist das deutsche Grenzgebiet nach der Mitte Januar erfolgten Freigabe des Euro-Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank zu einem Einkaufsparadies geworden. Tatsächlich machen die Preisunterschiede bei Lebensmitteln, Drogerie- und Hygieneartikeln bis zu 50 Prozent aus. Bei Markenartikeln in den Bereichen Brillenmode und Schmuck sparen die Schweizer noch mehr.

Bezahlen die Eidgenossen, die gegenüber den Deutschen 30 bis 40 Prozent höhere Lebensmittelpreise gewohnt sind, für den Liter Milch etwa 1,45 Franken, so zahlen sie hierzulande im Schnitt dafür 80 Cent. Bei dem gegenwärtigen Wechselkurs des Franken und Euro von knapp 1:1 ist das für die Grenzgänger, die mittlerweile aus allen Schweizer Kantonen kommen, ein sattes Schnäppchen.

Als der Euro-Mindestkurs noch bei 1,20 Franken lag, fielen die Schweizer zwar auch schon scharenweise ins deutsche Grenzgebiet ein, doch die Aufwertung des Franken und der schwache Eurokurs bewirken jetzt einen weiteren Reiseschub. Laut dem „Basler Boten“ gab es an der Grenze kürzlich einen solchen Ansturm, dass diese für Einkaufstouristen zeitweise geschlossen wurde. Nur solchen Schweizern, die ihre Einreisegründe darlegen und diese mit Dokumenten belegen konnten, wurde die Einreise gewährt.

> Deutsche klagen über »Schweizer Preise« in Lörrach und Konstanz

Für die deutsche Grenzregion ist diese Invasion Fluch und Segen zugleich. Die Industrie- und Handelskammer beziffert den Umsatz für den Einzelhandel durch Schweizer Einkäufer auf mindestens 1,5 Milliarden Euro. Während viele Schweizer Läden wie in Basel oft gähnend leer und von Schließungen betroffen sind, reiben sich gegenüber am Rhein in Weil die deutschen Händler die Hände. Dass sie die Preise wegen der massenhaften Nachfrage aus der Schweiz anheben, verärgert wiederum die deutsche Kundschaft. Bekam man früher in Lörrach einen Prosecco noch für drei Euro, so zahlt man heute dafür über fünf Euro.

Zum Problem ist auch die Papierflut geworden. Als Nicht-EU-Bürger sind Schweizer von der deutschen Steuerlast befreit. Um die Mehrwertsteuer erstattet zu bekommen, lassen sie sich an den Ladenkassen für Beträge ab zehn Euro grüne Mehrwertsteuerzettel ausdrucken und halten so den Betrieb auf. Damit sich keine langen Schlangen an den Kassen bilden, denkt Baden-Württembergs Europaminister Peter Friedrich bereits darüber nach, die Bagatellgrenze auf 50 Euro zu erhöhen.

Weil Waren nur bis zu einem Wert von 300 Euro in die Schweiz zollfrei eingeführt werden dürfen, haben auch die Zöllner mit einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand zu kämpfen. Über 15 Millionen Ausfuhrscheine haben sie allein 2014 abgestempelt. Da es wegen des starken Franken in diesem Jahr erheblich mehr werden dürften, erwägt man die Einführung eines Chips, der alle Einkäufe speichert, die dann an der Grenze elektronisch erfasst werden. *Harald Tews*

Zeitzeugen



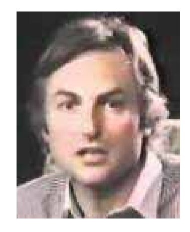
Beate Kortendiek – Die wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg-Essen ist Redaktionsmitglied von „Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“ sowie Koordinatorin des „Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW“. Von ihr stammt das Rundschreiben vom Sommer 2013, in dem alle 250 Wissenschaftlerinnen des Verbundes dazu aufgefordert wurden, die Teilnahme an der geplanten Evaluation des Nutzens der Gender Studies zu verweigern.

Marta Cusco – Auf der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking trat die Leiterin der Delegation von Honduras als Wortführerin der Gegner des Gender Mainstreaming auf. Sie warf den Vereinten Nationen eine versteckte feministische Agenda vor, die auf „die Schaffung einer Welt individualistischer und egoistischer Frauen“ hinauslaufe.



Annette Schavan – In ihrer Eigenschaft als Bundesministerin für Bildung und Forschung rief die heutige Botschafterin der Bundesrepublik beim Heiligen Stuhl 2008 das Professorinnenprogramm ins Leben und sorgte 2012 für dessen Verlängerung. Ein Jahr später verlor sie ihren Doktortitel wegen „vorsätzlicher Täuschung durch Plagiat“ und trat daraufhin im Februar 2013 zurück.

Heike Diefenbach – Nach einer wissenschaftlichen Tätigkeit an den Universitäten Mannheim, Chemnitz, Leipzig und München arbeitet die habilitierte Ethnologin und Soziologin heute als selbstständige Beraterin sowie Autorin in Großbritannien. Sie gehört zu den stärksten Kritikerinnen des deutschen Professorinnenprogramms, weil dieses vor allem das Ziel verfolge, „wettbewerbsunfähige minderqualifizierte Günstlinge auf universitäre Positionen zu verteilen“.



Hadmut Danisch – Um nachzuweisen, dass die Professorin für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien Susanne Baer, die seit 2011 auch als Mitglied des Bundesverfassungsgerichtes fungiert, nur durch einen systematischen Betrug bei der Etablierung des neuen Studiengangs „Gender Studies“ auf ihren Lehrstuhl gelangt sei, hat der Datensicherheitsexperte die Leitung der Humboldt-Universität die Herausgabe bisher zurückgehaltener Unterlagen verklagt.

Pfründe für Feministinnen

Mit Gender Mainstreaming werden Männer diskriminiert und Gelder verschwendet

Gender Mainstreaming ist ein politisches Programm, dessen Ziel angeblich darin besteht, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen gesellschaftlichen Vorhaben zu berücksichtigen, um so eine Gleichstellung zu erreichen. In Wirklichkeit führt die umfassende Orientierung (Mainstreaming) auf das Geschlecht (Gender) allerdings eher zu einer Diskriminierung von Männern und zur Verschwendung von Ressourcen – dies wird nicht zuletzt am Beispiel der Wissenschaft deutlich.

Im Jahre 2008 starteten das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Kultusminister der Länder das sogenannte „Professorinnenprogramm“, das noch mindestens bis 2017 laufen und 300 Millionen Euro kosten soll. Ziel dieser Maßnahme ist, „die Anzahl von Wissenschaftlerinnen in den Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich zu steigern“. In der Praxis sieht das dann so aus, dass bestimmte, neu zu etablierende Professorenstellen von vornherein nur noch für weibliche Bewerber ausgeschrieben werden, was ein glatter Rechtsbruch ist, da dies gegen das Gleichbehandlungsgesetz verstößt.

Außerdem dienen von den dergestalt geschaffenen und mit Frauen besetzten Professuren nunmehr bereits 189 der Genderforschung, davon 37 allein in Berlin. Zum Vergleich: in der gesamten DDR gab es lediglich 30 Lehrstühle, deren Inhaber sich mit dem Marxismus-Leninismus befassten. Dabei sind die Genderlehrstühle nicht nur ein Instrument zur Versorgung einer bestimmten, angeblich förderungswürdigen Klientel mit lukrativen Posten, sondern auch Brückenköpfe der Genderideologie in allen Bereichen der Wissenschaft. Das zeigt ein Blick auf die Arbeitsfelder der neu berufenen Professorinnen: „Gender und Design“, „Genderforschung und Mathematikdidaktik“, „Genderforschung und skandinavistische Linguistik“ und so weiter. Dabei bleibt freilich offen, inwiefern die Allgemeinheit von solchen Forschungen profitiert, obwohl ihr ja die Finanzierung derselben obliegt.

Der Frage nach dem Nutzen darf nicht nachgegangen werden

Aber genau dieser Frage darf nicht nachgegangen werden, wie die Reaktion auf den Versuch des Hannoveraner Betriebswirtschaftlers Günther Buchholz beweist, eine Studie über die Tätigkeit der einzelnen Gender-Professorinnen und deren konkreten praktischen und akademischen Nutzen zu erstellen: Seine Untersuchung wurde auf Betreiben des „Netzwerkes Frauen- und Geschlechterforschung NRW“ verleumdet und boykottiert. Das heißt, die „Gleichstellungs“-Gewinnlerinnen haben keine Skrupel, ihre Pfründe mit allen Mitteln zu verteidigen, darunter auch solchen, die der Wissenschaft zutiefst wesensfremd sind.

Ein Hauptgrund für die Unlust, das eigene Tun und Treiben von Außenstehenden nach objektiven Kriterien bewerten zu lassen, dürfte die peinliche Selbsterkenntnis sein, dass es der Gender-Forschung nicht nur an gesellschaftlicher Relevanz, sondern auch an fundamentaler fachlicher Substanz mangelt: So haben die „Gender Studies“ unter anderem noch keinerlei eigenständige Methoden hervorgebracht. Das musste kürzlich sogar die Berliner Philosophieprofessorin Hilge Landweer eingestehen, die selbst auf dem Gebiet der Interdisziplinären Geschlechterforschung arbeitet.

Nichtsdestotrotz trachtet die „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ nun danach, Experten für Gender Mainstreaming nach Afrika zu schicken. Das erste Ziel soll dabei das bettelarme Benin sein, dessen Menschen aber sicher ganz andere Sorgen als die „Geschlechtergerechtigkeit“ haben.

Wolfgang Kaufmann



Sie erklärte das Gender Mainstreaming zur künftigen politischen Richtschnur: Die 4. Frauenkonferenz der UN in Peking Bild: pa



Es begann vor 40 Jahren in den USA

Die Disziplin der „Gender Studies“ (Geschlechterforschung) entstand um 1975 in den USA. Zwölf Jahre später proklamierten dann dort Candace West und Don H. Zimmermann das Konzept des „Doing Gender“, das besagt, dass das Geschlecht kein natürliches, angeborenes Personenmerkmal sei, sondern dem Menschen im Verlaufe seiner Entwicklung anerzogen oder gar aufgezwungen werde. Zur gleichen Zeit etablierten sich die Gender-Studien in Deutschland als eigenständiges akademisches Fach.

Parallel hierzu kam es zur Formulierung der Forderung nach einer allgemeinen Gleichstellung der Geschlechter, woran die UN-Weltfrauenkonferenzen in Nairobi (1985) und Peking (1995) maßgeblichen Anteil hatten. Allerdings fanden sich auf dem letztgenannten Treffen auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, insbesondere aus ärmeren Ländern, zu einer „Koalition für Frauen und die Familie“ zusammen, die in der „Pekinger Aktionsplattform“, also der offiziellen Abschluss-Resolution, in der das Gender Mainstreaming zur künftigen politischen Richtschnur erklärt wurde, einen „direkten Angriff auf die Werte, Kulturen, Traditionen und religiösen Überzeugungen der großen Mehrheit der Weltbevölkerung sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrienationen“ sah.

Von der Uno über die EU nach Berlin

Das hinderte die Europäische Union freilich nicht daran, die „Geschlechtergerechtigkeit“ nach Maßgabe der Pekinger Vereinbarung mit dem Amsterdamer Vertrag vom 1. Mai 1999 zum verbindlichen Ziel für alle Mitgliedsländer zu erklären, woraufhin wiederum die Bundesregierung knapp zwei Monate später beschloss, das Gender Mainstreaming zum „durchgängigen Leitprinzip“ ihres Handelns zu machen. *W.K.*

Tummelfeld für »Freaks«

Was im Zuge von Gender Studies alles unter Wissenschaft läuft

Wer sich schon einmal in der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft bewegt hat, kennt bandwurmartige Sätze folgender Art: „Die Betreuerin/der Betreuer legt aufgrund der Vorschläge der Doktorandin/des Doktoranden das Thema der Dissertation fest und teilt es unverzüglich über die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Promotionsausschusses der Doktorandin/dem Doktoranden mit.“ Neuerdings reicht den Gender-Fundamentalisten diese Nennung beider Geschlechter nicht mehr aus. Davon zeugt unter anderem der Beschluss der Uni Leipzig, künftig überhaupt nur noch weibliche Bezeichnungen zu verwenden, was dann zu Anreden führt wie „Herr Doktorin“.

Sowohl das System der Zweigeschlechtigkeit als auch die ausschließliche Verwendung weiblicher Bezeichnungen lehnt die Professorin am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität Berlin Hornscheidt als Diskriminierung jener Menschen ab, die weder männlich noch weiblich sind. Hornscheidt hat ihren weiblichen Vornamen Antje gegen das geschlechtsneutrale Kunstwort „Lann“ getauscht und fordert ihre Studenten offiziell auf, sie im Schriftverkehr mit „Sehr geehrtx Profx.“ anzusprechen. Dabei hält sich der Fleiß der „Professx“ in engen Grenzen, was die Lehre betrifft: So ist sie im Vorlesungsverzeichnis des aktuellen Wintersemesters mit gerade einmal zwei Veranstaltungen aufgelistet, die jeweils dienstags von 10 bis 14 Uhr stattfinden.

Aufruf zu Straftaten und zur Störung des Hochschulbetriebs

Aber dafür ist die Linguistin und Skandinavistin sehr aktiv, was die genderideologische Netzwerkarbeit betrifft. Über die in ihrem Forschungsfeld Gender Studies und Sprachanalyse erzielten „wissenschaftlichen Erkenntnisse“ informiert unter anderem die Internetseite Xart splitta, für welche die „Professx“ mitverantwortlich zeichnet und die auch mit ihrer universitären Dienstseite verlinkt ist: Wer die Genderbewegung voranbringen wolle, müsse sich „neue wörter ausdenken und teilen“ sowie „benannte dinge umbenennen (z.b. mit aufklebern/viel farbe)“. Ebenso wird zu weiteren „dauerhaften intervenierungsaktionen“ geraten, wie „seiten in büchern rausreißen“. Diesen Aufrufen zur Sachbeschädigung folgt dann noch die holprig formulierte Forderung, „treffen zu organisieren, um sich zu überlegen, wie x in Veranstaltungen gut eingreifen oder unwohlsein zur schau stellen kann oder kollektiv stören kann, damit z.b. öffentliche vorlesungen verhindern.“

Angesichts der Tatsache, dass hier offenkundig keine seriöse Arbeit geleistet und zudem aus ideologischen Gründen zu Straftaten und zur Störung des Hochschulbetriebes aufgerufen wird, müsste nun eigentlich der Ruf nach einer Entlassung von Hornscheidt laut werden, doch statt dessen urteilte das bundesdeutsche Feuilleton erst kürzlich wieder in wohlwollender Einigkeit, die Universitäten seien doch genau der richtige Platz für solche originellen „Freaks“ wie die „Professx“. *W.K.*

(siehe Kommentar Seite 8)

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Kriminalität: Der Druck wächst

Grenzdiebstähle nehmen weiter zu – Volksinitiative will Politik zum Handeln zwingen



Nichts begriffen? Die Gewerkschaft Verdi will den Selbstschutz der Bürger wieder abschaffen: Ein Mitarbeiter der Gubener Stadtverwaltung patrouilliert als „Stadtwache" durch die Gemeinde an der Neiße

Bild: pa

In der Mark, insbesondere in Guben, wächst der Druck aus der Bevölkerung auf die rot-rote Landesregierung, stärker gegen wachsende grenznahe Kriminalität vorzugehen. Die Rathausgruppe „Wir Gubener Bürger" will mit einer Volksinitiative mehr Polizeipräsenz erreichen. „Die Situation beeinträchtigt mittlerweile eindeutig die Lebensqualität in Guben", so die Fraktion. Auch in anderen Grenzregionen nehmen Diebstahl und Raub zu. Wenn die Polizei im Ausnahmefall indes gut ausgestattet ist, gelingt der Kampf gegen die Grenzkriminalität, wie ein aktueller Fall zeigt.

Dank Hubschrauberunterstützung und Wärmebildkameras gelang der Polizei in Lieberose (Kreis Dahme-Spreewald) am 13. Januar die Festnahme von sechs Polen beim Diebstahl eines Transporters. Es ist ein selten gewordenes Szenario, das an Zeiten vor dem Schengener Abkommen der EU erinnert, als Polizisten, Zöllner und Bundesgrenzschützer die östliche Grenze der Bundesrepublik noch intensiv bewachten. Rund 70 Einsatzkräfte vereitelten eine präzise vorbereitete Diebstahltour: Aus Polen schickten Kriminelle eine Welle Kleintransporter vor, um das Terrain auszukundschaften. Nachdem die Polizei diese festsetzte, gingen die nachfolgenden Diebe ins Netz – ein Einzelfall.

Angesichts steigender Kriminalitätszahlen nahe der Grenze sehen sich Anwohner vermehrt selbst zum Handeln genötigt: In Küstrin verhinderten Bürger am 23. Januar eine Fahrraddiebstahltour, als sie selbst auf Streife gingen. Sie stellten einen Mann nahe der Grenze, der daraufhin ein Fahrzeug mit mehreren gestohlenen Zweirädern zurückließ. Diese „Sicherheitspartnerschaften stellen eine Methode der Kooperation zwischen Polizei, Kommunen und Bevölkerung dar", wie ein Polizeisprecher im Zusammenhang mit dem Fall für den Landkreis anerkennend formulierte.

Indes: Wenn Bürger nach dem Jedermannsrecht Straftaten vereiteln sollen und die Polizei erst spät hinzukommen kann, spricht dies nicht für eine funktionierende Politik der Inneren Sicherheit. Wo Politiker Polizisten und Polizeiwachen einsparen, steigt die Grenzkriminalität – auch in Mecklenburg-Vorpommern.

> Rot-Rot will die Polizei trotzdem weiter abbauen

Die Bürgerinitiative „Usedomer Opferruf" in Heringsdorf will mit einem offenen Brief an die Landespolitik auf die wachsende Kriminalität auf der Insel aufmerksam machen. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) und dessen Innenminister Lorenz Caffier (CDU) sollen durch den Brief zum Einlenken bewogen werden.

Nach Erfahrung vieler Bürger sei die Zahl der Einbrüche und Diebstähle auf Usedom stark gestiegen, klagt Torsten Stein von der Heringsdorfer Initiative. Viele Straftaten wie Fahrraddiebstahl würden gar nicht mehr angezeigt, so Stein. Die Diebe kommen demnach zu jeder Tageszeit. Entsprechend versammelten sich mehr als 40 Heringsdorfer zur Gründungsveranstaltung des „Usedomer Opferrufs" Mitte Dezember. Die Anwesenden sprachen von „unhaltbaren Zuständen auf der Insel".

Bei 400 Menschen im Kreis Vorpommern-Greifswald wurde im vergangenen Jahr eingebrochen – bei fast doppelt so vielen wie im Jahr zuvor. Dabei hatte die Politik dort wie in der Mark Zeit genug zu handeln: Seit Jahren erhöht sich die Zahl der Diebstähle. Auch die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger steigt grenznah seit Langem.

Und die Lage droht sich noch weiter zu verschärfen, denn beide Bundesländer haben gemeinsam, dass das große Sparen bei der Sicherheit erst beginnt. Trotz der Kriminalität sollen weitere Polizeistellen wegfallen. Erst vor Tagen bremste die SPD im Potsdamer Landtag den eigenen Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD), sich nicht „vorschnell" auf neue Polizisten festzulegen. Dessen Formel 7800 Beamte plus x für die Landespolizei hielt SPD-Fraktionschef Klaus Ness entgegen: „Man muss flexibel reagieren auf bestimmte Entwicklungen, das muss aber auch finanziell darstellbar sein." Spielraum für mehr Landesbedienstete will die Koalition im Bildungsbereich, nicht bei der Sicherheit, auch das wurde in der Sitzung klar.

So spitzt sich die Lage weiter zu. In Guben patrouillieren auf dem Neißedamm Freiwillige, von Polizisten geschult und in Westen mit der Aufschrift „Stadtwache" auf Deutsch und Polnisch. Gubens Bürgermeister Fred Mahro (CDU) gilt als Urheber der Stadtwache. Er schickt auch seine Rathausmitarbeiter während der Dienstzeit auf Streife.

„Wäre die Polizei besser aufgestellt, bräuchten wir das nicht zu tun", zitiert ihn eine Zeitung. Es sei ein Problem, „das wir entlang der deutsch-polnischen Grenze insgesamt haben", die Situation sei „nicht erträglich". Mahro will einen Termin beim Innenminister, der erklären soll, wie er die massiven Sicherheitsmängel abstellen will.

In Guben wächst derweil der Druck auf die rot-rote Landesregierung durch eine angekündigte Volksinitiative für mehr Polizeipräsenz: Stimmen mindestens 20 000 Brandenburger für die Initiative, müsste der Landtag sich damit befassen. Die Gewerkschaft Verdi und einige Stadtverordnete wollen von alldem nichts wissen und rudern in die entgegengesetzte Richtung: Sie wollen die „Gubener Stadtwache" abschaffen.

Der Alltag der Grenzanwohner entfernt sich immer mehr von einem sicheren Umfeld: Dem Deutschlandfunk berichteten Bürger, wie Menschen aus dem Fahrradsattel gerissen werden, jungen Frauen mobile Technik wie das Handy aus der Hand geraubt wird. Von aufgebrochenen Gartenlauben und Kellern wissen demnach spontan Angesprochene fast in Routine zu berichten. Der Weg nach Polen ist kurz.

Sverre Gutschmidt

Problemfall Ness

Von Theo Maass

Die „alte Tante SPD" hat eine lange Tradition von Fraktionsvorsitzenden. Im Bundestag gab es Kurt Schumacher, Herbert Wehner oder Helmut Schmidt (Schmidt Schnauze) oder Franz Müntefering (Erfinder der „Heuschrecken"), die als Vorkämpfer ihrer Fraktion auch als Männer fürs Grobe taugten und sich damit um ihre Partei verdient gemacht hatten – und beim politischen Gegner gefürchtet waren.

Auch die Fraktionsvorsitzenden der brandenburgischen SPD erwarben sich in der Vergangenheit Ansehen. Gunter Fritsch, Günter Baaske oder Dietmar Woidke stiegen anschließend zu Ministern oder gar in das Amt des Ministerpräsidenten auf. Weniger Glück hatten die Sozis mit Westimporten. Ralf Holzschuher, aus dem Westteil Berlins kommend, war nur kurze Zeit Fraktionschef und Minister, bis er wieder als einfacher Abgeordneter im Parlament Platz nahm.

Der aktuelle Fraktionsvorsitzende der SPD, Klaus Ness (aus Niedersachsen), scheint zu glauben, dass er sich mit unsachlichen Pöbeleien gegen die Parlamentsneulinge von der Alternative für Deutschland Gehör und Ansehen verschaffen kann. In Richtung des AfD-Fraktionschefs Alexander Gauland giftet er mit Vokabeln wie Niedertracht, Demagogie, Verantwortungslosigkeit und Volksverhetzung.

Überraschenderweise war es der Grünen-Fraktionsvorsitzende Axel Vogel, der dem SPD-Kollegen Ness in der Debatte um die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke Vertrauensbruch vorwarf. Ness hatte sich am Elend der CDU als Oppositionspartei geweidet und aus dem Inhalt vertraulicher Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD gepetzt. Vogel steht nun wirklich nicht im Verdacht, ein Freund der Christdemokraten zu sein.

Doch der CDU-Fraktionsvorsitzende Ingo Senftleben und Vogel werden sich Ness' Art des Umgangs gewiss merken. Bei den Christdemokraten tobt derweil ohnehin eine Debatte darum, ob man sich weiter der Anordnung von Angela Merkel fügen will, Distanz zur AfD zu halten, oder nicht. Die Aussicht, nach der nächsten Landtagswahl mit einer gestärkten AfD ein Regierungsbündnis zu bilden, könnte Merkels Drohungen unwirksam werden lassen.

Die märkische Junge Union ist da schon weiter. Philipp Schwab, Vorsitzender des brandenburgischen CDU-Nachwuchses, postulierte unlängst:„Es kann nicht sein, dass sich in Deutschland über 150 000 abgelehnte Asylbewerber aufhalten und teilweise gesetzliche Lücken nutzen, obwohl sie damit Geld und Plätze wirklich hilfsbedürftiger Asylanten blockieren." Damit schwingt Schwab mit offenbar gewollter Deutlichkeit auf die AfD-Forderung „Zuwanderung braucht strikte Regeln" ein. Ist er schon auf Partnersuche?

Berlin läuft über

Brandenburg soll Asylbewerber übernehmen – Potsdam zugeknöpft

Berlin ist am Ende seiner Aufnahmemöglichkeiten für Asylbewerber angelangt. Der neue Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat noch 2014 vorgeschlagen, für Berlin zugeteilte „Refugees" nicht in Berlin, sondern in Brandenburg unterzubringen. „Gerade wird die Voraussetzung geschaffen, dass wir länderübergreifend kooperieren können", so Müller. Mit anderen Worten: Das Boot ist nicht voll, sondern es steht kurz vor dem Kentern.

Brandenburgs SPD-Fraktionschef Klaus Ness erklärte dazu am 20. Januar auf der Pressekonferenz seiner Fraktion im Landtag mit Fingerzeig auf Berlin, dass jedes Bundesland die ihm übertragenen Aufgaben zu erfüllen habe. Zuvor hatte bereits der Sprecher der Landesregierung Thomas Braune ausweichend auf Müllers Hilferuf reagiert: „Das kann eines von vielen Themen der weiteren Kooperation sein." Tatsächlich leidet Brandenburg bereits unter 6100 Neuankömmlingen von 2014, fast doppelt so vielen wie im Vorjahr.

Die Berliner Sorgen finden sich in abgewandelter Form in anderen Großstädten wieder. In Hamburg kommt es vermehrt zu gewalttätigen Zusammenstößen von „Minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen". Sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt es immer wieder. Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) will nun auch für diesen Personenkreis einen Verteilschlüssel erreichen.

> Andere Großstädte haben die gleichen Probleme

Bisher bleiben Jugendliche dort, wo sie sich als Erstes bei den Behörden melden. Im Oktober 2014 lehnte der Münchener Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) die zusätzliche Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten in seiner Stadt ab. „Das führt zu menschenunwürdigen Bedingungen – das kann und werde ich in meiner Stadt nicht akzeptieren." Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber funktioniert genauso wenig wie die Unterbindung des „Refugee"-Tourismus von Italien nach Deutschland. Neben Schweden ist Deutschland das bevorzugte Reiseziel der „Flüchtlinge". Die EU-Partner zeigen wenig Bereitschaft, die von der italienischen Marine aus dem Mittelmeer gezogenen „Lampedusen" bei sich selbst aufzunehmen.

Olaf Kleist von der Universität Oxford sieht wenige Chancen für eine andere Verteilung in Europa: „Das ist eine weitgehend auf Deutschland beschränkte Debatte. In anderen Ländern wird dieser Vorschlag nicht ernsthaft diskutiert."

Theo Maass

Alles fertig

Holländisches Viertel komplett saniert

Potsdams Holländisches Viertel ist fast fertig saniert. Mehr als 20 Jahre nach dem Sanierungsbeschluss und nach rund 35,6 Millionen Euro Investitionen aus verschiedenen Fördertöpfen steht der offizielle Abschluss des Projekts bevor.

Im Jahr 1742 wurde das Viertel ursprünglich fertiggestellt: 134 ziegelrote Häuser erstrecken sich seither über vier Karrees. Der niederländische Architekt Jan Bouman (1706–1776) begann 1733 im Auftrag von Friedrich Wilhelm I. mit den Arbeiten. Die an den Bauten beteiligten Handwerker stammten ebenfalls aus den Niederlanden, so entstand das größte geschlossene holländische Bauensemble außerhalb der Niederlande.

Die zweistöckigen Häuser vermittelten holländischen Einwanderern ein Stück Heimat: Fensterläden, Ziegelfronten mit Giebeln und weißen Fugen sowie große Fenster. Heute lockt das Ensemble Touristen an, gilt als Attraktion Potsdams, insbesondere im April, wenn das Tulpenfest gefeiert wird, das allerdings 2014 ausfiel.

> Potsdams Juwel ist ein Touristenmagnet

Zur Zeit der DDR wäre das Viertel beinahe verfallen, das im Zweiten Weltkrieg im Gegensatz zu weiten Teilen der Potsdamer Innenstadt fast unbeschädigt geblieben war. Rund 50 Prozent der Häuser standen gegen Ende der DDR leer, das Viertel verkam. Im März 1992 wurde mit Geld von Bund und Land die Sanierung beschlossen, formal als erstes Potsdamer Sanierungsgebiet überhaupt.

Das Viertel lebt: 744 Wohnungen werden als Erstwohnsitz genutzt, 50 als Zweitwohnsitz. Rund 200 neue Bäume wurden im Rahmen der Sanierung gepflanzt. *SV*

Abstimmung im September

Am 13. September werden alle Berliner im Rahmen einer Volksabstimmung über die geplante Olympiabewerbung ihrer Stadt abstimmen können. Zuvor wird der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) am 21. März entscheiden, ob Berlin oder Hamburg sich um die Olympiaausrichtung bewerben soll. Grüne, Linkspartei und Piraten haben gemeinsam an dem Verfahren Kritik geübt. Das sei ein „Volksentscheid von oben". Zudem missfällt der Opposition, dass weder Unter-18-Jährige noch Nichtdeutsche mitstimmen dürfen: "Der Senat hat die Chance für ein wichtiges Signal vertan – dass er alle Berlinerinnen und Berliner ernst nimmt." Dazu sei jedoch eine Verfassungsänderung notwendig, der sich die Regierungsparteien verweigert hätten. Auch das Bündnis "NOlympia" findet die Senatsentscheidung falsch, der Abstimmungstermin komme einem „Blindflug" gleich, weil Bedingungen und Kosten vor der Vergabe der Spiele noch offen seien. *T.M.*

MELDUNGEN

Strafen für Unwillige

Wien – Österreichs Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) fordert Sanktionen wie Sozialdienste in der Schule, wenn Schüler mit Migrationshintergrund sich nicht integrieren wollen. Auch kann er sich Geldstrafen von bis zu 1000 Euro vorstellen, wenn Eltern Vorladungen der Schule nicht nachkommen. Schon jetzt werden Eltern im Schulunterrichtsgesetz dazu verpflichtet, die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zu unterstützen und eine „möglichst enge Zusammenarbeit“ mit den Lehrern zu pflegen. Konsequenzen, wenn sie diese Regeln nicht einhalten, gibt es bisher allerdings nicht. Kritik kommt von der oppositionellen FPÖ, weil man „nur auf Folgen unorganisierter Zuwanderung“ blicke und sich nicht auf diese Zuwanderung selbst konzentriere. *J.H.*

Patriotischer Auftritt

Oak Brook (Illinois) – Während McDonald's in Deutschland eher auf der Multikultiwelle schwimmt, schlägt die Schnellrestaurantkette in den USA nationale Töne an. Mit patriotischen Sprüchen wie „Welcome home 442nd fighter wing“ oder „We remember 9/11“ sollen die Besucher in das Lokal und an die Kasse gelockt werden. Auch mit sozialen Argumenten wollte das Unternehmen Besucher anlocken. „Keep Jobs in Toledo“ kam vor Ort wegen der bekannten miesen Bezahlung der eigenen Mitarbeiter allerdings nicht so gut an. Hintergrund der Bemühungen ist eine unbefriedigende Geschäftsentwicklung. Im dritten Quartal 2014 ist der Umsatz um fünf Prozent zurückgegangen, und vor dem Hintergrund der Sanktionen im Gefolge der Ukraine-Konflikts ist das Russlandgeschäft eingebrochen. *H.L.*

Nach Syrien und Irak nun Libyen?

Die ehemalige Volksrepublik droht im Kampf zwischen »Gotteskriegern« und Säkularen zu zerfallen

Libyen wird immer unstabiler. Das zeigt der aktuelle Höhepunkt der Gewalt, bei dem IS-Terroristen eine Geiselnahme in einem Luxushotel in Tripolis verübt haben, wobei mehrere Menschen starben.

Es war ein Standardszenario aus dem Lehrbuch nahöstlicher Politik. Vor mehr als drei Jahren stürzte eine geeinte Oppositionsfront aus verschiedensten Strömungen mit massiver westlicher Hilfe den Langzeitdiktator Muammar al-Gaddafi. Nach dem Regierungswechsel zerfiel die Opposition und bekämpfte sich gegenseitig. Dieser Milizen-Krieg wurde drei Jahre von westlichen Medien kaum wahrgenommen. Erst seitdem die Terrormiliz des Islamischen Staates auch in Libyen immer mehr Anhänger findet, interessieren sich wieder mehr Medien für den Machtkampf in Libyen, der immer weniger durchschaubar wird. Wurde zunächst um Straßen und Dörfer gekämpft, so sind jetzt ganze Städte und Ölanlagen, der wirtschaftliche Nerv Libyens, in den Fokus der Kämpfe zwischen Islamisten und säkularen Kräften geraten. Entlang dieser Frontlinie, die alle nahöstlichen Staaten immer mehr trennt, haben sich in Libyen zwei Regierungen und zwei Parlamente gebildet.

Der Machtkampf zwischen den Milizen ist in Libyen über die Jahreswende eskaliert. Im größten Öllager des Landes bei Al-Sidra breitet sich ein von einem Granateneinschlag ausgelöstes Feuer immer weiter aus. Die Regierung bat um internationale Hilfe bei den Löscharbeiten. Umgekehrt griffen Kampfflugzeuge der Regierungsarmee erstmals den Flughafen der Stadt Misrata an. Von der drittgrößten Stadt des Landes aus, die einst das Zentrum des Widerstandes gegen Gaddafi war, hatten islamistische Milizen im vergangenen August die Hauptstadt Tripolis erobert und die dortigen Sintan-Milizen der Berber und die Privat-Armee des Generals Chalifa Haftar, eines Ex-Generals Gaddafis der von den USA unterstütz wird, vertrieben. Die Islamisten installierten dort die Regierung von Omar Hassi. Seine „Fajr“-Bewegung (Morgenröte) beherrscht de facto den Nordwesten Libyens.



Im Feuergefecht nahe dem Luftwaffenstützpunkt Wetia: Kämpfer der islamistischen „Fajr“-Bewegung

Bild: action press

Die zweitgrößte Stadt, Bengasi, die auch bereits von Islamisten der salafistischen Ansar-Scharia-Miliz erobert worden war, konnte im Oktober zum großen Teil von General Haftar zurückgewonnen werden. In der im Osten Libyens gelegenen Hauptstadt der Cyrenaika hatte im Februar 2011 der Aufstand gegen Gaddafi begonnen. Im März 2011 hatte die Nato in Libyen interveniert, jetzt ist Bengasi zerstört. Bengasi und die etwas weiter östlich gelegene Hafenstadt Tobruk sind Sitz der im Juli gewählten Regierung von Premier Abdullah Thinni, die internationale Anerkennung genießt. Obwohl diese Regierung nur den kleineren Teil Libyens beherrscht, verfügte sie doch über den größten Teil der Öleinnahmen, die jetzt ins Visier der Islamisten geraten sind. Nur wer die Öleinnahmen hat, kann das Geld im ganzen Land verteilen, denn 70 Prozent der Libyer erhalten ihr Einkommen vom Staat, darunter auch die vielen Milizionäre, die sich gegenseitig bekämpfen.

Die Cyrenaika im Allgemeinen und die Stadt Derna im Besonderen sind jedoch auch das Zentrum des Kalifats der Salafisten, die im Oktober dem Terror-Kalifen Al Baghdadi ihre Gefolgschaft geschworen haben. Sollte es den Islamisten gelingen, die Oberhand über die Öleinnahmen Libyens zu gewinnen, droht in Libyen ein ähnlicher Staatszerfall wie in Syrien und dem Irak. *Bodo Bost*

Ein Land ohne homogene Gesellschaft und staatliche Tradition

Die Berber und Araber Libyens zerfallen in mehr als 200 Stämme, die wiederum aus verschiedenen Clans bestehen. Libyen besitzt nicht wie Tunesien oder Ägypten eine homogene Gesellschaft und auch keine staatliche Tradition. Die drei historischen Landesteile Tripolitanien, Cyrenaika und Fezzan sind völlig verschieden und durch Hunderte Kilometer Wüste voneinander getrennt. Das urbane Tripolitanien im Westen gehört zum Maghreb, die Cyrenaika im Osten zum arabischen Orient und der rückständige südliche Fezzan zur Sahara.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand unter den Siegermächten keine Einigkeit, wie mit der bisherigen Kolonie des Kriegsverlierers Italien zu verfahren sei. So übernahmen die Vereinten Nationen die Treuhandschaft. Heiligabend 1951 wurde Libyen Königreich und Muhammad Idris al-Sanusi, Emir der Cyrenaika und Oberhaupt des im 19. Jahrhundert gegründeten mystischen Senussi-Ordens, sein König. Auf den Ruinen der historischen griechischen Stadt Cyrene wurde die Stadt Al-Baida (Die Weiße) errichtet, die ab 1964 zur zukünftigen königlichen Hauptstadt vorgesehen war. Zur Flagge des Königreiches wurde eine rot-schwarz-grüne Flagge mit weißem Stern und Halbmond bestimmt. Die Flagge wurde zwar 1969 mit der Monarchie durch Gaddafi abgeschafft, doch ist sie als Fahne der Rebellion gegen den Revolutionsführer zurückgekehrt und bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung die aktuelle Staatsflagge des Landes. *B.B.*

Begehrt und pulsierend

Detroit hat nach dem Bankrott die Wende zum Guten geschafft

Eine erstaunlich schnelle Wende hat das amerikanische Detroit vollzogen, seit Misswirtschaft und ein Meer von Schulden das einstige Symbol industrieller US-Macht 2013 in den Bankrott führten. Es war der größte Bankrott einer Stadt in der amerikanischen Geschichte mit über 100 000 Gläubigern und Forderungen von 8,5 Milliarden US-Dollar. Doch aus dieser tiefsten Not führte ein äußerst kluges Handeln hinaus. Michigans Gouverneur Rick Snyder ersetzte im März 2013 den Bürgermeister durch den fähigen Mike Duggan und engagierte den auf Insolvenzrecht spezialisierten Anwalt Kevyn Orr aus Washington als mit weitreichenden Kompetenzen ausgestatteten Krisenmanager.

Beiden gelang es, alle beteiligten Parteien – Gläubiger und Gewerkschaften, Politiker und Privatleute sowie Wirtschafts- und Finanzexperten – zusammenzuführen für die Entwicklung eines realistischen und konstruktiven Plans. Dieser wurde am 7. November vom zuständigen Insolvenzrichter akzeptiert. Damit war die Zahlungsunfähigkeit beendet und Detroit wieder frei, sich selbst zu verwalten, wenn auch für drei Jahre noch unter den Augen einer Kontrollkommission.

Nach diesem Plan wurden sieben Milliarden der Gesamtschulden gelöscht, Gläubiger erhalten etwas weniger als die Hälfte ihrer Investitionen und Anleihen. Die Pensionen der Stadtangestellten werden um 4,5 Prozent gekürzt. Für 1,7 Milliarden US-Dollar sollen unter anderem verfallene Häuser beseitigt werden. Sie sollen neuen eleganten Häusern, Parks und Einkaufszentren Platz machen. „Was den Plan ermöglichte“, sagte Richter Steven Rhodes in seiner Begründung, „war die Fähigkeit, alle Parteien als Partner für den Wiederaufbau der Stadt zu vereinen.“

> Erst 20 Monate ist es her, dass die Stadt zahlungsunfähig war

Eine Hauptrolle spielte bei der Einigung der sogenannte Grand Bargain (Großer Handel), der Detroits weltweit renommiertes Museum „Detroit Institute of Art“ in eine Stiftung mit einem 816-Millionen-Spenden-Fonds überführte und so verhinderte, dass es etliche seiner unschätzbaren Kunstwerke verkaufen musste. Das dafür nötige Geld kam schnell zusammen. Prominente aus Film, Theater, Kunst und Musik organisierten Spendenveranstaltungen.

Bei der riesigen North American International Auto Show vom 17. bis 25. Januar stellten die großen Autohersteller unter anderem 45 ihrer neuesten luxuriösen Modelle zu Preisen zwischen 100 000 und 300 000 US-Dollar vor. So den Ford GT, den Audi Q7 und den Porsche 911 Targa 4 GTS. Wer alte Modelle liebt, kann bis zum 15. März in der Ausstellung „Driving America“ im berühmten Henry-Ford-Museum 40 historische Auto-Ikonen besichtigen wie den Lincoln „Zephyr“ von 1936. Bis zum 31. Januar läuft noch das Ferndale Blues & Music Festival. Begüterte Teilnehmer der Ereignisse wohnen im wunderschönen neuen Hotel „Aloft“ mit Blick über den Grand Central Park oder im gerade für 30 Millionen überholten „Mariott“-Hotel.

Ein Muss für Touristen ist natürlich das Detroit Institute of Art und das große Henry Ford Museum. Und abends stürzen sich alle in die vielen alten und neuen Restaurants für jeden Geldbeutel und in die eleganten Nachtklubs. Auch wenn die wirkliche Erholung noch ein paar Jahre dauern wird und nicht ohne schmerzliche Seiten verlaufen dürfte – Detroit ist wieder eine begehrte, pulsierende Stadt geworden. *Liselotte Millauer*

»Islamische Revanche«

Was in Paris die Gemüter erregte, ist Russland nicht neu

Russlands führender Islamkundler Alexej Malaschenko sieht in den Pariser Anschlägen eine Folge dessen, was er „islamische Straflosigkeit“ nennt. Diese habe sich wegen der durch die Politische Korrektheit gebotenen Scheidung in einen angeblich friedlichen Islam und einen islamistsichen Extremismus eingespielt. In Wirklichkeit aber gebe es nur einen Islam, und dessen Hang zu religiös markierter Radikalität sei keine „Krankheit“, sondern liege vielmehr in dessen „Natur“. Die „islamische Welt“ leide an dem „Minderwertigkeitskomplex“, dass sie den ökonomischen und politischen Wettstreit mit dem Westen verloren habe, und Paris sei der Anfang einer „islamischen Revanche“ in Form eines „wütenden Terrorismus“.

Was nun in Europa angefangen zu haben scheint, ist in Russland nicht neu. Über dem russischen Nordkaukasus weht das „Banner des Dschihad“, seit dort der Terrorist Doku Umarow im Oktober 2007 die Terrororganisation „Imarat Kavkaz“ (Emirat Kaukasus) gründete, deren Ziel ein Islamischer Staat Tschetschenien ist. Damit wurde eine russische Region zum Auslöser und Vorbild des 2014 in Nahost aufgetauchten Islamischen Staats, der erstmalig grenzüberschreitend agiert.

Wie es dazu kommen konnte, analysiert Malaschenko in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift „Russland in der Globalpolitik“: In Russland leben seit Jahrhunderten Muslime, derzeit rund 20 Millionen. In Sowjetzeiten ließ man sie in Ruhe, sah sie als primitive Wesen an, die höchstens als Brücke zu den Arabern taugten. Die Ereignisse im Iran und Afghanistan nährten ab 1970 den „Verdacht“, der Islam könne mehr eine politische Kraft als eine Religion sein. Michail Gorbatschow rehabilitierte das orthodoxe Christentum und nahm die sowjetischen Muslime nicht ernst: Separatisten und Terroristen mochten zwar Muslime sein, aber die sowjetischen seien loyale Mitbürger. Eher traf das Gegenteil zu: Als Boris Jelzins „Demokraten“ Korruptin und Gesetzlosigkeit förderten, sahen islamische Terroristen das als Freifahrtschein hin zu ihrem eigenen Staat mit der Scharia als Grundgesetz. Heraus kamen die Tschetschenienkriege ab 1994 und administrativer Druck gegen den Islam und dessen Organisationen. Erst Wladimir Putin sorgte für Ruhe, indem er 2001 Mufti Ahmad Kadyrow zu Tschetscheniens Premier berief, danach die obsolete Teilung in „guten alten“ und „bösen neuen“ Islam wiederbelebte und noch im Oktober 2013 den Muslimführern um den Bart ging: „Der Islam leistete einen unschätzbaren Beitrag zur geistigen und kulturellen Entwicklung unserer Gesellschaft.“ Er verpflichtete die Imame, zur „sozialen Anpassung von Menschen beizutragen, die in Russland leben und arbeiten wollen“. Die verstanden das prompt falsch, wie Nasymbek Iljasow, Obermufti von Astrachan, erkennen ließ: „Lebenswichtig ist die Erneuerung sowjetischer Tradition religiöser Leitung.“

> Malaschenko sagt Rachefeldzug der Moslems voraus

Die Bewährungsprobe kommt auf Moskau zu, wo laut Russlands Obermufti Rawil Gajnudtin zwei Millionen Moslems leben. Für sie stehen fünf Moscheen bereit, weitere sind im Bau, Schulen nicht, weil sie unislamisch koedukativ und multiethnisch sein sollen. So fordert es Malaschenko, der als bekennender Anhänger von Thilo Sarrazin weiß, wie Moskaus Zukunft aussieht: „Verbrechergruppen, organisiert auf ethnischer Basis, werden normale Realität“. *Wolf Oschlies*

Sparer bluten, Schuldner sahnen ab

Umverteilung von fleißig zu reich: Was die Geldschwemme von EZB-Chef Draghi anrichten wird

Wegen des vielen billigen Geldes sind etliche Euro-Staaten in die Krise geraten. Noch mehr billiges Geld soll sie da herausholen?

In einem sind sich alle einig, erschreckend einig. Mit dem gigantischen Anleihekauf-Programm habe die Europäische Zentralbank (EZB) ihren letzten Schuss abgegeben. Mit anderen Worten: Wenn dieses Programm nicht zündet, steht EZB-Chef Mario Draghi mit leeren Händen da.

Ziel des Programms sei es, mehr Geld in Umlauf zu bringen, damit Staaten mehr investieren und Banken mehr Kredite an Firmen und Privatleute vergeben, damit die Wirtschaft wieder wachse, heißt es aus der EZB. Außerdem solle verhindert werden, dass die Preise sinken (Deflation), weil das die Kauf- und Investitionsneigung abwürge. Dafür werden von März 2015 bis September 2016 gigantische 1,14 Billionen Euro ins System gespült. Das entspricht fast der Hälfte der gesamten deutschen Jahreswirtschaftsleistung.

Dass die Ziele erreicht werden, erscheint äußerst zweifelhaft. Schon jetzt liegen die Kreditzinsen auf historischem Tiefstand, der Leitzins bei nahe Null. Dennoch ist die Kreditnachfrage verhalten, weil das wirtschaftliche Umfeld vielen Unternehmen zu unsicher erscheint. Warum sollte sich an deren Verhalten etwas ändern, nur weil jetzt noch mehr Geld herumschwirrt?

Die zweite angebliche Hoffnung der EZB ist, dass die verschuldeten Südstaaten den Geldsegen nutzen, um endlich Reformen anzugehen. In der Vergangenheit indes haben die dortigen Regierungen billige Kredite für das genaue Gegenteil genutzt: Mit der Euro-Einführung waren deren Kreditkosten über Nacht abgesackt. Weil sie nun mit Deutschland im Währungsboot saßen, nahmen Investoren an, dass sie nun genauso verlässliche Schuldner seien wie die Deutschen. Wie im Privatkundengeschäft werden Kreditgeber desto entgegenkommender, je höher die Bonität des Kreditnehmers erscheint.

Im Süden der Euro-Zone wurde die neue Kreditherrlichkeit jedoch keineswegs für Strukturreformen genutzt, im Gegenteil: Gigantische Fehlinvestitionen, Immobilienblasen und soziale Geschenke wurden finanziert. Sprich: Billiges Geld trieb diese Länder erst in den Ruin. Nun soll noch viel mehr billiges Geld sie da wieder herausholen, eine bizarre Logik. Die nächste Blasenbildung durch die Ankündigung von noch mehr billigem Geld folgte sogleich: Aktien und Gold verteuerten sich umgehend.

Die Deutschen werden Draghis Geldschwemme zu spüren bekommen. Denn wie schon die Nullzinspolitik belohnt auch diese Maßnahme Schuldenmacher mit Unsummen, welche sie den Sparern wegnimmt. Frisch „gedrucktes" Geld ohne reale Gegenwerte entwertet das vorhandene Geld. Denn wenn Geld ständig in nahezu beliebiger Menge nachkommt, ist kaum noch jemand bereit, dafür etwas zu bezahlen, also: Zinsen zu berappen. Somit wird das alte, gesparte Geld automatisch entwertet. Inhaber von Lebensversicherungen bekommen das bereits zu spüren.

> Keine Inflation? Das wäre das erste Mal in der Geschichte



EZB setzt ins Werk, was der Vertrag zum Euro verboten hat: Einsatz der Notenpresse *Bild: action press*

Die Umverteilung läuft indes nicht nur von Sparer zu Schuldenmacher, sie geschieht damit auch von unten nach oben. Sparen kann fast jeder. Einen Kredit zu bekommen ist dagegen weit schwerer. Die Regel gilt: Je besser jemand ohnehin finanziell abgesichert ist, desto größer sind seine Chancen, sich günstig Geld leihen zu können. Am besten schneiden große Finanzjongleure ab mit direktem Zugang zum Kapitalmarkt, am schlechtesten die kleinen Sparer. Wie die Börsenentwicklung zeigt, nutzen die Mega-Spekulanten bereits ihre Chance, mit dem billigen Geld, das letztlich den Sparern weggenommen wird, noch reicher zu werden.

Dieser Raubzug dürfte das Vertrauen der Bürger in das Euro-System noch weiter erschüttern, fürchten Kritiker der inflationären EZB-Geldpolitik. Zumal noch etwas Weiteres hinzukommt: Schon die Garantien, welche insbesondere Deutschland für die Schulden anderer Länder übernommen hat, waren Rechtsbruch. Der Vertrag zum Euro hat solche Maßnahmen eines Staates für den anderen streng verboten. Ebenso ist dort die „Staatsfinanzierung durch die Notenpresse" strikt untersagt. Genau das also, was jetzt in riesigem Umfang ins Werk gesetzt wird.

Staatliche Institutionen und Regierungen agieren demnach als notorische Rechtsbrecher, die einen gigantischen Raubzug der Reichen gegen die Fleißigen, der Schuldenmacher und Finanzjongleure gegen ehrliche Sparer unternehmen – man wundert sich über die Ruhe, mit der die Bestohlenen das geschehen lassen. Da die vorgeschobenen Gründe – die Ermöglichung von Reformen und die Erweckung der Wirtschaft in den Krisenländern – kaum realistisch erscheinen, mutmaßen besonders harte Kritiker, ob dieser beispiellose Raubzug nicht sogar die eigentliche Absicht der Akteure sei.

Es wird beschwichtigt, dass das viele frische Geld – deutschen Befürchtungen zum Trotz – keine Gefahr von breiter Preisinflation mit sich bringe. Indes, dies wäre dann das erste Mal in der Geschichte, dass massenhafte Geldproduktion, der keine realen Werte gegenüberstehen, keine solche Inflation auslöste. An den Börsen, beim Goldpreis oder am Immobilienmarkt ist diese Inflation ja auch längst zu sehen.

Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein versuchte nach dem Ersten Weltkrieg, die deutsche Staatsschuld durch eine „sanfte" Inflation zu mindern. Die Entwicklung entglitt ihm völlig – mit katastrophalen Folgen. Das Resultat des Währungsdesasters, der Massenenteignung von 1923 war ein abgrundtiefer Vertrauensbruch zwischen den Deutschen und ihrer politischen Führung, welcher sich nicht mehr kitten ließ. Die Nationalsozialisten wussten das später zu nutzen. Der Publizist und Verleger Wolfram Weimer hält die schwindende Integrität der staatlichen Führung und der europäischen Institutionen, welche er durch Maßnahmen wie den jüngsten EZB-Schritt weiter um sich greifen sieht, denn auch für eine der politischen Hauptgefahren für die Zukunft.

Hans Heckel

MELDUNGEN

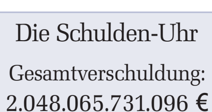
Frauen holen an der Spitze auf

Berlin – Der Frauenanteil in den Führungsetagen ist im vergangenen Jahr überdurchschnittlich stark gestiegen. Wie aus vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelten Zahlen hervorgeht, ist derzeit knapp jedes fünfte Aufsichtsratsmandat und gut jeder 20. Vorstandsposten in den 200 größten deutschen Unternehmen von einer Frau besetzt. Konkret lag der Frauenanteil in den Vorständen Ende 2014 bei 5,4 Prozent und damit einen Prozentpunkt höher als ein Jahr zuvor, in den Aufsichtsräten wuchs er um 3,3 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent. Damit blieben die Spitzengremien weiterhin eine Männerdomäne, kritisiert das DIW. *J.H.*



Nord-Ostsee-Kanal legt zu

Kiel – Rund 32 600 Schiffe haben im vergangenen Jahr den Nord-Ostsee-Kanal, die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt, befahren und knapp 100 Millionen Tonnen befördert. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 4,6 Prozent mehr bei der Ladung und 4,8 Prozent mehr bei den Schiffen. Einen Rückgang von sechs Prozent dagegen gab es 2014 im Verkehr von und nach den russischen Häfen, eine Folge der gegen Russland verhängten Sanktionen. *U.M.*



Die Schulden-Uhr

Gesamtverschuldung:
2.048.065.731.096 €
Vorwoche: 2.047.943.762.311 €

Verschuldung pro Kopf:
25.357 €
Vorwoche: 25.355 €

(Dienstag, 27. Januar 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Täuschung von Beginn an

Griechenlands Schuldenproblem ist nur die Spitze des Eisberges

Der Euro war nie ein währungstechnisches, sondern von Anfang an ein rein politisches Projekt. Es sollte die politische Union unumgänglich machen. Wirtschaftliche Zusammenhänge durften dabei keine Rolle spielen. Dass sich das daraus resultierende Problem an Griechenland exemplifiziert, ist kein Zufall. Das Land hätte nach seinen Daten nie in die Euro-Zone aufgenommen werden dürfen, davon abgesehen hatte bei der Gründung der Gemeinschaftswährung außer Luxemburg kein einziges Land die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt – Täuschung von Beginn an. Allein die Tatsache, dass Griechenland die US-Großbank Goldmann Sachs bemühen musste, um einen Schwindel für den Euro-Beitritt aufzubereiten, disqualifiziert den ganzen Vorgang, allerdings auch alle diejenigen Politiker der EU, die der Gaunerei wohlwollend zugesehen haben.

Jetzt also ist die Frage nach Griechenlands Zukunft wieder virulent, und wieder wird erwogen, wie weit man dem Land entgegenkommen müsse, um den Austritt nach einem möglichen Wahlsieg der Linken zu verhindern. Mit dem neuen Jahr wird gleich ein Tabu gebrochen und das Mittel des abermaligen Schuldenschnitts ins Gespräch gebracht.

Eine derartige Diskussion wird allerdings auf einer irrationalen Grundlage geführt. Sie suggeriert, als wäre es im Bereich des Vorstellbaren, dass Griechenland seine Verbindlichkeiten überhaupt je begleichen werde. Wenn in den Medien besorgt gefragt wird, wie viel Milliarden ein Austritt Griechenlands Deutschland kosten würde, so ist das Unfug. Er kostet keinen Pfennig. Das ist alles schon bezahlt. Das Geld ist weg. Ob als Euro-Mitglied oder nicht – Griechenland wird seine Schulden nie zahlen, weil es sie nicht zahlen kann und – bestärkt durch die EU-Mentalität („Wir lassen niemanden allein") – auch gar nicht zahlen will.

> Der Euro war immer nur ein rein politisches Projekt

Wer es nicht glaubt, soll sich Deutschland als Beispiel nehmen, das Zugpferd in einer EU, in der seit Jahren die Wirtschaftsleistung sinkt und die Schulden steigen. Deutschland hat Schulden in Höhe von über zwei Billionen, nicht gerechnet die Risiken aus Target II und anderen Gemeinschafts-Verpflichtungen, die sich ebenfalls im 13-stelligen Bereich bewegen. Das ist ebenfalls eine Summe, die sich jeder Handhabung im Sinne der Begleichung entzieht. Dazu kommt: Auch bei Steuereinnahmen in Rekordhöhe gelingt es nicht, auf neue Schulden zu verzichten. Wie soll da je ein Euro zurückgezahlt werden? Und mit welchem Recht erwartet man von Griechenland, es solle seine Schulden zahlen, wenn man selber dazu nicht im Stande ist?

Der Euro-Zone geht es insgesamt nicht besser. Die Verschuldung liegt bei rund 95 Prozent des Bruttoinlandprodukts, ungeachtet der rechtlichen Vorgabe, dass 60 Prozent die zulässige Obergrenze bilden müssen. In absoluten Zahlen sind das über neun Billionen Euro. Rechnet man die EU-Länder dazu, die den Euro nicht eingeführt haben, so liegt man bei fast zwölf Billionen.

Allerdings: Wer immer noch meint, der Euro sei eigentlich eine gute Idee gewesen, der soll bedenken: Der Schuldenstand der gesamten EU ist günstiger als derjenige der Euro-Zone. Das heißt, die Länder mit nationalen Währungen wirtschaften besser als die Euro-Länder. *Florian Stumfall*

Militarisierung der Arktis

Vor allem Russland bringt hochmoderne Waffentechnik in Stellung

Für US-Raketen führt die kürzeste Strecke nach Russland über den Nordpol. Das war einst auch den Sowjets bekannt, und deshalb bauten sie in der Arktis eine Kette von Militärflugplätzen, die indes während des Niedergangs des Landes in den 90er Jahren aufgelassen wurden und verfielen. Jetzt sollen zehn von ihnen wieder aufgebaut werden. Gegenwärtig sind vier einsatzfähig.

Selbstverständlich stellen die Temperaturen am Polarkreis eine Herausforderung an Menschen und Material dar. So sollen die Soldaten neue Uniformen bekommen, die einen Einsatz auch bei arktischer Kälte möglich machen. „Außerdem", ergänzt der stellvertretende Verteidigungsminister Dimitri Bulgakow, „haben wir gemeinsam mit unserer militär-medizinischen Akademie arktische Verpflegungsnormen für die Soldaten entwickelt."

Gleichzeitig mit der Luftwaffe werden im Militärbezirk Nord weitere Waffengattungen auf den neuesten Stand gebracht. So wurde die Nordflotte mit einem hochmodernen Luftabwehr-System vom Typ S 400 ausgerüstet, das geeignet ist zur Bekämpfung von überschallschnellen Kampfflugzeugen in allen Flughöhen, gleichzeitig aber auch tieffliegende Marschflugkörper, Stealth-Flugzeuge sowie ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen erreichen kann. Die S 400 ist vergleichbaren Systemen der Nato um eine Generation überlegen.

Für den Einsatz in der Arktis wurden eigene Fahrzeuge entwickelt und soeben von Experten des Verteidigungsministeriums und der Rüstungsindustrie im nordwestrussischen Gebiet Murmansk getestet. Solche Tests fanden erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion hinter dem Polarkreis statt, wie die Tageszeitung „Iswestija" berichtete.

> Vorkommen an Öl und Gas verschärfen die geopolitische Lage

Der Militärexperte Viktor Murachowski erläuterte: „Es geht um die Fähigkeit, Gewässer bei Bedarf zu überqueren, lange Märsche trotz Schnee- und Eishügeln zu absolvieren ... Die arktischen Anforderungen beinhalten einen ständigen Betrieb bei 65 Grad Kälte."

Der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Armeegeneral Waleri Gerassimow, umriss das Konzept der Verteidigung im sogenannten Hohen Norden: „Der Nordflotte obliegt jetzt das vereinte strategische Kommando, das für die Gewährleistung der Sicherheit in der arktischen Region zuständig ist."

Die russischen Streitkräfte sind insgesamt in verschiedene strategische Kommandos, sogenannte Militärbezirke, gegliedert. Diese waren bis zur Jahreswende die Bezirke West, Süd, Ost und Zentrum. Der Norden wurde trotz seiner strategischen Bedeutung bis vor Kurzem nicht in das Konzept einbezogen. Das hat sich jetzt mit dem strategischen Kommando Nord geändert.

Der Hohe Norden Russlands ist neben seiner militärischen Bedeutung auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Gewicht. In den vergangenen Jahren hat sich deshalb die geopolitische Lage verschärft: Die Anrainerstaaten rund um den Nordpol stecken angesichts der gewaltigen Bodenschätze ihre Claims ab. Hier soll ein Viertel der weltweiten Öl- und Gasreserven liegen. An der Militarisierung der Arktis beteiligen sich in hohem Maße auch die USA und Kanada. Sogar China äugt auf die Rohstoffvorkommen und baut Eisbrecher. *F.S.*

Verfall droht

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Ausgerechnet die Menschen im nördlichen Ostpreußen, eine ohnehin durch ihre Exklavenlage benachteiligte Region, treffen die Folgen der gegenseitigen Sanktionspolitik am härtesten. Davon nehmen sogar überregionale russische Zeitungen Notiz. Es heißt zum Beispiel, die „Kaliningrader“ würden weniger essen und das nicht nur, weil es in den Läden weniger zu kaufen gibt.

Wenn die Menschen schon kein Geld haben, sich mit dem Notwendigen einzudecken, und ihre Regierung Inflation und Wertverfall nicht aufhalten kann, wie wird es dann beispielsweise um die mehr schlecht als recht funktionierenden Denkmalpflege bestellt sein? Schon heute gibt es immer wieder Streit zwischen Denkmalschützern und denjenigen, die Steuergelder lieber für soziale Zwecke ausgeben wollen.

Wenn die im Königsberger Gebiet lebenden Menschen den Gürtel noch enger schnallen müssen, ist es ihnen nicht einmal zu verdenken, wenn sie eher staatlicher Unterstützung erwarten, als dass Geld in ohnehin schon halb verfallene Gebäude gesteckt wird. Den wenigen noch erhaltenen Baudenkmälern Ostpreußens droht der endgültige Verfall.

Zerfalls-Spuren

Von Manuel Ruoff

Mich als Historiker erinnert der Kampf um eine „geschlechtergerechte Sprache“ (siehe S. 4) an den Abstieg der Donaumonarchie. Noch vor wenigen Jahrzehnten war Konsens, dass mit den männlichen Begriffsformen grundsätzlich alle gemeint sind, so wie bei der Gründung des Kaiserreiches Österreich 1804 der Begriff Österreich den Gesamtstaat umfasste.

Dann behaupteten Feministinnen, mit der männlichen Form seien nur die Männer gemeint. Deshalb müsste neben der männlichen auch die weibliche gebraucht werden. Sie setzten dies zu großen Teilen durch. Mit dem Aufkommen des Nationalismus auch in jener Region erklärten Ungarn, dass mit Österreich nur die Deutschösterreicher gemeint seien und es müsste deshalb neben Österreich auch Ungarn genannt werden, was im sogenannten Ausgleich von 1867 zu Österreich-Ungarn als Staatsnamen führte.

Nun gibt es allerdings Personen wie Lann (Antje) Hornscheidt, die darauf verweisen, dass dieser Kompromiss die weder männlichen noch weiblichen Personen diskriminiere, während in Österreich-Ungarn vor allem Slawen kritisierten, dass mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie die Bürger diskriminiert würden, die weder (Deutsch-)Österreicher noch Ungarn seien.

Einen bemerkenswerten Unterschied gibt es allerdings. Die Uni Leipzig hat beschlossen, künftig nur noch weibliche Bezeichnungen zu verwenden. Ungarische Nationalisten, die so weit gegangen wären, zu fordern, dass der Gesamtstaat Ungarn heißt, gab es meines Wissens allerdings nicht.

Schluss mit Solidarität

Von Eberhard Hamer

Deutsche Hilfe war angeblich „alternativlos“, als Griechenland seine 120 Milliarden Euro Schulden bei den internationalen Banken nicht mehr zahlen konnte und nicht nur dem Land, sondern auch den leichtsinnigen Geldgebern die Pleite drohte. Da es sich vor allem um amerikanische und französische Banken handelte, erpressten der US-Präsident Barack Obama, die EU und Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank, die europäischen Staaten, die Schulden Athens mit Hilfe von „Rettungsschirmen“ zu übernehmen, konnte Athen also weiter Schulden machen, von denen im Konkursfall 100 Milliarden Euro der deutsche Steuerzahler tragen muss. Nutznießer der „alternativlosen“ Rettung war also nur die internationale Finanzindustrie und waren die griechischen steuerfreien Kapitalisten, beispielsweise die milliardenschweren Reeder. Leidtragende sind die einfachen Griechen, aber auch jetzt schon die deutschen Bürger, die in jedem Fall bald oder später für den Zahlungsausfall Griechenlands zahlen müssen. Die beschworene Solidarität mit Griechenland war also nur Bankenrettung auf Steuerzahlerkosten, hat die Finanzprobleme nur vergrößert und verlängert und nicht eines gelöst.

> Baustein im US-Imperium auf Kosten der Europäer

Ähnlich sieht es jetzt mit der Ukraine aus, der ebenfalls ein Staatsbankrott droht. Einen wesentlichen Teil der ukrainischen Staatsschulden hat zum Schleuderpreis der US-amerikanische Spekulant George Soros erworben. Die Märkte haben das Land mit seiner Pleitewahrscheinlichkeit von 80 Prozent abgeschrieben.

Früher hat die Ukraine im Wesentlichen vom Handel mit Russland und russischen Zuwendungen gelebt. Den Staatsschatz von 33 Tonnen Gold hat der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk als Bezahlung für die US-Kosten des Maidan-Aufstandes an die USA ausgeliefert. Mehr ist nicht da. Geldgeber auch nicht. Deshalb rufen Soros und Jazenjuk nun die „Solidarität“ des Westens an. Der Internationale Währungsfonds hat bereits 17 Milliarden Dollar zugesagt, verlangt aber umfassende Reformen, vor allem die „Privatisierung“ der Schwarzerdeböden, die der US-Konzern Dreyfus bereits in Besitz genommen hat, die Kiew aber noch nicht leisten will. Dem Land fehlen dringend weitere 15 Milliarden Dollar, die Jazenjuk von der Bundeskanzlerin einforderte. Deren Großzügigkeit beschränkte sich bislang allerdings auf 500 Millionen Euro Kreditgarantien, zumal der ukrainische Präsident bereits verkündet hatte, dass er das zusätzliche Geld vor allem für zusätzliche Waffen gegen die Donezk-Republiken brauche, weil er dort Eroberungskrieg führen will. Die Kanzlerin hat also mit ihrer Finanzzusage an Jazenjuk die verbotene „Militärhilfe in Krisengebiete“ geleistet. Nun hat sich auch der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingeschaltet und „europäische Solidarität“ beschworen. Erfahrungsgemäß werden auch hier wieder die EU-Bürger wegen des Drucks mächtiger internationaler Interessen die Leidtragenden der Solidarität sein.. Wann gehen die Deutschen gegen die kriegstreibende Ausbeutung ebenso auf die Straße wie Pegida gegen die Islamisierung?



Verhandeln über neue Geldströme für die Ukraine: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko (M.) mit IWF-Direktorin Christine Lagarde beim 45. Weltwirtschaftsforum in Davos

Bild: action press

Frei gedacht



Der Medienkahn säuft ab

Von Eva Herman

Deutschlands Massenmedien sind im Ausnahmezustand. Sie verlieren täglich mehr an Akzeptanz, Ansehen und Zahlen. Wachsende Leser-und Zuschauerproteste bringen die Unzufriedenheit der Nutzer zum Ausdruck, sie verspüren immer weniger Lust, sich noch ein X für ein U vormachen zu lassen. „Lügenpresse“, so lautet deswegen auch das Unwort des Jahres 2014, kein Zufall. Gemeint ist damit immer, wer sich angesprochen fühlt. Neueste Umsatzzahlen der Zeitungen belegen jetzt: Der freie Fall kann offenbar nicht mehr gebremst werden. Im Gegenteil: Von „dramatischen“ Einbrüchen mancher großer Blätter ist jetzt die Rede, von „existenzgefährdenden“ Entwicklungen. Die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW) ermittelt seit 1949 die Auflagenzahlen. Die Ergebnisse müssten relativ verlässlich sein, denn der Verein mit Sitz in Berlin wird „von den Medienunternehmen, den Werbungtreibenden sowie den Werbe- und Media-Agenturen in Deutschland unterhalten“, wie es heißt. Und die IVW hat jetzt Alarm geschlagen.

Schauen wir uns kurz die neu ermittelten, drastisch sinkenden Prozentwerte der bislang mächtigsten Blätter an. Da wäre das Springerblatt „Bild“, dessen Einfluss im deutschsprachigen Raum bislang nicht unerheblich war. Betrug die Auflage 2003 noch mehr als vier Millionen täglich, so liegt diese Zahl aktuell bei knapp 2,1 Millionen, also fast fünfzig Prozent weniger! Sollte sich dieser Trend fortsetzen, so wird die erste Zahl vor dem Komma demnächst eine eins sein. Und er setzt sich fort. Das aktuelle Minus im Vergleich zum Vorjahr liegt derzeit bei 9,2 Prozent. Doch auch die sogenannten seriösen, überregionalen Tageszeitungen haben echte Probleme. Die „Süddeutsche Zeitung“ verlor erneut 4,7 Prozent, die „FAZ“ 7,4, und die „Welt“ knapp zehn Prozent. Auch nahezu sämtliche Regionalzeitungen stürzen weiter ab. Im Keller sind: „B.Z.“, „Berliner Kurier“, „Hamburger Morgenpost“, „Express“ und „Abendzeitung“, sie verloren zum Teil, wie es heißt, „dramatisch“.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Diese Entwicklungen dürfen uns nicht überraschen. Selbstredend ist der Trend, dass jedermann im Internet die Informationen kostenlos erhalten kann, eine der verändernden Nutzer-Ursachen. Doch dies ist nur ein kleiner Ausschnitt des großen und ganzen Bildes. Zwar lieben es traditionelle Zeitungsleser nach wie vor, morgens beim Frühstück ihr vertrautes Blatt aufzuschlagen, dessen Druckerschwärze-Duft sich mit dem Aroma des ersten Kaffeeaufgusses wohlig vermengt und ihnen das bequeme Gefühl der weiten Distanz zu den brodelnden Ereignissen in der Welt suggeriert. Hier, am Kaffeetopf, hinter den großen Blättern versteckt, darf man sich noch geborgen fühlen. Oder? Diese schöne Tradition greift jedoch allenfalls noch dort, wo man sicher gehen kann, dass das vorliegende Blatt unser Freund und nicht etwa der Feind ist. Und dass wir unsere Ansichten in den Artikeln wiederfinden. Wer eher links tickt, hatte deswegen die „SZ“ abonniert, Konservative der leichten Art bevorzugten von jeher die „FAZ“. Doch nicht erst seit den Offenbarungen des Udo Ulfkotte wird nun dem differenzierenden Betrachter erkennbar, dass die Inhalte der Linken und Rechten mit wachsenden Jahren immer identischer wurden, dass es kaum noch Unterschiede zu geben scheint in den politischen Einschätzungen der Journalisten. Ja, dass die aktuellen Nachrichtentexte in ihrer zuweilen sogar identischen Wortwahl eine gleichgeschaltete Vorgabe großer Agenturen zu sein scheinen, deren Aufgabe es ist, lediglich nach-zu-richten, was die eigentlichen Mächte vorgeben.

Viele Leser (und auch Zuschauer) haben diese Tatsache schon längst registriert, nur die Macher selbst scheinen immer noch nicht erkennen zu wollen: Entrüstet lehnen Sie derart lautende Vorwürfe ab, verteidigen, wo es nichts mehr zu verteidigen gibt, wo nur noch demütige Einsicht weiterhelfen könnte. Munter stoßen sie weiterhin in das politisch korrekte Horn, welches aus angelsächsischer Tradition orchestriert wird und nahezu 500 Millionen Menschen umerziehen will.

Gleichmachung auf allen Gebieten zeigt den Kurs. Alle Geschlechter sind gleich, alle Länder erhalten dieselben Voraussetzungen für gleichlautende Wirtschaftsergebnisse, ob in Nord-, Ost-, West-, oder Südeuropa, sie haben dieselbe Währung zu benutzen, sollen sich unter nur das eine Angriffsbündnis stellen, welches sich offiziell immer noch mit der Vokabel Verteidigung schmückt. Dieser extern bestimmte Kurs, welcher das Subsidiaritätsprinzip vollends aushebelte, hat natürlich nicht mehr viel mit den jeweils spezifischen, kulturabhängigen Ansichten der unterschiedlichen Gesellschaften zu tun. Auch nichts mit deren differenzierten Zielen und Kräften jedweder individueller Art. Vielmehr vermittelt er das politische Endziel der Vermischung und damit der Schwächung ursprünglicher Ressourcen eines jeden Standes. Und zwar auf allen Ebenen. Die zunehmend besorgten Bürger spüren es, sie suchen Hilfe, fordern Gespräche, wahre Informationen - und: Sie müssen verzweifeln. Denn so gut wie nie werden ihnen verständliche Antworten in den Massenmedien gegeben.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt mit Ehemann und Kind in Hamburg.

Spätestens seit der Ukraine-Russland-Berichterstattung sind nun auch die Vorletzten aufgewacht. Sie spüren immer drängender: Halt, hier stimmt etwas nicht. Die öffentliche Berichterstattung weicht zunehmend ab von der eigenen Einschätzung der Menschen. Nehmen wir als Beispiel die lange Tradition der Deutschen mit Russland, man kann es Freundschaft nennen. Schon Otto von Bismarck warnte uns, niemals Krieg mit den Russen anzufangen, sondern für Frieden zu sorgen. Sehen wir uns den entsetzlichen Bürgerkrieg in der Ukraine an, betrachten wir außerdem die stringenten Ziele der US-Regierung, die Nato nun auch dort zu positionieren, so brauchen wir nicht einmal Weitblick, um den bevorstehenden Krieg in Europa erkennen zu können.

So wurde der Medienkonsument letzte Woche aufgeschreckt durch ein wohlplatziertes Stück in der „FAZ“, wo sich der ukrainische Präsident Petro Poroschenko auf einer halben Seite über den „russischen Aggressor und seinen Hybridkrieg“, einen angeblichen „Ethnozid“ an den Krimtataren, die euro-atlantische Integration und die Unbesiegbarkeit der Ukraine auslassen durfte. Dass all dies in dieselbe Zeit fällt wie der Beginn der neuen Militäroffensive Kiews, dass auch die „FAZ“-Redakteure in vorauseilendem Gehorsam die Aussagen Poroschenkos veröffentlichten, lässt das russische Magazin „Russia Today“ zu recht besorgt fragen: Hat sich Poroschenko in die „FAZ“ eingekauft?

Anderes Beispiel: Derzeit werden die letzten schlafenden Bürger geweckt: durch Pegida und Anti-Pegida. Da ist etwas faul im Staate, das spüren nun auch die Bequemsten vor ihrem flimmernd-bunten Fernseher. Und auch, wenn die Nachrichten ihnen noch soufflieren wollen: Alles im Lot auf'm Boot, das sind alles Nazis, die müssen weg, so ahnen sie doch langsam, dass dies einfach nicht mehr ganz der Wahrheit entsprechen kann.

Kürzlich musste übrigens die Schweizer „Tagesschau“ abgebrochen werden: Der Moderatorin war beim Nachrichtenvorlesen schlecht geworden. Ist das noch ein Wunder? Manchmal muss erst der Körper reagieren, bevor der Geist begreift: Der Medienkahn säuft ab! Rette sich, wer kann.

Unendliche Weiten

Außerirdisches in Bonn – Weltraumschau in Bundeskunsthalle

Mit „Outer Space – Faszination Weltraum“ erforscht die Bonner Bundeskunsthalle derzeit ferne Welten. Zwischen Außerirdischen und Astronauten sind fiktive und reale Weltraumabenteuer versammelt. Es dringt in Sphären ein, die nie ein Mensch zuvor gesehen hat.

Weltberühmte Raumfahrer wie Jurij Gagarin und Neil Armstrong sowie allseits beliebte oder gefürchtete Außerirdische wie E.T. und das aus dem Ei geschossene Alien stehen im Blickpunkt eines Ausstellungsabenteuers in der Bonner Bundeskunsthalle. Wie ist das Universum entstanden? Sind wir allein – oder gibt es intelligente Zivilisationen auf anderen Planeten? Solch drängenden Fragen der Menschheit widmet sich die Schau. In zwölf Räumen geht es um Sonne, Mond und Sterne, Schwerkraft und Schwarze Löcher, Ufos und Raketen. Aufgeboten sind rund 300 Exponate, darunter Teleskope und Raumanzüge, Meteoriten, Kunstwerke und eine Weltraumtoilette.

Die Schau legt ein Hauptaugenmerk auf die Berührungspunkte von Kunst, Wissenschaft und Kulturgeschichte. Zum Auftakt begegnen wir einem 55 Kilogramm schweren Meteoriten, der am 7. November 1492 in der Nähe von Ensisheim im Elsass mit Leuchtschweif und lautem Donner niederging. Alles Gute kommt von oben? Der etwa 4,7 Milliarden Jahre alte Steinbrocken erregte enormes Aufsehen. Sogar Kaiser Maximilian I. reiste an. Den für ein Werk des Teufels gehaltenen außerirdischen Brocken ließ er in Ketten legen und in einer Kirche aufhängen.

Spannende Wechselbeziehungen zwischen Fantasie und Wissenschaft offenbart die der Rakete gewidmete Abteilung. Hermann Oberth war einer der Väter der Raumfahrt und Raketentechnik. Den Antrieb, sich mit der Eroberung des Weltraums zu beschäftigen, vermittelten ihm Science-Fiction-Romane wie „Von der Erde zum Mond“ und „Reise um den Mond“, die Jules Verne unter Beratung von Erfindern und Naturwissenschaftlern geschrieben hat. Oberth verfasste wissenschaftliche Abhandlungen über Raketen, Mondlandungen, Satelliten, interplanetare Raumsonden und Raumstationen, lange bevor diese Wirklichkeit geworden sind. Seine erste Rakete baute er als wissenschaftlicher Berater des Regisseurs Fritz Lang für dessen Stummfilm „Die Frau im Mond“ (1929). Daraus wird ein Filmausschnitt mit dem ersten Raketen-Countdown der Welt gezeigt. Die Zählprozedur übernahm später die Nasa für ihre Raketenstarts.

Ab 1929 arbeitete Oberth mit Wernher von Braun zusammen, der seit 1939 an der Heeresversuchsanstalt in Peenemünde mit Geldern des NS-Regimes die erste einsatzfähige Großrakete der Menschheit baute. Die „Aggregat 4“ genannte Rakete, von der eine Spitze aus Schwermetall ausgestellt ist, wurde von Propaganda-Minister Goebbels in „Vergeltungswaffe 2“ (V2) umgetauft. Die mit Sprengsätzen ausgestattete V2 hatte eine Reichweite von 250 bis 300 Kilometern. Ab 1944 starben bei Bombardierungen durch sie etwa 8000 Menschen. Produziert wurde sie von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, von denen zirka 20000 ums Leben kamen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von Braun führender Kopf der Raketen- und Raumfahrtprogramme der USA. Von Brauns Pakt mit den Nationalsozialisten wurde erst nach seinem Tod im Jahr 1977 öffentlich kritisiert.

Die ersten irdischen Lebewesen im Weltraum waren in einem Glas eingesperrte Fruchtfliegen, die die Amerikaner 1947 mit einer V2 ins All schossen. Die Fruchtfliegen überlebten und landeten mit einem Fallschirm wieder auf der Erde. Fotografien und Objekte erzählen von jenen den Fruchtfliegen nachfolgenden Erdlingen im All. Die 1957 von den Russen in eine Erdumlaufbahn geschossen Hündin Laika überlebte wegen Stress und Überhitzung ihr Weltraumabenteuer nicht. Erster Mensch im Weltraum war der Russe Gagarin, der nach 106 Minuten wieder wohlbehalten auf der Erde landete. Erste Weltraumfahrerin war Walentina Tereschkowa, die 1963 fast drei Tage die Erde umkreiste.

Zu den Ausstellungsattraktionen gehört ein Raumanzug, wie ihn Neil Armstrong trug, der am 21. Juli 1969 als erster Mensch den Mond betrat. Erster deutscher Astronaut war Sigmund Jähn, der 1978 in der sowjetischen Sojus 31 zur Raumstation Saljut 6 flog, um wissenschaftlich-technische, psychologische und biologische Experimente durchzuführen. Zu sehen sind Jähns blauer Bordanzug und erstaunlicherweise eine Machete aus Stahl und Plastik, die als Teil seiner Überlebensausrüstung deklariert wird.

Die Ausstellungsexpedition führt uns zu Kunstwerken wie dem Kupferstich „Die Flucht nach Ägypten“ (1613), den Hendrick Goudt nach einem Gemälde Adam Elsheimers schuf. Mit dem damals just erfundenen Teleskop betrieb Elsheimer Himmelsstudien, bevor er auf seinem Gemälde den ersten naturwahren Mond und Sternenhimmel der Kunstgeschichte darstellte. Max Ernsts Gemälde „The Twentieth Century“ (1955) zeigt einen Planeten nach der Katastrophe. Über ihm steht eine schwarze „Sonne“, die von kalten Lichtringen umgeben ist.

Zu den technischen Attraktionen gehört die Raumkapsel „Liberty Bell 7“, in der Virgil Grisson 1961 den zweiten erfolgreichen Weltraumflug der USA absolvierte. Er landete nach einer Viertelstunde Flug im Meer bei Florida. Die Raumkapsel versank und wurde erst 38 Jahre später aus einer Tiefe von 4800 Metern geborgen. An Weltraumkult erinnert ein Raum, in dessen Mitte ein Haupttriebwerk der 1988 bis 2003 im Einsatz gewesenen europäischen Trägerrakete Ariane 4 aufragt. Ehrfürchtig starren die sie umringenden Bronzeköpfe zu ihm auf, denen die Künstlerin Eva Aeppli den Titel „Die 12 Sternzeichen“ (1979/80) gegeben hat.

Lou Zinsstag war 1957 bis 1964 Mitarbeiterin des Ufologen und Bestseller-Autors George Adamski, der mit Desmond Leslie „Fliegende Untertassen landen“ schrieb. Zinsstag führte danach in Basel ein Ufo-Archiv, aus dem ein mit „dokumentarischen“ Bildern „Fliegender Untertassen“ angefülltes Fotoalbum ausgestellt ist. Im Zentrum der Schau aber haben sich Filmstars von Weltraumabenteuern eingefunden. E.T., der Außerirdische, zeigt mit dem Finger auf uns. Der Roboter R2-D2 aus „Krieg der Sterne“ verneigt sich vor dem goldenen Protokolldroiden C-3PO, während „Alien“, das unheimliche Film-Wesen aus einer fremden Welt, die spitzen Zähne bleckt. *Veit-Mario Thiede*


Bild: Bundeskunsthalle

Bereit zum Abheben: Modell der Ariane V auf dem Museumsplatz in Bonn

Bis 22. Februar in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 4, Dienstag und Mittwoch 10 bis 21 Uhr, Donnerstag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr. Telefon (0228) 9171243, Eintritt: zehn Euro. Der Katalog aus der Nicolaischen Verlagsbuchhandlung kostet in der Ausstellung 32 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro. Internet: www.bundeskunsthalle.de.

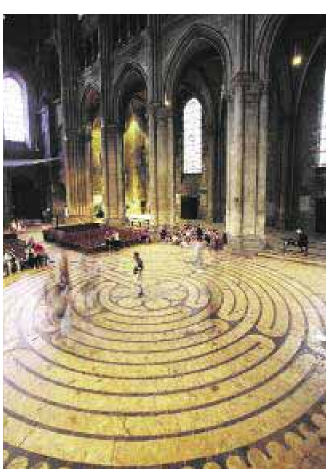
Nach Jerusalem verlaufen

Symbol für Pilger-Irrwege – Kirchenlabyrinthe hatten auch eine meditative Bedeutung

Schon in vor- und frühgeschichtlicher Zeit waren Menschen von Labyrinthen fasziniert. Anlagen aus konzentrischen Irrwegen von runder oder eckiger Form in verschiedenartiger Ausführung sind aus mehreren Kulturen und Epochen Nord- und Südeuropas bekannt. Während man sich in einem Irrgarten aus überkopfhohen Hecken verlaufen kann, weil es Kreuzungen gibt und viele Wege als Sackgasse enden, führt bei einem „echten“ Labyrinth jeweils ein Weg vom Eingang her zur Mitte.

Nach diesem Prinzip sind die begehbaren, zu Hunderten erhaltenen Steinsetzungen in Schweden, Finnland und Nordrußland gestaltet, die unter dem Namen Trojaburg bekannt sind. Einige davon sind erst im 19. Jahrhundert angelegt worden, ihr Ursprung liegt aber vermutlich in der Bronzezeit um 1200 v. Chr. Trojaburgen werden auch als „kretisch“ bezeichnet, weil das Muster auf Münzen von Kreta aus dem Jahr 500 bis 100 v. Chr. gefunden wird. Über ihre einstige Bedeutung lassen sich nur Mutmaßungen anstellen.

Seit der Spätrenaissance verbreitete sich das Anlegen eines Irrgartens als Gestaltungselement für Fürstengärten von Italien her in ganz Europa. Im Berliner Erholungspark Marzahn, der 2000 den Namen „Gärten der Welt“ erhielt, wurde 2007 ein Irrgarten, bestehend aus 1200 immergrünen Eiben, nach dem Vorbild in Hampton Court Palace, London, eröffnet. Gleichzeitig wurde ein Pflasterlabyrinth nach dem Vorbild des Bodenlabyrinths in der Kathedrale von Chartres (Frankreich) der Öffentlichkeit übergeben. Letzteres ist das berühmteste aller erhaltenen Fußbodenlabyrinthe in mittelalterlichen Kathedralen. Mit 20,8 Metern Durchmesser ist die gepflasterte Nachbildung aus blauen und weißen Steinen in den „Gärten der Welt“ etwas größer als ihr Vorbild, das um 1230 nach Plänen des Baumeisters Villard de Honnecourt entstand.


Verschlungene Pfade: Fußbodenlabyrinth der Kathedrale von Chartres Bild: pa

Im Zentrum des Fußbodenmosaiks der hochgotischen Kathedrale von Chartres befand sich um 1640 noch eine Darstellung des Kampfes zwischen Theseus und dem Minotauros. Die Abbildung der Szene aus der griechischen Mythologie widerspricht der gängigen Interpretation von Labyrinthen in oder in der Nähe von Kirchen und Kapellen als Pilgerwegen im übertragenen Sinne.

Hingegen verweist die Darstellung wohl auf das überlieferte Wissen der Erbauer. Denn die auf Kreta eingewanderten Griechen benutzten das Wort „Labyrinth“ für die mit dem Symbol der Doppelaxt – gemäß der Wortbedeutung von labrys/„Doppelaxt“ – reich versehenen Mauern des Palastes von Knossos, in dessen Gängen man sich verlaufen konnte.

Die behauptete Nutzung von Labyrinthen in Kirchen im Sinne einer Frömmigkeitsübung, die im Mittelalter als Ersatz für eine Pilgerreise nach Jerusalem – das Innere des Labyrinths – oder für das Abschreiten des Kreuzwegs zur Grabkapelle durchgeführt wurde, geht tatsächlich nur bis ins 17. Jahrhundert zurück. So schrieb Johannes Voigt in seiner „Geschichte Preußens“ (um 1830) im Abschnitt „Jerusalem in Preußen“: „Bei den wichtigsten Ordensburgen in Preußen befanden sich Orte auf Hügeln, die, mit Büschen bepflanzt und eingehegt, Jerusalem genannt wurden.“ Über den Zweck und die Bedeutung dieser Orte war er nicht unterrichtet, neigte aber zur Ansicht, dass es sich um Irrgänge gehandelt habe, die das Volk unter Gebeten durchwandelte.

Energisch wies Voigt die Behauptung des polnischen Chronisten Sarnicius zurück, der die Jerusalemanlagen in Preußen als Stätten frivoler Ausgelassenheit der Ritterbrüder schilderte. Voigt verwies auch auf die Tatsache, dass der Name Jerusalem in der Nähe mehrerer Ordensstädte bezeugt ist. Jerusalemkapellen gab es bei Allenstein und Wormditt, beide allerdings aus dem 16. Jahrhundert. *D. Jestrzemski*

Erster Literaturpapst

Bewundert und verspottet – J. Chr. Gottsched

Hätte es im 18. Jahrhundert schon Fernsehen gegeben, so hätte Johann Christoph Gottsched wohl seine eigene Literatursendung gehabt. Denn er war der Literaturpapst der Frühaufklärung, der mit seinen Werken ebenso polarisierte und intellektuelle Gemüter erhitzte, wie es Reich-Ranicki zuletzt tat. Von vielen als Modernisierer der deutschen Sprache und Literatur bewundert, wurde er von anderen wie Lessing wegen seinen Forderungen nach strengen ästhetischen Regeln in Drama und Lyrik verspottet. Und es war diese Fraktion, die letztlich den Ton angab und dafür sorgte, dass der am 2. Februar 1700 in Juditten bei Königsberg geborene, vormals so immens einflussreiche ostpreußische Literaturtheoretiker heutzutage vergessen ist.

> Der Ostpreuße wurde vor 315 Jahren geboren

Wer weiß schon, dass sein 1730 erschienener „Versuch einer Critischen Dichtkunst“ seinerzeit ein Bestseller war und bis 1751 mehrere Auflagen erlebte? Wer kennt schon sein Trauerspiel „Sterbender Cato“, das als erstes klassizistisches Drama deutscher Sprache gilt und das den Weg ebnete zu den großen Dramen Lessings oder Goethes?

Gottscheds eigene Tragik bestand darin, dass er sich trotz aller Reformbemühungen eigene Fallen aufstellte. Deshalb überlebte auch seine „Critische Dichtkunst“ nicht, mit welcher der Pfarrersohn jener Regellosigkeit der katholisch geprägten Barockdichtung aus einer nicht von religiösen Themen handelnde Regelpoetik entgegenstellte. Kurz gesagt: Statt in einer üppig ausstaffierten Barockkirche sollte die neue Dichtung in einem nüchternen norddeutschen Profanbau wohnen. Da seine Ästhetik aber selbst von einem protestantischen Geist durchweht war, ordnete er den Dichtern ein solch sittenstrenges Moralkorsett an, gegen das sie naturgemäß rebellierten.

Ähnlich modern wie altmodisch zugleich war sein Stück „Sterbender Cato“, das als Plagiat eines englischen Dramas alle Bestandteile des klassischen Theaters besaß, wie man es von Goethe oder Schiller kennt – wäre es bloß nicht so spröde, spießig und spannungsarm.

Als er 1766 in Leipzig starb, wo er seit seiner Flucht 1724 aus Königsberg vor preußischen Werbern lebte – wegen seiner Körpergröße wollte man ihn in die Garde der „Langen Kerls“ stecken –, war es bereits still um ihn geworden. Vergessen war da auch der über Jahre ausgetragene „Zürcher Literaturstreit“ mit den Schweizer Philologen Bodmer und Breitinger um die Regelpoetik, der an Heftigkeit nur zu vergleichen ist mit dem Historikerstreit in den 1980er Jahren. *Harald Tews*

Übergang von der Kriegs- zur Friedensplanung

Gegenseitiges Misstrauen und das Fehlen einer geregelten Tagesordnung erschwerten vor 70 Jahren die Konferenz von Jalta

Mit der Jalta-Konferenz vom Februar 1945 vollzogen die Mächte der Anti-Hitler-Koalition den Übergang von der Kriegs- zur Friedensplanung. Allerdings wurde das Treffen von zahlreichen Differenzen zwischen der Sowjetunion und ihren westlichen Partnern überschattet, mit denen sich der kommende Kalte Krieg schon ankündigte.

Anfang Februar 1945 starteten die Westalliierten eine Offensive, die sie in den Besitz des Rheinlandes bringen sollte, während die Rote Armee ihrerseits an der Oder und in Oberschlesien stand. Vor diesem Hintergrund trafen sich die Staatschefs der Anti-Hitler-Koalition vom 4. bis zum 11. Februar zu ihrer zweiten großen Konferenz, die den Decknamen „Argonaut“ trug und in Jalta auf der Krim stattfand. Dabei verfolgten die „Großen Drei“ recht unterschiedliche Ziele:

Treffen der „Großen Drei“ zwischen Teheran und Potsdam

Der bereits vom Tode gezeichnete US-Präsident Franklin Delano Roosevelt (1882–1945) hoffte vor allem auf die Beilegung der Differenzen hinsichtlich der Schaffung einer Weltfriedensorganisation und die Bereitschaftserklärung der Sowjets, baldmöglichst in den Krieg gegen Japan einzutreten. Immerhin verfügte das Kaiserreich mit der Kwantung-Armee in Nordchina über eine strategische Reserve von mehr als einer Million Soldaten, die den Amerikanern heftiges Kopfzerbrechen bereitete.

Für den britischen Premierminister Winston Churchill (1874–1965) hingegen rangierten die Fragen nach der Rolle Polens und Frankreichs sowie des Einflusses des Empire auf dem Balkan an erster Stelle. Dabei befand er sich freilich in einer wenig komfortablen Lage, weil die Rote Armee durch ihr kontinuierliches Vorrücken nach Westen und Südwesten permanent vollendete Tatsachen schuf.

Das ermunterte den sowjetischen Diktator Josef W. Stalin (1878–1953), mit einem ganzen Bündel von Forderungen aufzutrumpfen, deren wichtigste waren: räumliche Zerstückelung und komplette Entmilitarisierung Deutschlands bei gleichzeitiger Pflicht zur Zahlung von zehn Milliarden Dollar Reparationen an die UdSSR, freie Hand für Moskau bei der Expansion in Ostmittel- und Südosteuropa sowie territoriale und politische Zugeständnisse in Zentral- und Ostasien.

Den Verhandlungen in Jalta ging ein Treffen der Stabschefs der Streitkräfte der USA und Großbritanniens auf Malta voraus, das bis zum 3. Februar andauerte und zu einer Annäherung der Standpunkte dieser beiden Mächte führte. Trotzdem aber verlief die nachfolgende Konferenz im ehemaligen Zarenschloß Livadija überaus chaotisch, weil es keine geregelte Tagesordnung gab und auf allen Seiten Misstrauen herrschte.

Dabei verhandelte Roosevelt zunächst allein mit Stalin, bis dieser bereit war, den US-Amerikanern zuzusichern, innerhalb von 90 Tagen nach der deutschen Kapitulation in den Krieg gegen Japan einzutreten, das heißt, in der Mandschurei zu intervenieren. Natürlich wurde über diese Vereinbarung strengstes Stillschweigen gewahrt, um japanische Präventivmaßnahmen zu verhindern. Anschließend übernahmen Stalin und Churchill die Initiative, was die Behandlung der europäischen Angelegenheiten betraf – hier fungierte Roosevelt eher als Moderator und Vermittler.

So war dann auch die Konstellation auf der ersten Vollsitzung, als der sowjetische Diktator eine konkrete Entscheidung über die Aufteilung Deutschlands in mehrere Teilstaaten anmahnte und Churchill die Vertagung derselben erreichte, weil er inzwischen die Ansicht vertrat, ein zersplittertes und ökonomisch schwaches Deutschland laufe den britischen Interessen zuwider. Was die französische Einbindung in das Besatzungsregime betraf, konnte der Premier obsiegen: Stalin, der hier einen Präzedenzfall befürchtete, der weitere Staaten zu Forderungen animieren könnte, stimmte schließlich zu, nachdem die Westmächte garantierten, dass die französische Besatzungszone nicht auf Kosten der sowjetischen geschaffen werden solle. Und auch in der Frage der Reparationen musste der Kreml-Chef eine Niederlage einstecken, da Churchill die konkrete Höhe der Wiedergutmachungszahlungen von der erst noch zu bestimmenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Nachkriegsdeutschlands abhängig zu machen gedachte.



Beim Abschlussdinner: Der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wjatscheslaw Molotow, und die „Großen Drei“ Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin (v.r.) Bild: pa

Dahingegen führte Roosevelt wieder das große Wort, als es an den Folgetagen um sein Lieblingsprojekt, nämlich die Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen, ging: Durch diverse Zugeständnisse an das künftige Weltsicherheitsrats-Mitglied UdSSR erkaufte sich der US-Präsident das Einverständnis Stalins, so dass nachfolgend die Einberufung der Gründungskonferenz der United Nations beschlossen werden konnte. Andererseits biss Roosevelt auf Granit, als er gemeinsam mit Churchill vorschlug, Moskau solle im Gegenzug für den Gewinn des Raumes um Königsberg einer Neufestlegung der geplanten sowjetisch-polnischen Grenze zustimmen. Offen blieb außerdem auch die Gestaltung der polnischen Westgrenze: Stalin bestand im Einklang mit dem polnisch-sowjetischen Geheimvertrag vom 27. Juli 1944 auf einer Verschiebung bis an die Oder und die Lausitzer Neiße, wohingegen Churchill meinte, „es wäre höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans so mit deutschem Futter mäste, dass sie an Verdauungsbeschwerden einginge“. Darüber hinaus äußerte der britische Premier Bedenken gegen die Vertreibung von elf Millionen Deutschen als Konsequenz aus den sowjetischen Vorschlägen. Deshalb unterblieb die verbindliche Festschreibung der neuen deutsch-polnischen Grenze „bis zur Friedenskonferenz“, wobei sich die „Großen Drei“ aber einig zeigten, „dass Polen im Norden und Westen einen beachtlichen territorialen Zuwachs erhalten muss“.

Letztendlich versuchte Churchill also, von den Beschlüssen der vorhergehenden Teheran-Konferenz wegzukommen, um die Etablierung des Kommunismus in weiten Teilen Europas zu verhindern. Allerdings stand er damit ziemlich allein, denn Roosevelt verharrte weiterhin in Illusionen über die „Ritterlichkeit“ Moskaus. Dabei nutzte Stalin seine militärische Stärke tatsächlich bald gnadenlos aus, um die Sowjetisierung der Staaten voranzutreiben, die von der Roten Armee „befreit“ worden waren und nun zum Einflussbereich der UdSSR gehörten. Und das wiederum bewog Churchill in seiner berühmten Fulton-Rede vom 5. März 1946, von einem „Eisernen Vorhang“ zu sprechen, der sich „von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria“ erstrecke: „Das befreite Europa, für dessen Errichtung wir kämpften, ist dies ganz gewiss nicht.“ *Wolfgang Kaufmann*

»Deutschlands Sportler Nummer 1 auf Lebenszeit«

Kaum ein anderes Sportsidol erfreut sich in Deutschland einer derartigen Beliebtheit wie die Boxlegende Max Schmeling

Ende des vergangenen Jahrtausends wurde Max Schmeling von deutschen Sportjournalisten zu „Deutschlands Sportler Nummer 1 auf Lebenszeit“ gewählt. Die Zustimmung zu dem Ausnahme-Sportsmann, der schon zu Lebzeiten zur Legende wurde, reicht von der „taz“ („guter Mensch von Hollenstedt“) bis zum „kicker“ („Idol auf Lebenszeit“). Die Hamburger zählen ihn mit Uwe Seeler zu ihren beliebtesten Sportlern. Dabei stand ungeachtet der engen Beziehung zwischen ihm und den Hansestädtern seine Wiege gar nicht in der Freien und Hansestadt, sondern in Preußen.

Am 28. September 1905 kam Max(imilian) Siegfried Adolph Otto Schmeling in Klein-Luckow in der Uckermark zur Welt. Sein ebenfalls Max Schmeling heißender Vater war Steuermann bei der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) und wurde 1906 nach Hamburg versetzt, so dass Schmelings Kindheitserinnerungen mit der Stadt an der Elbe aufs engste verbunden sind. Nach dem Besuch der Volksschule machte er eine kaufmännische Lehre.

Sport begeisterte ihn von Anfang an und so stand er für den Hamburger Stadtteilverein SV St. Georg im Fußballtor. 1919 sah er jedoch einen Wochenschaubeitrag über den neuen Boxweltmeister Jack Dempsey und hatte neben einem neuen Idol auch einen neuen Lieblingssport. Diese Liebe ging so weit, dass er deshalb sogar ins Rheinland zog, das damalige Zentrum des Boxsports in Deutschland. Lohn und Brot verdiente er bei einer Düsseldorfer Brunnenbaufirma und sein Hobby betrieb er beim Kraftsportverein Benrath. 1923 versetzt ihn sein Arbeitgeber nach Köln und dort fand er im SC Colonia 06 eine neue sportliche Heimat. Ein Jahr darauf wurde er



Max Schmeling Bild: Archiv

Deutscher Vizemeister im Halbschwergewicht. Noch boxte er als Amateur, aber dieser Erfolg ließ ihn noch im selben Jahr ins Profilager wechseln.

Die Profikarriere begann gleich mit einem Sieg gegen Johann Czapp. Zwei Jahre später zog er in die Reichshauptstadt um und wurde Deutscher Meister im Halbschwergewicht mit einem K.o.-Sieg gegen den Mann, der ihm 1924 seine erste Niederlage als Profi beigebracht hatte: Max Diekmann. 1927 nahm er in dem ersten live von einem deutschen Rundfunksender übertragenen Boxkampf dem Belgier Fernand Delarge den Europameistertitel ab. Schmeling wurde zu schwer und wechselte 1928 ins Schwergewicht, wo er noch im selben Jahr durch einen Sieg über Franz Diener ebenfalls Deutscher Meister wurde.

Nun zog es den Deutschen ins internationale Zentrum des Boxsports, in die USA. Attraktive Gegner verschaffte ihm der jüdische US-Amerikaner Joe Jacobs, von dem er sich fortan managen ließ und zu dem er auch in der NS-Zeit hielt, als dieses nicht als opportun galt. 1930 wurde Schmeling Weltmeister, und zwar als einziger durch die Disqualifikation eines Gegners. Der US-Amerikaner Jack Sharkey wurde disqualifiziert wegen Tiefschlags. 1932 konnte Schmeling zwar den Titel gegen Young Stribling verteidigen, doch noch im selben Jahr verlor er den Titel in einem erneuten Kampf gegen Sharkley. Das Ergebnis wurde nicht nur von Deutschen, sondern auch von US-Amerikanern als unfair empfunden. Der vormalige Weltmeister Gene Tunney – wohlgemerkt ein US-Amerikaner – sprach von einem „großen Unglück für unseren Sport“.

Eine Weisheit aus dem Boxsport lautet zwar: "They never come back" (Sie kommen nie wieder), doch gelang es Schmeling nach einer Durststrecke, sich wieder dem Titel zu nähern. Vier Jahre nach seiner umstrittenen Niederlage gegen Sharkley stieß er in seinem wohl legendärsten Kampf auf Joe Louis. Der „Braune Bomber“ hatte zwar noch nicht den Weltmeistertitel, aber er galt seinerzeit als unbezwingbar. Schmeling hatte in Filmaufnahmen entdeckt, dass Louis nach seinen Schlägen die Linke fallen ließ, was die Möglichkeit zu Kontern ließ. Schmeling nutzte diese Schwäche seines Gegners und versetzte dem haushohen Favoriten in der zwölften Runde einen K.o.-Schlag.

Der Weg zur Rückgewinnung des Weltmeistertitels schien nun frei zu sein, denn der Titelträger, der sogenannte Zufallsweltmeister James Braddock, galt als schwächer denn Louis. Bevor jedoch Schmeling Braddock den Titel abnehmen konnte, wurden Louis und Braddock handelseinig. Gegen ein entsprechendes Salär verweigerte Braddock Schmeling mit einer vorgetäuschten Verletzung den Kampf und ließ sich stattdessen von Louis seinen Titel abnehmen. Nachvollziehbar war das für Schmeling seine „größte Enttäuschung als Sportler“ überhaupt. Er erhielt dann jedoch trotzdem seine Chance. 1938 konnte er tatsächlich den amtierenden Weltmeister zum Kampfe stellen, doch ließ dieser nun Louis. Dieser gab sich nun nicht mehr die Blöße von 1936 und gewann mit K.o. Schmeling never came back; der Weltmeister von 1930 bis 1932 kam in der Tat nie mehr zurück.

Der Ex-Weltmeister zog sich stattdessen auf seinen Kontinent zurück, wo er noch einmal zeigte, wer zumindest dort Herr im Ring war. In seinem vorerst letzten Kampf holte er 1939 gegen Adolf Heuser noch einmal den Europameistertitel. Für das Leben nach dem Boxsport erwarb er noch im selben Jahr mit seiner 1933 geheirateten Ehefrau, der Schauspielerin Anny Ondra, im pommerschen Ponickel ein Rittergut und unter normalen Umständen hätten die Boxbörsen wohl für geruhsame Jahrzehnte auf dem Lande gereicht. Doch es kam anders, wofür Schmeling nichts konnte.

Vor zehn Jahren verstarb der gebürtige Preuße im einst preußischen Wenzendorf

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Schmeling zur Wehrmacht eingezogen. Beim Einsatz als Fallschirmjäger verletzte er sich an Knie und Rücken schwer. Zudem nahm ihm der Krieg Hab und Gut. Häufig findet man bei Sportlegenden eine Tragik im Sinne von selbstverschuldetem Unglück: Aus mangelnder Fähigkeit, loszulassen oder aber vernünftig zu haushalten, drohen sie ihre eigene Legende zu demontieren und diese zu überleben. Bei Schmeling war das anders. Ihm blieb nach dem Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Verlusten gar nichts anderes übrig, als trotz fortgeschrittenen Alters wieder in den Ring zu steigen. 1947 begann er sein Comeback mit einem K.o.-Sieg über Werner Volmer. Bereits ein Jahr später beendete er seine Profikarriere endgültig mit einer Niederlage gegen Richard Vogt in der Berliner Waldbühne. Dem Boxsport blieb er als Ringrichter verbunden.

Zu einem neuen wirtschaftlichen Standbein verhalfen ihm seine alten Sportkontakte in der USA. 1952 bot James Farley, einst Chef der New Yorker Boxkommission und nun der Coca-Cola Export-Corporation, Schmeling die Coca-Cola-Konzession für den Osten Hamburgs an, wohin der aus Pommern Vertriebene 1946 zurückgekehrt war. Schmeling griff zu und wurde mit Coca-Cola ein zweites Mal wohlhabend. Diesmal blieb ihm der Wohlstand erhalten. Nachdem er sich vorher nach dem Tode seiner geliebten Ehefrau im Jahre 1987 bereits weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte, verstarb Max Schmeling am 2. Februar 2005 in Wenzendorf bei Hamburg, wo er auf niedersächsischem, einst preußischem Territorium ein Heim errichtet hatte. *Manuel Ruoff*

Der Vertreibung ging die Flucht voraus

Vor 70 Jahren zogen die ostpreußischen Trecks bei hohen Minusgraden und unter sowjetischen Angriffen Richtung Westen

Die meisten ostpreußischen Flüchtlinge machten sich im Laufe des Januar 1945 auf den Weg in den Westen. Denn am 12. Januar traten die sowjetischen Truppen ihre letzte große Offensive an und nachdem sie Ende Januar das Frische Haff erreicht hatten, war Ostpreußen von Stalins Truppen eingekesselt

Adolf Hitler erklärte zwar Königsberg zur Festung, doch war die Verteidigung der ostpreußischen Hauptstadt von Beginn an zum Misserfolg verdammt. So war beispielsweise kein einziges deutsches Flugzeug im Einsatz, während ein Drittel der russischen Luftflotte zur Bombardierung der Stadt bereit stand. Und dieses Mal kam auch kein „Retter Ostpreußens“ wie im Ersten Weltkrieg, als es Paul von Hindenburg überraschend gelungen war, die zweite russische Armee in der Schlacht von Tannenberg zu vernichten und die erste in der Schlacht an den Masurischen Seen zurückzuschlagen. Letztendlich kapitulierte Königsberg am 9. April 1945. Pillau fiel am 26. April 1945 und Kahlberg auf der Nehrung gab am 3. Mai 1945 auf.

> Für die Nachkommen sind Fluchtberichte ein großer Schatz

Obgleich Hitler die nahende Katastrophe auf die ostpreußische Bevölkerung zukommen sah, wollte er keine Evakuierungsmaßnahmen vor Invasionsbeginn einleiten. Bis zum Schluss appellierte er an die Kampfmoral der Zivilisten und der Wehrmacht. Abgesehen davon war ihm ohnehin bewusst, dass keine geordnete Evakuierung aus Ostpreußen möglich sein würde.

Der Rückzug der Wehrmacht aus dem Osten wurde jedoch in der Bevölkerung immer bekannter. Ebenfalls verbreiteten sich mehr und mehr Schreckensberichte über die sowjetischen Truppen. Anfänglich beruhte die Angst vor der Roten Armee nicht immer auf bestätigten Berichten von Gräueltaten und wurde von NS-Behörden auch bewusst geschürt, was später nicht mehr nötig war. Jedenfalls gab es für viele Ostpreußen keine schlimmere Vorstellung, als in die Hände der Russen zu gelangen. Lieber traten sie vorher trotz mangelnder Hilfestellung und Organisation die Flucht ins Ungewisse an.

Dabei waren sie aber auch der Willkür der NS-Behörden ausgesetzt. Die Zustände waren so chaotisch, dass die Flüchtenden teilweise gezwungen wurden, zu trekken, indem ihnen die Lebensmittelkarten verweigert wurden oder ihnen gedroht wurde, der Damm würde gesprengt, wenn sie jetzt nicht über die dünne Eisdecke vom Frischen Haff fahren würden. In anderen Fällen wiederum konnte es passieren, dass ihnen ein Ortsgruppenleiter verbot, die Flucht anzutreten.



Auf dem Weg Richtung Westen: Ein Treck ostpreußischer Flüchtlinge — Bild: Archiv

Erschwert wurde die Flucht auch durch die kalte Jahreszeit: Auf Grund der hohen Minusgrade erfroren viele Menschen. Andere wurden von sowjetischen Tieffliegern getroffen. Viele kamen auf See durch Torpedos von U-Booten um. Zu einer der schlimmsten See-Katastrophen zählt die Versenkung des Passagierschiffs „Wilhelm Gustloff“ Ende Januar 1945 mit mehr als 9000 Opfern. Trotzdem konnten sich auch gerade über den Seeweg viele Flüchtlinge retten, besonders nachdem der Landweg nach der Kapitulation von Danzig Ende März 1945 nicht mehr offen stand.

Wie viele Ostpreußen auf der Flucht gerettet wurden oder umkamen, ist heute nicht mehr genau festzustellen. Laut der „Schiederschen Dokumentation“ lebten in Ostpreußen 1939 knapp 2,5 Millionen Menschen. In West- und Mitteldeutschland sollen nach dem Krieg etwa zwei Millionen Ostpreußen gelebt haben, während ungefähr 400 000 Menschen in Ostpreußen zurückgeblieben sein sollen.

Dafür, dass die Flucht zu einer Katastrophe wurde, wird in der bundesdeutschen Historiografie einerseits das NS-Regime verantwortlich gemacht, weil Hitler viel zu spät Evakuierungsmaßnahmen einleiten ließ. Andererseits weisen die Historiker auf die Rolle der Alliierten hin. Dass die Ostpreußen im Zuge des Zweiten Weltkriegs ihr Land verlassen sollten, diskutierten die „Großen Drei“ auch auf den Kriegskonferenzen im Zusammenhang mit ihren Überlegungen zu den Nachkriegsgrenzen: Die Sicherung der russischen und polnischen Westgrenzen war dabei ein zentraler Gedanke der Alliierten, um in Zukunft einen deutschen Angriff verhindern zu können.

Josef Stalin wollte die von Polen nach dem Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920 einverleibten Gebiete östlich der Curzon-Linie zurück. Polen sollte für die abzutretenden Gebiete ostdeutsche erhalten. Für seinen eigen Staat war Stalin an Königsberg interessiert, weil es für die Sowjets als Zentrum von Militarismus und Faschismus galt und vor allem auch, weil es strategisch günstig lag und das nördliche Ostpreußen ein wirtschaftlich prosperierendes Gebiet war. Auf der Konferenz von Jalta (siehe Seite 10) bekräftigten die Alliierten die Curzon-Linie als polnische Ostgrenze und dachten bereits daran, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Grenze zu Polen zu wählen, wie sie heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen besteht. Ein etwaiger „Bevölkerungstransfer“ der Deutschen wurde vor allem in England kontrovers diskutiert. Schließlich kamen die Alliierten zu dem Schluss, dass eine Zwangsumsiedlung eine zwar unschöne, aber dennoch notwendige Maßnahme sei. Sie entschieden sich für einen umfangreichen „Bevölkerungstransfer“, von dem sie wussten, dass er nur katastrophal vonstattengehen konnte.

Die Flucht aus Ostpreußen vor 70 Jahren bleibt in der Erinnerung der Betroffenen als traumatisches Erlebnis zurück. Deshalb wollen manche heute nicht mehr an diese schreckliche Zeit erinnert werden, weil sie verständlicherweise froh sind, sie hinter sich gelassen zu haben. Doch einige Ostpreußen haben sich bewusst bis heute mit der Flucht auseinandergesetzt, darüber geschrieben und erzählt. Das ist für die Nachkommen, die die Flucht selber nicht erlebt haben, ein großer Schatz. Die Zeitzeugenberichte machen dieses historische Ereignis greifbarer und warnen, welch schlimme Folgen Kriege für die betroffene Bevölkerung haben.

Viola Kleppe

Seite an Seite mit Bismarck und Fontane

Außer für die »Kreuzzeitung« schrieb der Abenteuer- und Sensationsschriftsteller Hermann Goedsche auch 35 Romane mit 16 000 Seiten

Hermann Ottomar Friedrich Goedsche, der vor 200 Jahren das Licht der Welt erblickte, avancierte ab der Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Pseudonym "Sir John Retcliffe" zu einem der produktivsten und populärsten deutschen Abenteuer- und Sensationsschriftsteller. Außerdem gilt Goedsche wegen seiner politischen Spekulationen heute als typischer Verschwörungstheoretiker.

Hermann Goedsche wurde am 12. Februar 1815 im schlesischen Trachenberg geboren und erwies sich beizeiten als hochintelligent. So legte er das Abitur bereits mit 17 Jahren ab und zählte dabei auch noch zu den Jahrgangsbesten. Trotzdem aber blieb ihm ein Studium verwehrt, weil sein Vater, der als Bürgermeister der 2000-Seelen-Gemeinde Trachenberg fungierte, ein solches nicht finanzieren konnte. Deshalb trat Goedsche 1833 in den preußischen Postdienst ein – zunächst als „angehender Postsecretair“ im Grenzdorf Stralkowo an der Straße von Posen nach Warschau. Ein Jahr später erfolgte dann die Versetzung nach Suhl; weitere Karrierestationen waren Berlin (1838), Bocholt (1839) und Düsseldorf (1844).

Aufgrund der Dürftigkeit der Gehaltszahlungen seitens der preußischen Post versuchte Goedsche, sich zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Das brachte ihn zur Schriftstellerei, wobei er die Form der "historisch-politischen Novelle" bevorzugte. So lautete auch der Untertitel seines ersten Buches „Der letzte Wäringer“, das 1835 unter dem Pseudonym „Theodor Armin“ erschien und den Fall von Konstantinopel thematisierte. Außerdem entwickelte



Hermann Goedsche — Bild: Archiv

Goedsche bald noch eine auffällige Begeisterung für alles Preußische. Typisch hierfür war der Roman „Das todte Haus“ von 1844, der dann schon in Düsseldorf entstand.

Dort wurde er auch zum Zeugen der Märzrevolution von 1848, die bei ihm eine überaus starke Politisierung, das heißt Hinwendung zum Konservatismus, bewirkte. Sichtbarster Ausdruck derselben war die Mitwirkung Goedsches bei der Gründung der "Neuen Preußischen Zeitung", besser bekannt unter dem Namen „Kreuzzeitung“, weil sie im Titel ein Landwehrkreuz trug. In deren Redaktion arbeitete er bis 1874, teilweise Seite an Seite mit Persönlichkeiten wie Otto von Bismarck (1815–1898) und Theodor Fontane (1819–1898). Letzterer beschrieb Goedsche dabei übrigens in seinen Memoiren als „Mann von großer Herzensgüte“, dessen ausgeprägte Marotten aber zugleich „eine Quelle beständiger Heiterkeit“ gewesen seien. Ansonsten engagierte sich der rührige Vielschreiber auch als Geschäftsführer des „Vereins für König und Vaterland“ und als Herausgeber des „Kalenders für den Preußischen Volks-Verein“.

Doch damit nicht genug. Offensichtlich bemüht, seinem eigenen Leben etwas romanhaften Glanz zu verleihen, trat Goedsche 1848 in den Dienst der preußischen Geheimpolizei. In deren Auftrag produzierte er diverse politische „Dokumente“, die missliebige Personen wie den linksliberalen Abgeordneten Benedikt Waldeck (1802–1870) belasten sollten. Dies flog allerdings schon 1849 im Hochverratsprozess gegen Waldeck auf, woraufhin Goedsches Ansehen erheblichen Schaden nahm.

Die Jahre danach dürften dann recht bitter für den Bloßgestellten gewesen sein – jedenfalls stagnierte sein literarisches Schaffen. Außerdem wurde er 1852 wegen illegaler Duellforderungen auch noch zu einer sechswöchigen Gefängnisstrafe verurteilt. Andererseits begnadigte König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) den bekanntermaßen loyalen Delinquenten umgehend wieder und ermöglichte ihm zugleich eine Reise in die Türkei. Dort wurde Goedsche durch den 1853 ausgebrochenen Krimkrieg dazu inspiriert, die Handlungen seiner historisch-politischen Romane in die Gegenwart beziehungsweise die jüngere Vergangenheit zu legen. Augenfälligster Ausdruck dessen waren das zwischen 1855 und 1857 erschienene vierbändige Werk „Sebastopol“ sowie die Trilogie „Nena Sahib, oder: die Empörung in Indien“, die 1858/59 veröffentlicht wurde. Dabei verwendete Goedsche nunmehr das neue Pseudonym „Sir John Retcliffe“. Mit der Wahl dieses englischen Namens war das Bestreben verbunden, Authentizität zu suggerieren. Der Leser sollte glauben, hier schreibe jemand, der über Insiderkenntnisse bezüglich der Situation in England sowie Indien verfüge.

> Der »Mann von großer Herzensgüte« fälschte Dokumente für die Geheimpolizei

Dies war deshalb nötig, weil „Retcliffe“ nun verstärkt daranging, „Enthüllungen“ über die britischen Kapitalisten und Kolonialisten sowie auch die Freimaurer, Jesuiten und Juden unter die Leute zu bringen, wobei der Hauptvorwurf darin bestand, dass diese Kräfte für die revolutionären Bewegungen ab der Mitte des 19. Jahrhunderts verantwortlich seien. Deshalb gilt Goedsche heute als das Urbild eines „Verschwörungstheoretikers“, wobei die Literaturhistoriker besonders auf eines seiner Werke verweisen, nämlich den Roman „Biarritz“ aus dem Jahre 1868. Dieser enthält eine sehr plastisch geschilderte Szene, in der die Vertreter der „Zwölf Stämme Israels“ bei ihrem turnusmäßigen Geheimtreffen auf dem jüdischen Friedhof von Prag darüber diskutieren, wie man am besten die Weltherrschaft erringen könne. Damit lieferte „Sir John Retcliffe“ den Verfassern der wirkungsmächtigen antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ die entscheidende Inspiration für ihre Unterstellungen zum Thema der „jüdischen Weltverschwörung“.

Insgesamt produzierte Goedsche zwischen 1855 und 1878 35 Romane im Umfang von 16 000 Seiten, die alle Teil eines großen Gesamtwerkes waren, mit dem der Autor seine Zeit erklären wollte. Dabei erfreute er sich einer überaus positiven Publikumsresonanz, die aber wohl weniger aus der ausnehmend agitatorischen Attitüde der Bücher resultierte als aus dem für „Retcliffe“ typischen Stilmittel, die menschlichen Leidenschaften in ihrer vollen Bandbreite zu schildern: von den moralisch hochstehendsten Gefühlsregungen bis zu den sadistischsten sexuellen Perversionen.

Auf jeden Fall kam Goedsche durch seine literarische Massenproduktion am Ende zu derart viel Geld, dass es ihm möglich wurde, ein Militärkurhaus im niederschlesischen Bad Warmbrunn zu stiften, das er nach dem Ausstieg bei der „Kreuzzeitung“ leitete. Parallel hierzu arbeitete Hermann Goedsche außerdem voller Energie an der Vollendung des fünfbändigen Werkes „Um die Weltherrschaft“. Dabei ereilte ihn dann freilich am 8. November 1878 der Tod, möglicherweise als Folge des verschleppten „Pyramidalkatarrhs“, den er sich im Winter zuvor bei einer esoterischen Gedenkstunde am Grab seiner Frau geholt hatte.

Wolfgang Kaufmann

Auf den Untertanengeist ist kein Verlass mehr

Zu: Oben gegen unten (Nr. 2)

Es steht im Grundgesetz geschrieben – und so habe ich es in meiner bereits einige Jahrzehnte zurückliegenden Schulzeit einmal gelernt –, dass in diesem Staat alle Gewalt vom Volke ausgeht und die Parteien an der Willensbildung mitwirken. Doch welcher Paradigmenwechsel hat mittlerweile stattgefunden, dass einem besorgten Bürger inzwischen dieses Grundgesetz, das ja immerhin Verfassungsrang hat, mehr und mehr als Augenwischerei erscheint? Angesichts des gigantischen Bevölkerungstransfers in dieses relativ kleine, dafür umso dichter besiedelte Gebiet namens Bundesrepublik wäre eigentlich zu erwarten, dass unsere Politiker die Sorgen und Ängste der (Ur-)Bevölkerung ernst nehmen.

Es wird verlangt, ausnahmslos alles und jeden willkommen zu heißen. Es wird nicht unterschieden zwischen Einwanderer, Zuwanderer, Asylbewerber und unerlaubt sich Aufhaltenden.

Kaum ein ernst zu nehmender Mensch wird sich gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen stellen. Aber was ist etwa mit den Einwanderern, die nirgendwo registriert sind? Auch wenn dieser Spruch von „kein Mensch ist illegal" kommt – natürlich ist der Mensch als solcher nicht illegal. Aber es muss doch wohl noch die Frage erlaubt sein, wovon dieser nirgends Registrierte denn eigentlich leben soll. Im günstigsten Fall sicherlich von Schwarzarbeit. Und im anderen Fall?

Dann wäre da auch noch die Frage, wer die zunehmend unkontrollierbare Migration im Hintergrund steuert und am meisten von dem Milliardengeschäft profitiert. So ist es kaum verwunderlich, dass in der Bevölkerung das Unbehagen wächst, zumal man sich aufs Neue hinters Licht geführt fühlt nach all den Rettungsprogrammen für Krisenstaaten oder Euro-Rettung. Und plötzlich gehen Zehntausende auf die Straße und demonstrieren gewaltfrei. Das Dumme ist, dass die Protestler sich nicht an die Meinungsvorgaben der Parteien halten.

Die Politik reagiert auf bewährte Weise. Seit der Merkelschen Schneise ist Konsens der „etablierten" Parteien, dass alles, was nicht linksgutmenschengrün ist, generell unter Nazi-Verdacht steht. Und die gängigen Medien hauen kräftig in die Kerbe.

Und als Krönung wird vom Bürger erwartet, dass er den Parteien Gehorsam schulde, wie ein Untertan gegenüber einem absolutistischen Herrscher. So ist das also gemeint mit dem Passus aus der Eidesformel „den Nutzen des Volkes mehren und Schaden von ihm abzuwenden". Darauf muss man erst mal kommen. **Ralf Möllering, Melle**

Faire Berichterstattung ist selten

Zu: Jedes Maß verloren (Nr. 3)

Die schrecklichen Ereignisse von Paris, die Anlass geben, Weckrufe auf unterschiedlichste Art zu starten, werden nicht immer in unseren Medien so interpretiert, wie sie – wenn man keine Nachteile befürchten will – erörtert werden sollten. Anscheinend beklage offensichtlich nicht nur ich eine Einseitigkeit, die sich anzupassen versucht in die uns eingegebene „eigene" Meinung. Selbst unsere Kanzlerin, vor der ich sonst immer Hochachtung hatte, hält es für notwendig, ein Wort des früheren Bundespräsidenten zu zitieren, dass der „Islam zu Deutschland" gehört, ohne darauf hinzuweisen, dass sich Zuwanderer der etablierten Gesellschaft, zu der sie sich hingezogen fühlen, anzupassen haben.

Aus der SPD-Spitze war zu hören, dass sich auch die Gesellschaft den Zuwanderern anzupassen habe. Recht so! Aber sollen wir die guten Gründe verleugnen, derentwegen die vielen Menschen sich zu uns hingezogen fühlen? Deutschland ist auch ein Küstenland mit herrlichen Stränden, guten Segel- und Bademöglichkeiten und wunderbaren Seebädern, wo man sich sorgenfrei der Ruhe und Erholung hingeben kann. Sollen wir deshalb keinen Küstenschutz mehr betreiben, der uns jährlich viel Arbeit und Geld kostet, uns aber davor schützt, bei Sturmflut Eigentum, gar Leben zu verlieren?

Religiöse Fanatiker gab es unter den Christen im Mittelalter ebenfalls, denen besonders Frauen reichlich zum Opfer gefallen sind. Wir haben daraus gelernt. Sollten wir versäumen, unsere bittere Erfahrung aus dieser finsteren Zeit immer wieder wachzurufen, damit auch religiöse Fanatiker unserer Zeit damit beginnen, „Leben auf Erden" zu ermöglichen, anstatt darauf zu setzen, dass 72 Jungfrauen bereit für ihn sind, wenn er dann von Kugeln oder Sprengstoff durchsiebt im Paradies erscheint?

Pegida, eine öffentlich hart angegriffene Versammlung von Menschen, die sich Sorgen um uns und unsere Zukunft machen, soweit ich, ohne daran teilgenommen zu haben, erkennen kann, wird in unseren Medien in aller Regel so kommentiert, dass dort auch NPD-Mitglieder dabei seien. Wurde auch gefragt, ob Mitglieder anderer Parteien, SPD, CDU, Linke oder Grüne vielleicht ebenfalls Teilnehmer sind oder waren? Doch sie werden nicht erwähnt, dank „Political Correctness".

Ich wünsche eine faire Berichterstattung, die Positives wie Negatives gleichermaßen berichtet, doch zweifle ich immer noch an „freier Meinungsäußerung". **Gerhard Hahl, Altenholz**

Islam-Privileg

Zu: Verschwundene Islamisierung (Nr. 3)

Islamistischer Terrorismus habe nichts mit dem Islam zu tun, versichern uns Politiker, Intellektuelle, Islam-Verbände und Medien. Um das zu bekräftigen, behauptet die Kanzlerin: „Der Islam gehört zu Deutschland." Damit hat sie der Scharia als Fundament des Islam mehr Einflussnahme eingeräumt. Jetzt wissen wir definitiv, wohin die Reise geht.

Mit diesem Bekenntnis werden die Islam-Verbände ermuntert, zügig weitere Scharia-konforme Privilegien und Sonderrechte zu fordern, die unser Grundgesetz aushöhlen wie schon im Straf-, Arbeits-, Schul-, Pass- und Tierrecht geschehen. Die Verbände können zuversichtlich sein, dass sie ihnen auch zugestanden werden. Das alles hat selbstverständlich nichts mit der expandierenden Islamisierung Deutschlands zu tun. **Gisela Recki, Troisdorf**



Deutsche Charlies: Die Verteidiger der Meinungsfreiheit identifizieren sich mit einem Satireblatt, welche die Meinungsfreiheit auch für religiöse Schmähungen ausgenutzt hat Bild: action press

Unser Charlie

Zu: Auftakt zur großen Gewaltwelle (Nr. 3)

„Wir sind Charlie!", tönten die Solidaritätsbekundungen auf den deutschen Straßen. Das Leitmotiv des französischen Satireblatts „Charlie Hebdo" war die Provokation und nicht etwa die Kritik und auch nicht der Humor. Die Polizei hatte die Verantwortlichen gewarnt, Politiker mahnten zur Zurückhaltung. Nichts da! Im Jahre 2012 karikierte das Blatt einen nackten Mohammed mit unverhüllten Geschlechtsteilen, wie er kniend seinen Po in die Höhe reckt, als wolle er sich zum homosexuellen Geschlechtsverkehr anbieten. Am 24. Juli 2013 wurde dann sogar Papst Franziskus nackt ausgezogen.

Das sind nur Beispiele. „Charlie Hebdo" zog über alles und jeden her, über den Islam, das Christentum, über Politiker und kulturelle Werte. Ohne Limit, ohne Bedenken, ohne Rücksicht. Egal, was man damit anrichtete. An die Folgen wollte man nicht denken. Die Folgen sollte die Allgemeinheit tragen. Man war resistent gegenüber Kritik und Gegenargumenten jedweder Art, selbst wenn sie noch so fundiert waren, weil man so sein wollte.

Beleidigen, verunglimpfen, verletzen – darum ging es „Charlie Hebdo"! Seine Redakteure und Zeichner kämpften überhaupt nicht für die Meinungsfreiheit, sondern sie kämpften für die Abschaffung der Verantwortung für das eigene Tun! Sie wollten sich wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen benehmen können, ohne dafür bestraft zu werden.

Jetzt sind sie tot! Mord ist immer ein Verbrechen. Da wäre es schon besser gewesen, „Charlie Hebdo" mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen. Gab es da nicht einst diese ZDF-Familienserie mit diesem Schimpansen? Wie war doch gleich deren Name? Ja, ihr seid Charlie. **Jürgen Hanselmann, Victoria/Malta**

Unsinnige Verteidigungsmaßnahmen entschieden den Kampf um Ostpreußen

Zu: Als der Sturm auf Ostpreußen losbrach (Nr. 2)

Was war der Hintergrund zur Katastrophe Mitte Januar 1945 in Ostpreußen? Abgesehen von der haushohen Übermacht der Roten Armee gab es unglaubliche, hausgemachte Ursachen, die auf das vollständige Versagen der NS-Hierarchie zurückzuführen sind. Allen voran der berüchtigte Gauleiter Koch, der an der Leine Hitlers lag und ein bedingungsloser Vollstrecker seiner Befehle war.

Wenn überhaupt, kamen alle Räumungsbefehle nach der Reihenfolge Gauleiter–Kreisleiter viel zu spät. Ein Großteil der auf der Flucht befindlichen Ostpreußen saß praktisch in der Falle. Ihre letzte Rettung waren oft die Soldaten der Wehrmacht. Es ist heute schwer nachvollziehbar, warum kein Militär beziehungsweise kommandierender General dem Gauleiter Koch das Handwerk legen konnte. Authentisch belegbar ergingen folgende Befehle/Anordnungen „von oben":

Erstens: Als der letzte Landstallmeister von Trakehnen, Ernst Ludwig Ehlert, am 1. September 1944 mit Koch telefonierte, um den Räumungsbefehl für die wertvollen Pferde zu erhalten, entgegnete dieser zunächst: „Falls die Russen vorübergehend über die Grenze vorstoßen sollten, können die Trakehner Pferde ihre Leistungsbereitschaft im Wettlauf mit den russischen Panzern unter Beweis stellen."

Zweitens: Als der stellvertretende Kreisleiter des Kreises Angerapp, Kaiser, einen Räumungsbefehl erbat, erhielt er aus Königsberg von Kochs rechter Hand, Dargel, die Antwort: „Ihr seid wohl dort alle verrückt geworden und macht Euch in die Hosen vor Angst. Jagen Sie die Leute zurück, und wenn das nicht geht, schießen Sie ein paar über den Haufen. Die Frauen sollen Wasser heiß machen und aus den Fenstern auf die Russen gießen."

Weiter wären hier die Anordnungen Kochs zu nennen, einen Ostwall (Panzergräben) anzulegen, um russische Panzer am Vordringen zu hindern. Eine blödsinnige Maßnahme, deren Wirkung sich bald als nutzlos erwies. Die ebenfalls angelegten Beton-Einmannbunker mit Deckel zum Schutz gegen anrollende Panzer erwiesen sich für die Soldaten als Mausefalle. In Anbetracht der sich abzeichnenden Katastrophe wurden auf Befehl von Hitler zahlreiche kampferprobte Divisionen aus Ostpreußen abgezogen, um anderweitig an der Front Löcher zu stopfen. Dazu gehörten auch die Elitedivisionen „Fallschirmpanzerdivision 1 HG" und „Panzerdivision Großdeutschland". Beide Panzerdivisionen waren das Rückgrat der Truppe im Großraum Gumbinnen/Insterburg/Goldap.

Hitler vertrat die Meinung, der Osten müsse sich selbst helfen. Unverständlich bleibt, dass die „Kurland-Armee" mit zahlreichen Divisionen als Großverband nicht in den Kampf in Ostpreußen eingreifen durfte. **Bernd Dauskardt, Hollenstedt**

Blind durchgewinkte Handelsabkommen

Zu: Trivialpatente durch TTIP (Nr. 2)

Man kann kaum alle Nachrichten verfolgen, um zu erfahren, was alles so hinter verschlossenen Türen zwischen den USA und dubiosen Unterhändlern der EU ausgehandelt wird. Die totale Kolonisierung des Kontinentes! Das betrifft sowohl die Sprache, die Wirtschaft, Kultur, Politik und alle Bereiche der Gesellschaft. Wer es nicht glaubt oder es für Polemik hält, kann ja einmal nachlesen und sich informieren.

Dass es sich bei TTIP und Ceta um mehr als unsaubere Abkommen handelt, zeigt schon ihr Zustandekommen. Alles unter höchster Geheimhaltung, die gewählten Gremien der EU und deren Mitgliedstaaten haben nicht nur kein Mitspracherecht, sondern werden unzureichend informiert.

Bei auftretenden Konflikten entscheiden nicht ordentliche Gerichte, sondern geheim tagende Anwälte der klagenden US-Konzerne. Kläger, Richter und Verteidiger sind ein und die gleiche Person im Auftrag der Konzerne. Verklagt werden nicht Unternehmen, sondern die Staaten, und die zahlen selbstverständlich. Widerspruch gegen die Entscheide ist nicht erlaubt.

Die Politik soll dem Volk nun die angeblichen Vorteile jener Verträge vermitteln. Das ist aber schlicht unmöglich, da es sich nur um massive Nachteile handelt. In den wenigen, relativ offenen Gesprächen im Fernsehen (zu ganz ungewöhnlichen Sendezeiten) sagt die Seite der Vereinigten Staaten ganz klar, dass sie auf die in der Europäischen Union geltenden Regeln und Gesetze zum Beispiel des Verbraucherschutzes keine Rücksicht nehmen werde, sondern ihr „Recht" mit den genannten fragwürdigen Methoden durchsetzen wird.

Doch damit nicht genug: Nun liegt auch noch ein weiteres, viel gefährlicheres Abkommen auf dem Tisch: TISA! Das „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen" wird von den USA, der EU und weiteren Staaten ausgehandelt. Der Dienstleistungssektor soll dereguliert und privatisiert werden, die Folgen wären mehr als fatal. In Zukunft sollen Konzerne auch mit den öffentlichen Bereichen zum Beispiel in der Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, Nahverkehr unbegrenzt Kasse machen können. Sollte ein Bereich einmal privatisiert worden sein, darf es nicht rückgängig gemacht werden.

Mir ist es ein Rätsel, wer mit welchen Mitteln unsere Politiker unter Druck setzt, dass sie, oft über Nacht, ihre Meinung ändern und sich plötzlich wider besseres Wissen so verwerflich gegen das eigene Volk stellen. **Werner Pfennig, Neubrandenburg**

Zu viel Toleranz ebnet Verbrechen den Weg

Zu: Die Saat des Hasses (Nr. 4)

Einige Landgerichte haben bei politischen Prozessen geurteilt, dass das, was offensichtlich ist, nicht bewiesen werden muss. Offensichtlich ist, dass im Hinblick auf Pegida und Ukraine die Bundeskanzlerin ihre Richtlinienkompetenz nicht wahrgenommen hat, nicht aktiv führt, nur reagiert und, von wem auch immer, geführt wird.

Offensichtlich ist, dass das Niveau der deutschen Innen- und Außenpolitik inzwischen auf ein provinzielles Niveau herabgesunken ist. Es kann sich messen mit dem Beispiel des Bürgermeisters einer Kleinstadt, der nach der Ermordung eines Bürgers seines Ortes durch einen Bewohner mit Immigrationshintergrund jegliche Beileids- und Protestkundgebungen verboten hat und stattdessen einen runden Tisch gegen Rechts initiierte.

Offensichtlich ist, dass die Basis der deutschen Europapolitik die Publikationen des Grafen Coudenhove-Kalergie, des Begründers der Paneuropabewegung und ersten Preisträgers des Karlspreises der Stadt Aachen, aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts sind.

Offensichtlich ist, dass man Erdogans Besuch in Köln und dessen Rede in einem Stadion vor 40 000 Zuhörern vergessen hat. Insbesondere seine Aussage: „Unsere Speerspitzen sind die Leiber unserer Frauen." Die Reaktion unserer verantwortlichen Politiker war gleich null. Ganz zu schweigen davon, den Mann zur „Persona non grata" zu erklären, wie es weiland General de Gaulle in Quebec angedroht wurde.

Offensichtlich ist ferner, dass der erste Aufruf des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder zum „Aufstand der Anständigen" ein „Schuss ins eigene Knie" war. Die angenommenen rechtsradikalen Täter, die eine Synagoge mit Hakenkreuzen verunzierten, waren Moslems.

Offensichtlich ist, dass Helmut Kohls einstiger Verzicht, die Anzahl der sich in Deutschland aufhaltenden Türken auf 50 Prozent zu reduzieren, um stattdessen ein Türkenenthusiast zu werden, mit seiner Ehrung durch die B'nai-B'rith-Loge in New York zusammenhängt. Tatsache ist, dass Toleranz die letzte große Tugend einer untergehenden Gesellschaft ist. Und Tatsache ist auch, dass Toleranz, wo sie an ihre Grenzen reicht, Verbrechen Tür und Tor öffnet. **Gebhard Knull, Buxtehude**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 31. Januar 2015

MELDUNGEN

Putin macht Druck

Königsberg/Moskau – Die Wirtschaftsentwicklung im Königsberger Gebiet hat Wladimir Putin zu entschiedenen Maßnahmen veranlasst. Ein Erlass sieht eine eigene Regierungskommission für die Exklave vor. Neue Gesetze sollen den Umfang der Subvention für Königsberger Unternehmen insgesamt erhöhen und die Transportkosten für die Ausfuhr von dort hergestellten Produkten ins Ausland sowie einiger Importgüter wie Baumaterialien und Rohstoffen bezuschussen. Die Mindestinvestitionssumme von Nutznießern des Sonderwirtschaftszonenstatus wurde deutlich von zwei Millionen auf 676 000 Euro abgesenkt. *T.W.W.*

Haft wegen Bestechlichkeit

Königsberg. – Walentin Ajwasjan, Ex- Leiter der Wettbewerbsagentur des Königsberger Gebietes, wurde zu zehn Jahren Straflager verschärften Regimes verurteilt. Er hatte über seine Mutter eine hohe Bestechungssumme im Zusammenhang mit Kanalbauarbeiten im Südosten der Stadt erhalten. *E.B.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Umgehungsstraße von Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 16: Sensburg [Mragowo], Olsztynska Straße, Baustelle. Straße Nr. 58: Kurken [Kurki], Brückenbau, einspurig. Straße Nr. 59: Lötzen [Gizycko] – Wilkassen [Wilkasy], Baustelle. *PAZ*

Krisenstimmung in Königsberg

Galoppierende Inflation zwingt Kleinunternehmer zur Aufgabe – Politik will Preisbindung

Im Königsberger Gebiet sind die Menschen nach den Feiertagen in Katerstimmung: Leere Regale in den Geschäften, Inflation, Rubelverfall und düstere Wirtschaftsprognosen verhageln ihnen die Laune. Dem drohenden Wohlstandsverlust haben die Politiker wenig entgegenzusetzen.



Zu vermieten: Ladenlokal für Brillen, Orthopädietechnik oder Sanitärbedarf in Königsberg

Bild: J. Tschernyschew

Nach den Feiertagen ist der Alltag wieder eingekehrt. Wie in Russland, so treten auch in Königsberg die Krisenerscheinungen immer deutlicher zutage. Man braucht nur in die Regale der Läden zu schauen. Vor Weihnachten (in Russland traditionell am 7. Januar gefeiert) war es zu regelrechten Panikkäufen gekommen. Man kaufte Haushaltstechnik, Baumaterialien, Interieur, Möbel, Autos, Computer und Smartphones. Kunden stürmten die Läden, weil sie zukünftige Preiserhöhungen befürchteten. Sie verhielten sich so wie zu Sowjetzeiten, als selbst Waren des täglichen Bedarfs oft „defizitär" waren. Schwer bepackt mit riesigen Paketen und Einkaufstüten verließen Käufer vor allem Technikmärkte.

Sogar Autos fanden Abnehmer, selbst dann, wenn der Käufer eigentlich kein neues benötigt hätte. Autosalons leerten sich genauso wie die Technikketten. Nach dem erdrutschartigen Verfall des Rubels erholte sich die russische Währung zwar kurzfristig wieder, aber die Geschäfte berücksichtigen diese Kursschwankungen bei ihrer Preisgestaltung nicht. Infolgedessen blieben die Preise auf höchstem Niveau.

Die ersten offiziellen Statistiken des neuen Jahres sind ernüchternd: Das Königsberger Gebiet zählt neben den Regionen Chabarowsk und Orjol zu denen mit den höchsten Preissteigerungen. Angesichts des hohen Anteils an importierten Lebensmitteln in der Exklave im Vergleich zu anderen Regionen in der Russischen Föderation verwundert das nicht.

Laut offizieller Statistik betrug die Teuerungsrate 2014 im Durchschnitt 11,4 Prozent, für Lebensmittel sogar 15,4. Real stiegen die Preise jedoch viel drastischer: für Äpfel (43 Prozent), Zucker (40 Prozent), Getreide (35 Prozent), Kartoffeln und Eier (25 Prozent) müssen Verbraucher wesentlich tiefer in die Tasche greifen. Dabei wird mit der Spitze der Inflation erst im April gerechnet..

Schon Ende vergangenen Jahres zogen die Preise für frisches Obst und Gemüse an. Im Supermarkt „Wester" kosteten Tomaten, die zuvor für 1,60 Euro pro Kilo zu bekommen waren, zwei Euro. Neben Tomaten und Gurken wurden auch Kartoffeln um 30 Prozent teurer. Selbst der preisgünstige Weißkohl kostet jetzt mit 50 Cent pro Kilo doppelt so viel wie vorher.

Ruin treibt Menschen zum Selbstmord

An der Grenze zu Weißrussland wurden zahlreiche Lkw aus Russland mit Geräten aufgehalten, die der weißrussische Zoll nicht ins Königsberger Gebiet durchlassen wollte. Dies sehen viele als Folge der Spannungen, die zwischen Moskau und Minsk am Jahresende nach dem Besuch des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko in Kiew entstanden sind.

Neben Lebensmitteln sind auch Medikamente teurer geworden. Um die Bevölkerung zu beruhigen, wurde eine Kommission aus Vertretern des Gesundheitsministeriums und gesellschaftlicher Organisationen zur Überwachung von Preis und Verfügbarkeit wichtiger Arzneimittel in den Apotheken des Gebiets eingerichtet. Die Kommission hat zwar Preiserhöhungen festgestellt, allerdings nur bei Präparaten aus ausländischer Produktion. Gouverneur Nikolaj Zukanow hat angekündigt, bei unbegründeten Preiserhöhungen für Präparate aus heimischer Produktion die Staatliche Antimonopolbehörde (FAS) einzuschalten.

Um der schwierigen Lage auf dem Lebensmittelmarkt zu begegnen, hat die Gebietsregierung an die zuständige Behörde in Moskau appelliert, für Buchweizen, Eier und einige Gemüsearten eine Preisbindung festzulegen. Denn die wenigen heimischen Produkte, auf die die Regierung große Hoffnungen im Falle eines Lebensmittelembargos gesetzt hatte, sind genauso teuer wie Importwaren. Dies ist mit dem drastischen Anstieg der Kreditzinsen für Unternehmen zu erklären.

Die Folgen der Krise sind nicht nur in den Läden, sondern auch auf den Straßen zu spüren. Nie zuvor waren in den Schaufenstern so viele „Zu vermieten"-Schilder zu sehen. Noch vor einem Jahr waren freie Büroflächen im Stadtzentrum kaum zu finden, jetzt übersteigt das Angebot die Nachfrage deutlich. Ladeninhaber beklagen, dass die Eigentümer nach der Verteuerung des Euro die Mieten erhöhen wollen. Da aber die Kaufkraft der Bevölkerung sinke, seien die Unternehmer kaum imstande, die bisherigen Mieten zu bezahlen, geschweige denn eine Erhöhung. Betreiber kleiner Kioske oder Läden sehen ihre Existenz bedroht.

Anwälte und Insolvenzverwalter bekommen mehr zu tun. Jeden Tag erscheinen neue Reklameschilder mit Dienstleistungsangeboten oder Seminaren für Geschäftsleute, die die Krise in die Insolvenz gestürzt hat. Passend wären auch psychologische Seminare, wie man mit solch einen Schicksalsschlag umgeht. Erstmals seit vielen Jahren wurden im Königsberger Gebiet Selbstmorde von Unternehmern konstatiert, die kurz vor dem Ruin standen, und Schuldnern, die nicht mehr in der Lage waren, ihre Kredite zu bedienen. *J.Tschernyschew*

Zufriedene Grenzgänger

Bilanz des »Kleinen Grenzverkehrs« für beide Seiten positiv

Als vor zweieinhalb Jahren der Kleine Grenzverkehr an der innerostpreußischen Grenze eingerichtet wurde, der es Bewohnern in einem 30 Kilometer Radius der Woiwodschaften Ermland-Masuren und Pommern und ihrer russischen Nachbarkreise erlaubt, ohne Visum auf das benachbarte Staatsgebiet zu reisen, wusste noch niemand, wie Polen und Russen diese Möglichkeit nutzen würden.

In den Jahren 2012 und 2013 entwickelte sich der Kleine Grenzverkehr äußerst positiv. Russen überquerten die Grenze, um im polnischen Teil Ostpreußens günstig einzukaufen. Vor allem qualitativ bessere und günstigere Lebensmittel als zu Hause lockten die Russen an, aber auch Dienstleistungen wie Friseure oder Autowerkstätten. Neben Lebensmitteln kauften sie auch Schulartikel, Möbel und ähnliches. Die Nachfrage nach polnischen Produkten war so groß, dass auf polnischer Seite ein regelrechter Bauboom von Geschäften entstand. Die Kreise Braunsberg und Bartenstein profitierten davon. Bei Königsbergern waren in den vergangenen Jahren Kurzreisen ins benachbarte Polen beliebt, bei denen sie das Einkaufen mit einem Hotel-Aufenthalt und Restaurantbesuchen verbinden konnten. Vor allem Danzig ist bei Reisenden aus dem nördlichen Ostpreußen populär.

Unsicherheit wegen Abkühlung staatlicher Beziehungen

Polen kamen zu 80 Prozent ins Königsberger Gebiet, um sich mit Benzin zu versorgen. Sie deckten sich auch mit Alkohol und Zigaretten ein. Wegen der fehlenden Infrastruktur waren sie an längeren Aufenthalten allerdings weniger interessiert.

Die gegenseitige Sanktionspolitik wegen der Ukrainekrise und die Abkühlung der Beziehungen zwischen Warschau und Moskau haben auch Spuren beim Kleinen Grenzverkehr hinterlassen. Überquerten 2014 über 6,5 Millionen Personen die Grenze, so wird in diesem Jahr mit einem dramatischen Einbruch gerechnet. Der Verfall des Rubelkurses hat sich bereits seit letztem Frühjahr auf die Kaufkraft der Russen negativ ausgewirkt. Dazu kam im August das russische Importverbot gegenüber polnischen Agrar- und Lebensmittelprodukten.

Trotz zahlreicher Probleme ziehen Politiker aber eine positive Bilanz und wollen am Kurs der gegenseitigen Verständigung festhalten, weil sie glauben, dass das Potenzial des Kleinen Grenzverkehrs noch nicht ausgeschöpft ist. Zu einem neuen Auftrieb könnten auch die derzeitigen Preiserhöhungen im Königsberger Gebiet beitragen. Waren vor einem Monat Einkäufe in Polen wegen des Rubelverfalls noch unrentabel, fahren die Russen nun, da die Preise zu Hause explodieren und die Läden ohnehin leer gekauft sind, wieder eher zum Einkaufen über die Grenze, um ihren Bedarf in polnischen Läden zu decken. *MRK*

Folge verfehlter Politik

Landwirtschaft im nördlichen Ostpreußen zu spät gefördert

Der Plan russischer Politiker, die Bevölkerung trotz Sanktionen ausreichend mit Lebensmitteln versorgen zu können, scheint für das nördliche Ostpreußen, nicht aufzugehen. Seit Jahresbeginn ist die Exklavenlage wieder deutlich spürbar.

Die Einsicht, dass die Landwirtschaft gefördert werden muss, kam offensichtlich zu spät, um einer politischen Großwetterlage wie der derzeitigen trotzen zu können. Zwar gibt es erste Erfolge des staatlich verordneten Landwirtschaftsprogramms, das 2011 ins Leben gerufen wurde (siehe *PAZ* 46/2014, Seite 13), doch hilft das der Bevölkerung aktuell wenig.

Erste Anstrengungen sind im gesamten Gebiet zu beobachten. Im Kreis Tilsit-Ragnit werden beispielsweise Entwässerungsleitungen neu verlegt. Bis die Landwirtschaft jedoch wieder auf die Beine kommt und das Königsberger Gebiet in die Lage versetzt wird, sich selbst zu versorgen, wird es noch drei bis fünf Jahre dauern. Mit der Errichtung einer Obstanlage im Kreis Labiau, dem Anlegen von Ackerflächen in den Kreisen Labiau, Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Cranz sowie der Einrichtung von Viehzuchtbetrieben ist erst der Grundstein gelegt, damit im nördlichen Ostpreußen einmal wieder eine „Kornkammer" entstehen kann.



Kreis Tilsit-Ragnit: Erneuerung der Kanalisation, um Felder zu entwässern Bild: MRK

Heute ist es kaum vorstellbar, dass in Ostpreußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts rund drei Viertel der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten. Ein ausgeklügeltes Drainagesystem mit Pumpen und Kanälen entzog der weiten Moorlandschaft das Wasser und machte es für die Bewässerung der Felder nutzbar. Den daraus resultierenden reichen Getreide- und Kartoffelernten verdankte Ostpreußen seinen Beinamen „Kornkammer Deutschlands". Die Pferdezucht hat Trakehnen bekannt gemacht.

Der Untergang der Sowjetunion und die Krise der 90er Jahre hat zum Zusammenbruch der Landwirtschaft in der „Oblast Kaliningrad" geführt. In den Nachkriegsjahren waren die Drainagesysteme aus Unwissenheit der Neusiedler zerstört worden, wenige landwirtschaftliche Großbetriebe zerstörten mit ihren überdimensionierten Maschinen den Ackerboden endgültig. Versteppung des Landes war die Folge. *MRK*

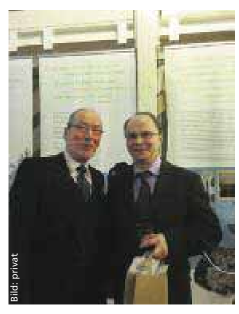


Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es vergeht kaum eine Woche, in der ich nicht ein neues Buch erhalte, das Flucht und Vertreibung zum Inhalt hat. Viele Senioren schreiben sich jetzt, da der Arbeitsalltag sie nicht mehr im Griff hat, ihre über Jahrzehnte hinweg gespeicherten Erinnerungen von der Seele, kommen endlich dazu, sie aufzuarbeiten. Sie tun es für sich, aber vor allem für ihre Nachkommen, mit denen sie vielleicht nur selten über das Geschehen gesprochen haben, das ihre Kindheit und Jugend überschattet hatte. In einer Biografie kann man leichter auf die Vorgänge eingehen, die man mündlich nicht gerne mitteilt, weil sie von den Gesprächspartnern viel Geduld und Anteilnahme verlangen. Deren Abläufe werden auch für den Mitteilenden manchmal erst beim Schreiben erkennbar und können dadurch klarer formuliert werden. Was auch immer der Anlass ist, es ist gut, dass diese Lebensläufe dokumentiert werden, denn sie sind unser Erbe an die nachfolgenden Generationen.

Und dazu gibt es aus dem Kreis unserer Ostpreußischen Familie Erfreuliches zu berichten, denn die durch einen Aufruf in unserer Kolumne erfolgten Aufzeichnungen vieler Leser und Leserinnen sind bereits in Sammelbänden vertreten – so wie in dem neuen Buch „Flucht mit der Bahn 1944/45“ von **Heinz Timmreck**, das wir in Nummer 3 vorstellten und in dem die Beiträge aus unserem Leserkreis ein ganzes Kapitel füllen. Und nun nimmt auch ein Buch konkrete Formen an, zu dessen Projektierung wir mit beitrugen. Es handelt sich um die Dokumentation „Die Kinder Königsbergs“, über die wir seit dem Mai vergangenen Jahres laufend berichteten. Denn da kam aus dem Kreis der im Ostheim versammelten ehemaligen Königsberger Kinder, die sich allein durch die ersten Nachkriegsjahre in der zerstörten Stadt durchschlagen mussten, die Idee auf, die Berichte dieser sich nun im Seniorenalter befindlichen Zeitzeugen in einer Dokumentation zusammenzufassen. Um möglichst viele der betreffenden Ansprechpartner zu erreichen, wurde auf Wunsch von Herrn **Lutz Radtke**, dem Mitinitiator und Motor des Projekts, unsere Ostpreußische Familie eingeschaltet, die auch positiv reagierte. Inzwischen sind rund 30 Erlebnisberichte eingegangen, die nun gesichtet und bearbeitet werden, so dass eine baldige Herausgabe konkrete Formen annimmt. Noch ist es möglich, sich an dieser Dokumentation zu beteiligen, für deren Bearbeitung Lutz Radtke seine Erfahrung als Buchautor mit einbringt. In seiner Biografie „Entkommen“ dokumentiert er seine Erlebnisse als Flüchtlingskind aus Deutsch Eylau, wobei er sein Schicksal als „Leidzeuge“ in einen größeren politischen und historischen Rahmen stellt. Eine analoge Gliederung ist auch für „Die Kinder Königsbergs“ vorgesehen.

Wie verlässlich unsere Ostpreußische Familie ist, wenn es darum geht, noch vorhandene Lücken in Dokumentationen zu füllen, hat sie erneut bewiesen – und das noch schnell und gründlich. Kaum hatten wir das uns von Herrn **Ney** aus Potsdam zugesandte Foto von dem



Heinz Ney (l.) mit dem Direktor des Deutsch-Russischen Haus in Königsberg Andrej Portnjagin

Haus der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten mit der Frage, wo sich dieses in Königsberg befunden habe, veröffentlicht, hatte er auch schon die Lösung in den Händen. Herr Dr. **Hans-Dietrich Nicolaisen** aus Büsum war wohl der erste, der sich zu dieser Frage meldete, und dazu noch sehr ausführlich, denn sie war nicht einfach zu beantworten, da diese Freikirche eine Art „Umzugsgemeinschaft“ war. Sie wechselte dauernd die Adresse, ihre Versammlungen fanden zeitweise in mehreren Häusern statt. So fand Herr Dr. Nicolaisen heraus, dass im Jahre 1940 die Siebenten-Tags-Adventisten ihre Bibelstunden teils im Haus Steindamm 32a, teils in der Freystraße 12 abhielten. Beide Häuser waren Miets- und Geschäftshäuser. So gehörte das Gebäude in der Freystraße, einer Seitenstraße des Steindamms, der Versorgungskasse der Ärzte Ostpreußens. Das in Nummer 1 veröffentlichte Foto zeigt das von den Adventisten gemietete Kapellengebäude in der Freystraße, bekannt als „Sieburger Haus“. Herr Ney konnte nun aufgrund der informativen Zuschriften ausführlich auf diese Glaubensgemeinschaft eingehen, deren Königsberger Gemeinde um 1900 ein frühes Zentrum der Adventisten in Deutschland war. Herr Ney erhielt aus unserem Leserkreis aber auch noch Informationen über weitere Gemeinschaften, die er in sein Buch einbringen konnte, das nun in Druck gehen kann. Ich habe gerne auf seine Bitte ein Vorwort geschrieben, denn es zeigt ohne jeglichen Wortballast, und daher umso informativer, die Vielfalt der Glaubensgemeinschaften im liberalen Königsberg, das im Laufe der Jahrhunderte immer wieder den religiös Verfolgten eine Zuflucht bot. Doch darüber mehr, wenn das Buch erschienen ist. Der Direktor des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg, Herrn **Andrej Portnjagin**, zeigte bei seinem Deutschlandbesuch in einem Gespräch mit Herrn Ney bereits Interesse an dieser umfangreichen Dokumentation und nahm gerne einige Flyer mit zur Vorinformation. Besonders wird ihn interessiert haben, dass Herr Ney in einem zweiten Band „Gottes Häuser in Königsberg“ die heute genutzten sakralen Stätten in der Stadt am Pregel dokumentieren will.

Schon etwas länger liegt das Angebot von unseren Lesern **Ilse** und **Herbert Meyer** aus Bad Salzuflen zurück. Da es sich aber um Bücher handelt, die das Ehepaar abgeben will, mussten wir uns nach dem Wohnsitz des Ehepaares erkundigen, weil es sogar eine kleine Bibliothek ist – und da wird die Transportfrage zum Problem. Bislang haben sich bei ähnlichen Angeboten fast immer Interessenten gefunden, die selber die Bücher abholten – hoffentlich klappt es auch diesmal. Es ist schon eine beachtliche, vor allem mit ostpreußischem Schrifttum bestückte Buchreihe, die von dem Ehepaar Meier angeboten wird, das aus Altersgründen die Bücher fortgeben will – aber in gute Hände! Genannt werden Werke von Agnes Miegel, Ernst Wichert (der „Richter-Dichter“), Ernst Wiechert, Walter von Sanden, Arno Surminski – auch einige meiner Bücher sind darunter – sowie Geschichtsbücher, Kunstbände und auch Heiteres in ostpreußischer Mundart. Wer an diesem Angebot Interesse hat, melde sich bitte bei Ilse und Herbert Meyer, Telefon (05222) 82921.

Der letzte Rettungsanker für vergeblich Suchende sind wir schon immer gewesen, und manchmal gelang auch der große Wurf, der unseren Ruf als „Wunder-volle Familie“ festigte Aber die Zeit fordert ihren Tribut, und wir sind vorsichtiger geworden in den Einschätzungen auf einen Erfolg und können schon dankbar sein, wenn es auf die Veröffentlichung einige Hinweise aus unserem Leserkreis gibt. Die erhoffen wir auch für Frau **Ingrid Sommerey** aus Berlin, für die wir nun wirklich die allerletzte Station auf ihrem langen Suchweg sind, der über alle in Frage kommenden Institutionen führte. Noch im Dezember schaltete sie eine Anzeige in der *PAZ*, es kam auch eine Zuschrift, aber die bezog sich lediglich auf den Familiennamen und hatte mit der gesuchten Person leider nichts zu tun. Nun sollen wir noch einmal nachfassen, weil wir in unserer Kolumne noch einige Einzelheiten bringen können, die ich in einem Telefongespräch mit Frau Sommerey erfahren habe und die vielleicht hilfreich sein könnten. Hier will ich noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig schon bei der ersten Anfrage die Angabe der Telefonnummer ist, da sich aus einem direkten Gespräch zusätzliche Informationen ergeben, durch die ein zeitraubender Schriftwechsel vermieden wird.

So können wir also etwas besser ausgerüstet auf die Suche nach dem seit Stalingrad vermissten **Willigard** Sommerey aus Treuburg gehen, den Frau Ingrid persönlich nie kennen gelernt hat, denn sie hat ihren Mann **Erhard** Sommerey erst lange nach Kriegsende geheiratet. Es handelt sich bei den beiden Männern um Stiefbrüder, die aber enge familiäre Bindungen hatten wie aus der unermüdlichen Suche von Erhard Sommerey nach dem vermissten Stiefbruder hervorgeht. Nach seinem Tode fühlte sich Frau Ingrid verpflichtet, weitere Nachforschungen nach dem vermissten Schwager anzustellen – und so kam sie zur *PAZ* und zu unserer Ostpreußischen Familie.

Willigard – oder vielmehr **Willi**, wie er allgemein genannt wurde – kam am 25. Juni 1916 im Kreis Treuburg zur Welt, der Geburtsort ist leider nicht bekannt, aber sein späterer Wohnort: Duneiken bei Schwentainen, wo auch seine früh verstorbene Mutter und ein kleiner Bruder begraben liegen. Zuletzt wohnte Willi Sommerey in der Stadt Treuburg, kam dann als Soldat zur 6. Armee, 24. Panzer-Division, und wird seit dem 31. Dezember 1942 bei Stalingrad vermisst. In der Familie Sommerey hielt sich immer die Hoffnung, dass er vielleicht in russische Gefangenschaft geriet und später irgendwo im Osten verblieb. Da er unverheiratet gewesen war, könnte er dort eine Familie gegründet haben – irgendwie kommt Frau Ingrid von dieser Vorstellung nicht los, obgleich sie mehr als vage ist. Sie beruft sich dabei auf ein Vorkommnis, das sie und ihr Mann vor längerer Zeit hatten, als sie auf Spurensuche im Kreis Treuburg waren. Die führte sie auch auf den alten Friedhof von Duneiken, wo sie die Familiengräber vollkommen überwuchert vorfanden. Als sie einige Jahre später wieder dort weilten, waren zu ihrer Überraschung beide Gräber gesäubert, sie wirkten geradezu gepflegt. Das Ehepaar Sommerey stellte Nachforschungen an, wer die Grabpflege vorgenommen habe, kam aber zu keinem Ergebnis. Bei Frau Ingrid setzte sich der Gedanke fest, es könnte Willi gewesen sein, der auf einem Besuch in seiner Heimat die Gräber von Mutter und Bruder gesäubert habe. Aber vielleicht kann jemand von unseren Leserinnen und Lesern, die eine Verbindung zu Duneiken oder Schwentainen haben, zu dieser Grabgeschichte etwas sagen? Für jeden Hinweis, der für Frau Ingrid auf ihrer Suche nach Informationen über ihren vermissten Schwager helfen könnte, wäre sie sehr dankbar. (Ingrid Sommerey, Habichtstraße 6d in 13505 Berlin, Telefon 030/4316901.)

Manchmal kann man sich noch so viel Mühe geben, die Unterlagen bis zum letzten Detail ausloten, auch die komplizierten Vorgänge verständlich aufbereiten und dann geschieht – nichts. Solch ein bedauerlicher Fall trifft auf die Suchfrage von Frau **Gabriele Kühn** aus Neuengörs zu, die seit einiger Zeit Ahnenforschung betreibt und nicht so recht vorankommt, weil die Datenangaben recht verwirrend sind. Frau Kühn ist eine geborene **Ruh** und um diese Familie aus dem oberländischen Karneyen handelt es sich in erster Linie. Wir brachten die Suchfrage von Frau Kühn in Nummer 37/14 und hofften, dass sich einige Hinweise ergeben würden. Fehlanzeige – bis auf einen allgemeinen Hinweis für Familienforschung gab es keine Zuschriften. Trotzdem bedankte sich Frau Kühn bei mir für „die sehr schöne journalistische Verarbeitung meiner Familiengeschichte“ und setzt nun auf die Kreisgemeinschaft Mohrungen, zu der sich ein enger Kontakt ergeben hat und die ihr nun bei der Suche beistehen wird, auch mit Hilfe der Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

»Und ich war doch damals erst 18 Jahre alt«

Eine nie vergessene Liebe zwischen den Fronten

Es scheint, als hätte die Geschichte auf diesen Tag gewartet, auf den 1. Februar 2015, denn sie begann vor genau 70 Jahren und fügt sich damit nahtlos in unsere termingerechte Aufbereitung der damaligen Ereignisse ein. Sie hat auch gewartet in der nie gelöschten Erinnerung der – bei der Niederschrift vor neun Jahren 87-jährigen – Ostpreußin, und dann noch bis zum heutigen Tag. Zu einer Veröffentlichung kam es damals nicht – vielleicht war die Zeit noch nicht reif für diese außergewöhnliche Liebesgeschichte gewesen, denn um eine solche handelt es sich. Aber nun soll sie erscheinen, denn sie gehört mit zu dem vielschichtigen Geschehen vor 70 Jahren, das wir auf unserer Familienseite in voller Bandbreite auffächern wollen. Wir verdanken die Geschichte Herrn Döring-Ernst von Gottberg aus Kiel, der sie beim Sichten alter Akten fand und dabei feststellte, dass dieser Bericht von einem „außergewöhnlichen Erlebnis auf der Flucht 1945“ nichts an Dramatik verloren hatte. Die damals 87-Jährige hatte ihm auf acht handgeschriebenen Seiten ihr Schicksal anvertraut, das sie als 18-jährige Mitarbeiterin im kartographischen Dienst der HVA 1 Königsberg-Neudamm auf ihrer Flucht aus Ostpreußen erlitt. Die alte Dame gab ihm das Plazet, ihre Aufzeichnungen stilistisch zu bearbeiten und zu veröffentlichen, wozu es leider nicht kam. Umso mehr sind wir Herrn Döring-Ernst von Gottberg dankbar für die Übersendung und bringen nun den von ihm bearbeiteten Bericht in voller Länge.

„Am 1. Februar traf uns Mädchen bei einem kriegsverpflichteten Dienst in Neudamm unser Schicksal. Wir alle, alte und junge Kolleginnen, wollten, als die Sturmglocken läuteten, zu Fuß bis zur Oder marschieren, aber sowjetische Panzer holten uns ein. Wir hatten schreckliche Tage und Nächte zu überstehen. Der Wachhund wurde erschossen, damit er uns nicht vor Eindringlingen warnen konnte. Vor einem Gutshof wurden wir von einem ‚Reiterhalunken‘ angehalten und sollten die massenhaft eingefangenen Kühe melken. Das konnten wir jungen Mädchen jedoch nicht, und so stürzte sich erst einmal eine Bande von Offizieren und der Reitersoldat auf uns wie ‚Wanzen auf frisches Blut‘. In Neudamm brachte man uns in die Waschküche im Keller einer Villa, die sich im Laufe des Tages mit Frauen und Männern füllte. Natürlich fand sich bald ein kräftiger Offizier, der sich sein Opfer aussuchte. Gottlob nicht mich, obgleich ich durch mein langes blondes Haar besonders auffiel. Da ich immer sehr widerspenstig war, drohte mir mancher mit Faust oder Pistole vor dem Gesicht, geschossen haben sie aber nur in die Decke. Hatte ich einen Schutzengel? Bei der Vernehmung auf der Kommandantur im Halbdunkeln mit dem Rücken zur Wand stellte man uns Fragen nach Namen, Alter und eventuellen Vergewaltigungen. Die uns zugeteilte Arbeit bestand darin, das Inventar aus den verlassenen deutschen Wohnungen auf Lastkraftwagen zu verladen. Alles ging in die Sowjetunion, für die später nachfolgenden Polen blieb wenig übrig. Auch Pferde und Vieh wurden laufend nach Russland abtransportiert, Schweine und Kleinvieh wurden von der Armee geschlachtet. Wir Deutschen bekamen nur zu essen, wenn wir für die Armee arbeiteten.

Unser ‚Brigadier‘ Sergeant Mischa, ein 23-jähriger Student aus Moskau, bedrängte mich mehrfach: „Du kommt in mein Quartier“. Ich antwortete immer: „Nein, ich bleibe bei meinen Königsberger Mädchen!“ Ich wurde mit zwei anderen Mädchen zum Küchendienst eingeteilt, wo Sergeant Mischa am großen Herd stand. Im Haus lag ein sowjetischer Propagandastab mit dem Kommissar Hauptmann Alfred ..., 31, Ingenieur aus dem Süden der UdSSR, etwa 170 Zentimeter groß, schwarze Haare und sehr kleine Augen. Er war mein Vernehmer im Keller gewesen und schien sich auf den ersten Blick in mich verliebt zu haben, denn er kam abends immer zu mir in die Küche, war dann ganz verlegen und schaute mich immer wieder kurz an. So lebten wir fast vier Wochen unter seinem Schutz. Mein Hauptmann schien mir sehr westlich ausgerichtet zu sein, er war Protestant. Was ihn traurig machte und er mir gegenüber auch beklagte, war, dass ich seine Leidenschaft nicht erwiderte.

Eines Tages stand vor mir ein mit Orden geschmückter GPU-Offizier. Wahrscheinlich war meine Beziehung zu dem Hauptmann verraten worden. Am nächsten Morgen stand sein Beute-Mercedes bereit, um uns mit seiner Ordonanz und dem Dolmetscher Mark gen Westen zu bringen. Die falschen Reisepapiere hatte Sergeant Mischa von der Kommandantur besorgt. Ich konnte nur noch im Traum von meinem Hauptmann Abschied nehmen. Im Kreis Soldin bekamen wir ein sicheres Quartier. Bevor der Mercedes zurückfuhr, luden die Männer einen Kartoffelsack, Brote und Salamiwürste aus. Alfred hatte für uns vorgesorgt. Wir wurden dann zum Kühe hüten eingeteilt, eine meiner Freundinnen verstarb im Lager Schwiebus an Typhus, die andere habe ich nicht mehr gesehen. Ende Juni 1945 gelang es mir von Soldin über Küstrin nach Berlin zu entkommen.

Mein Hauptmann ist vor acht Jahren verstorben, wie ich erfahren konnte. Er erschien mir oft im Traum, er kam mit ausgestreckten Armen auf mich zu und sagte: „Ich entschuldige mich für alles!“ Ich war jedes Mal ganz benommen, wenn ich aufwachte.

Eine Liebe zwischen zwei Menschen verfeindeter Nationen zwischen den Fronten, zwischen Gewalt und Elend, zwischen Vergewaltigung und Chaos, ich war damals erst 18 Jahre alt. Ein dauerhaftes Liebesglück habe ich nicht gefunden, und somit ist die Erinnerung an den Hauptmann auch nie verblasst.“ *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 105. GEBURTSTAG

Minuth, Christel, geb. **Samland**, aus Wehlau, am 3. Februar

ZUM 104. GEBURTSTAG

Muschmann, Meta, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Eigner, Lotte, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Weber, Eberhard, aus Königsberg Preußen, Markgrafen Str. 7, am 31. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klein, Helene, geb. **Mumedey**, verwitwete **Biallas**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 31. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Doerk, Meta, geb. **Dejan**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. Februar
Hubert, Edith, aus Ebenrode, am 6. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kaffka, Frida, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 4. Februar
Kattoll, Botho, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, am 2. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blaschke, Hildegard, geb. **Nietert**, aus Lyck, am 6. Februar
Janett, Dora, geb. **Lunau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Februar
Kroll, Hertha, geb. **Berlinke**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Heike, Ursula, geb. **Kuhr**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kamien, Erich, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 4. Februar
Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Lyck, Rothof, am 2. Februar
Lange, Willi, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Lehmann, Ottilie, geb. **Witulski**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn**, aus Schneckenwalde, am 1. Februar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar
Bürrig, Karl-Heinz, aus Lyck, Steinstraße 11, am 1. Februar
Kamutzki, Charlotte, geb. **Drutsch-Grabowski**, aus Eydtkau und Prostken, Hauptstraße 9, Kreis Ebenrode und Kreis Lyck, am 4. Februar
Kinder, Else, geb. **Kurz**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. Februar
Makossa, Marie, geb. **Hammerl**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Markus, Helmut, aus Tecklenburg, Kreis Posen, am 2. Februar
Rohde, Lieselott, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Stabbert, Hans, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Stanko, Helene, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Steffen, Margarete, geb. **Kowalleck**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Adamaszek, Franz-Heinz, aus Eisermühle/Lötzen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Border, Ruth, geb. **Hömke**, aus Germau, Kreis Samland, am 1. Februar
Gayk, Emma, geb. **Chudaska**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Gerken, Frieda, geb. **Jurrat**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, Kreis Neidenburg, am 2. Februar
Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Ludwig, Ruth, geb. **Trzaska**, aus Lyck, Abbau, am 5. Februar
Metzger, Liesbeth, geb. **Bleckat**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Piepke, Else, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Schlifka, Frieda, geb. **Nee**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Warnecke, Elfriede, geb. **Mattheszick**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Birth, Edith, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 31. Januar
Both, Waltraud, geb. **May**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Februar
Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Buldt, Irmgard, geb. **Parplies**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 7. Februar
Köhler, Hedwig, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schneckenmoor, im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Fosse, Eva, geb. **Zelmer**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Februar
Oestreich, Hildegard, geb. **Kirstein**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 5. Februar
Peters, Elfriede, geb. **Koske**, aus Pillau, Kreis Samland, am 6. Februar
Pfingsten, Erika, geb. **Preuß**, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 3. Februar
Remus, Alma, geb. **Ladda**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Rimkus, Erwin, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Rittrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar
Zindler, Margot, geb. **Grommek**, aus Mohrungen, am 29. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brodkorb, Elfriede, geb. **Hoffmann**, aus Ponacken, Kreis Samland, am 31. Januar
Brüggmann, Horst, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Dörfling, Magdalena, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Elmenthaler, Heinz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Feigenbaum, Eva, geb. **Preiksch**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Fornacon, Anneliese, geb. **Eggert**, aus Landsberg, am 3. Februar
Gieselmann, Gerda, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 4. Februar
Grau, Elisabeth, geb. **Brandt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Grunwald, Paul, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Hanella, Eva, geb. **Toleikis**, aus Bersnicken, Kreis Samland, am 6. Februar
Hensel, Liesbeth, geb. **Brinkmann**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Hinz, Evamaria, geb. **Hinz**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar
Ischdonat, Werner, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Kompa, Gerhard, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Lierheimer, Waltraud, aus Neidenburg, am 3. Februar
Mack, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Str. 69, am 31. Januar
Niesalla, Johann, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Panzer, Bruno, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Pekrul, Hildegard, geb. **Grönert**, aus Wischehnen, Kreis Samland, am 2. Februar
Schäfer, Käte, geb. **Gottheit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Seydlitz, Günther, aus Treuburg, am 5. Februar
Stubbe, Eva, geb. **Unger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Turowski, Erwin, aus Satticken, Kreis Treuburg, 2. Februar
Weber, Gertraud, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bloch, Lothar, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Braun, Adolf, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Donder, Ulrich, aus Kalkhofen, Kreis Lyck, am 2. Februar
Fiedler, Hildegard, geb. **Kniza**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Götz, Anita, geb. **Breitschuh**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Grünheid, Reinhard, aus Wehlau und Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau,am 3. Februar
Jeremias, Gerhard, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Kammer, Herwig, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 3. Februar
Kleinhantz, Erwin, aus Bobern, Kreis Lyck, am 2. Februar
Kühn, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. Februar
Minuth, Manfred, aus Wehlau, am 5. Februar
Müller, Hubert, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 6. Februar
Poch, Marie-Luise, geb. **Möller**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 5. Februar
Reimann, Udo, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 1. Februar
Rentzsch, Ruth, geb. **Dziadek**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 31. Januar
Römer, Eberhard, aus Treuburg, am 3. Februar
Ruchatz, Christine, geb. **Greiner**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Februar
Sakel, Hedwig, geb. **Bondzio**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. Februar
Schlicht, Dietrich, aus Gauten, Kreis Samland, am 31. Januar
Tausendfreund, Ursula, geb. **Gieseck**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Westphal, Alfred, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Wisbar, Franz, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Zakrzewski, Ewald, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 5. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bansemir, Lothar, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Bauer, Margitta, geb. **Hoffmann**, aus Kemsie, Kreis Samland, am 4. Februar
Genat, Manfred, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Kremer, Irmgard, geb. **Krause**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Nikutta, Brigitte, geb. **Bogdanski**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Pelka, Erika, geb. **Luda**, aus Bochum, am 3. Februar
Plaß, Erika, geb. **Hoffmann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Reimers, Ursula, geb. **Petscheleit**, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. Februar
Rose, Hubert, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 5. Februar
Schulz, Hedwig, geb. **Sontopski**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Skibbe, Günter, aus Ortelsburg, am 4. Februar
Sölter, Ulrike, geb. **Gomm**, aus Wehlau, am 4. Februar
Stapelfeld, Gisela, geb. **Praetorius**, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

Jahr 2015

7. bis 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
13. bis 15 März: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Ein Lied für Annke

Vortrag im Ostpreußischen Landesmuseum

Ännchen von Tharau – ein Lied und seine Geschichte" heißt der Vortrag von Wolfgang Brandes am Mittwoch, 4. Februar, im Ostpreußischen Landesmuseum. Der Stadtarchivar von Bad Fallingbostel zeigt, dass Annke oder Ännchen wirklich gelebt hat: Anna Neander (1615–1689) hieß sie. Mit 19 heiratete die Tochter des Dorfpfarrers von Tharau den jungen Geistlichen Johann Portatius. Der Königsberger Dichter und Professor für Poetik Simon Dach (1605–1659) schuf dazu ein im samländischen Niederdeutsch gehaltenes Lied. Seinen Siegeszug sollte es aber erst antreten, als Johann Gottfried Herder (1744–1803) es ins Hochdeutsche übersetzte und in seine Sammlung von Volksliedern aufnahm. Friedrich Silcher (1789–1860) unterlegte es dann mit der bis heute bekannten Melodie.

Auf unterhaltsame Art erzählt Brandes die einzigartige Geschichte des Liedes. Eine Reihe von musikalischen Einspielungen hilft, das Thema zu veranschaulichen. Der Vortrag beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt kostet vier Euro. Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Ännchen-Büste nach einer Vorlage von 1913 Bild: LM

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 31. Januar, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Gesichter Europas: Kreuzen unterm Schweizer Kreuz – Die Eidgenossen und ihre Schifffahrtsund Handelsflotte.
Sonnabend, 31. Januar, 12.45 Uhr, NDR: Polen – Im unbekannten Nordwesten.
Sonnabend, 31. Januar, 20.05 Uhr, n-tv: Feuersturm – Der Bombenkrieg gegen Deutschland.
Sonnabend, 31. Januar, 20.15 Uhr, tagesschau24: Der Untergang der Wilhelm Gustloff.
Sonnabend, 31. Januar, 22.30 Uhr, Phoenix: Bernsteinland – Ein Todesmarsch in Ostpreußen.
Sonntag, 1. Februar, 21.05 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen. Dokumentation, GB 2006.
Montag, 2. Februar, 22.15 Uhr, Einsfestival: Geheimnis Kanzlerbungalow – Wohnzimmer der Mächtigen. Dokumentation, D 2014.
Montag, 2. Februar, 23.30 Uhr, Das Erste: Mythos Dresden – Der lange Schatten einer Bombennacht. Dokumentation, D 2015.
Dienstag, 3. Februar, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte: Honeckers Regierungsbunker.
Dienstag, 3. Februar, 20.45 Uhr, MDR, Der Tag nach dem Feuersturm – Das Panorama Dresden 1945.
Dienstag, 3. Februar, 21 Uhr, RBB: Honeckers abtrünniger Stellvertreter – Auf den Spuren meines Großvaters. Dokumentation von Karoline Kleinert über Heinz Lippmann.
Dienstag, 3. Februar, 0 Uhr, MDR: Die gläserne Fackel (5/7): Wendepunkte. Die Carl-Zeiss-Chronik, DDR 1989.
Dienstag, 3. Februar, 1.05 Uhr, Das Erste: Max Schmeling. Boxerdrama, D 2010.
Mittwoch, 4. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Stasi in West-Berlin. Dokumentation, D 2010.
Mittwoch, 4. Februar, 21 Uhr, Phoenix: Mord in Titos Namen. Dokumentation, D 2014.
Mittwoch, 4. Februar, 21.45 Uhr, Das Erste: Attentäter – Einzeltäter? – Neues zum Oktoberfestattentat.
Mittwoch, 4. Februar, 22.45 Uhr, ZDF: Der Milliarden-Wahnsinn – Wie Fördergelder verschwendet werden.
Mittwoch, 4. Februar, 0.45 Uhr, ZDF: Irak – Amerikas gescheiterte Mission. Dokumentation, D 2015.
Donnerstag, 5. Februar, 20.05 Uhr, N24: Der erste moderne Krieg (2/4): Giftgas. Dokumentation, USA 2014.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de,

Bad Pyrmont – Freitag, 20., bis Sonntag, 22. Februar, Ostheim: BJO-Frühjahrsseminar mit den Themen „2015 – Jahr der Jahrestage: Deutschland und (die) Ostpreußen im 20. Jahrhundert“. Die bekannte DDR-Bürgerrechtlerin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld zieht eine Bilanz zur Aufarbeitung des SED-Unrechts im Jahr 2015, während Dr. Heike Amos vom Institut für Zeitgeschichte auf die Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR in Bezug auf die Vertriebenen eingeht. Der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, und der LO-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Manfred F. Schukat, können uns aus erster Hand über die Bedeutung des Mauerfalls für die Vertriebenen informieren. Dabei werden persönliche Erfahrungen aus der Zeit der DDR ebenso in den Fokus genommen wie die Herausforderungen diesseits und jenseits von Oder und Neiße nach 1990. Dr. Walter T. Rix teilt seine Erkenntnisse zum Ersten Weltkrieg in Ostpreußen mit uns, während wir zu den Geschehnissen im Frühjahr 1945 noch einmal Zeitzeugen zu Wort kommen lassen möchten. Auskünfte und Anmeldung bei Jochen Zauner unter Presse@Ostpreussen-NRW.de.



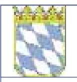
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 5. Februar, 18 Uhr, Gasthaus Zarko: Stammtisch – Samstag 14. Februar, 12 Uhr, Gasthaus Zarko: Eisbeinessen.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Diese Punkte stehen auf der Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des ersten Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

Ulm – Donnerstag, 5. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: Traditionelles Fischessen der Frauengruppen. Anmeldungen bitte bei Frau Mater.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 21. Februar, 14.30 Uhr, Film „Jokehnen“ (Arno Surminski) mit anschließendem Schmandheringessen. Bitte anmelden.

Bamberg – Mittwoch, 18. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose Bamberg: Vortrag „Der Kreis Schlossberg 1944/1945“.

Erlangen – Donnerstag, 12. Februar, 15.45 Uhr, Raum 20, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35: Tilsiter-Käse-Essen mit anschließenden Vertellchens und Gedichten. Gäste sind herzliche willkommen.

Hof – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen.

Kitzingen – Freitag, 6 Februar, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch den Landsmann Günter Schmidt.

München – Freitag, 13. Februar, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 28. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vortrag von Erika Lausch über Emil von Behring und den Heimatkreis Rosenberg, zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg – Noch bis Sonntag, 22. Februar, wird im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen (Bahnstation) bei Weißenburg in Mittelfranken die Sonderausstellung „August 14 – Der Erste Weltkrieg in Ostpreußen“ – gezeigt. Dazu gibt es ein Sonderheft mit 366 Seiten, das zum Preis von sechs Euro zuzüglich Porto im Kulturzentrum bestellt werden kann.

Weiden – Sonntag, 1. Februar, 14.30 Uhr, Café Mitte, Am Stokkerhutpark 1, 92637 Weiden: nächstes Treffen.

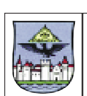


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Heilsberg, Rößel Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier, Anfragen Heilsberg: Benno Boese, Telefon (030) 7215570, Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 66 00.




Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, „Ratskeller Charlottenburg“, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

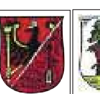


Rastenburg – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

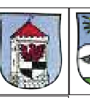


Frauengruppe – Mittwoch, 11. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117: Treffen (letztes Treffen bis April). Anfragen, Marianne Becker, Telefon (030) 7712354

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Ibrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start ins Jahr 2015. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 403 2681, Johannisburg, Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 19. Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Erinnerung an Ostpreußen vor 70 Jahren. Anfragen: Marianne Bekker (030) 7712354.

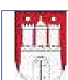


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 14. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: West- und Ostpreußentag. Zur Unterhaltung wird ein Programm mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien geboten. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit traditionellem Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse (oder Gemüseteller). Die Veranstaltung soll wieder durch den antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Daher gelten folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro. Eintritt und Essen (Königsberger Klops oder Gemüseteller): 15 Euro. Eintritt ohne Essen: Fünf Euro. Anmeldungen bitte unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718 (auch auf dem Anrufbeantworter). Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

Frauengruppe – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: Treffen.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Elchniederung – Mittwoch, 18. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Litzowstieg 8, Wandsbek: Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein mit Kaffetrinken und Erinnerungen an die Winterzeit in Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Unser erstes Treffen im neuen Jahr war eine gelungene Veranstaltung, die trotz der kalten Jahreszeit wieder liebevoll von Waltraud Barth mit Blumenschmuck mitgestaltet wurde. Margarete Ahlheim hatte den Anwesenden anlässlich ihres 80. Geburtstages zu Kaffee und üppig selbstgebackenem Kuchen eingeladen. Durch den Zuspruch von vielen Gästen war die Teilnahme an der Veranstaltung sehr groß. Nach der Begrüßung wurden den landsmannschaftliche Mitteilungen bekannt gegeben. Ebenso die Glückwünsche zu den Geburtstagen der vergangenen Dezember- und ersten Januartage ausgesprochen. Die geistlichen Worte wurden den Teilnehmern durch Herrn Turowski mit auf den Weg gegeben.

Zum Andenken des 50. Todestages von Agnes Miegel hörten wir die Aufzeichnung eines von ihr selbst gesprochenen Gedichtes und konnten in Gedanken bei ihr verweilen. Im Anschluss zeigte eine Lichtbilddokumentation Agnes Miegel vom Kinderbild bis hin zu den letzten Tagen. Zwischen den Bildfolgen wurden Gedichte und ein Brief von Agnes Miegel über den Vater vorgelesen. Den Vortragenden danken wir für Mühen.

Im Anschluss mussten wir eine bedauerliche Mitteilung aus dem *Ostpreußenblatt* zur Kenntnis nehmen, dass das Denkmal von Agnes Miegel in Bad Nenndorf entfernt werden soll. Da sollten alle Ostpreußen sich stark machen und Einspruch erheben. Trotzdem sehen wir frohen Mutes unserer nächsten Zusammenkunft am 14. Februar 2015 im Zeichen des „Preußischen Fasteloawend“ entgegen, zu dem auch alle Fastnachtsnarren mit Beiträgen herzlich willkommen sind.

Christian Keller

Kassel – Donnerstag, 2. Februar, 14.30 Uhr, AWO-Altenzentrum, Niederzwehren: Jahreshauptversammlung. Anschließend führt Dorothea Deyß durch den Nachmittag mit dem Wahlspruch: „Heimatlieder – immer wieder schön“.

Wiesbaden – Sonnabend, 7. Februar, 15.11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Närrischer Nachmittag mit Kreppel–Kaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ sollen alle Anwesenden eine fröhliche Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und viel Gesang. Mit von der Partie ist das Stimmungs-Duo Mathias Budau und Markus Hübenthal. Wer zu dem Programm mit Lustigem beitragen möchte, melde sich bitte bei Dieter Schetat oder einem anderen Vorstandsmitglied – Dienstag, 10. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Treffen der Frauengruppe unter dem Motto „Allerlei zur Fassenacht – Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud“. – Donnerstag, 19. Februar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“

Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 13. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

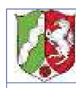


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenthaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen mit Vortrag „Ohne Thesen nichts gewesen: Martin Luther“ von Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo. Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeder erste Mittwoch des Monats, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe – jeder dritte Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Bielefeld – Montag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13 in 33602 Bielefeld: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 5. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13: Stammtisch der Königsberger und Freunde der Ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 12. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13: Gesprächskreis ostpreußisches Platt – Donnerstag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13: Literaturkreis.

Bonn – Samstag, 28. Februar, 19.30 Uhr, kleiner Saal, Stadthalle Bad Godesberg: Winterball der „Ostdeutschen Landsmannschaften“ mit buntem, kulturellen Programm und einer großen Tombola. Eintritt: 15 Euro, Jugend und Studenten: 10 Euro.

Dortmund – Montag, 16, Februar, 14 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße: Rosenmontag. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Sonnabend, 31. Januar, 14 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Ostdeutscher Karnevalsnachmittag für alle Landsmannschaften (Eintritt sieben Euro). – Mittwoch, 4. Februar, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt – Mittwoch, 4. Februar, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Film „Im Herzen von Ostpreußen. – Donnerstag, 5. Februar, 19.30 Uhr, Raum 412, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 6. Februar, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Kriegerdenkmal 1914 – Hundert Jahre später“, Lesung mit Franz Heinz. – Mittwoch, 11. Februar, 19 Uhr, Saal 1, VHS Düsseldorf, Bertha-von-Suttner-Platz 1: „Wir Angepassten. Überleben in der DDR“. Buchpräsentation mit Roland Jahn. Kartenreservierungen unter Telefon (0211) 92427. Entgelt: Sechs Euro. – Freitag, 13. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 19. Februar, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Das preußische Arkadien“, Buchvorstellung mit Hans-Dieter Rutsch.

Essen – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Jahreshauptversammlung mit anschließendem Mattjes-Essen

– Bericht –

Die Kreisgruppe Essen traf sich im neuen Jahr erstmalig am Freitag, 16. Januar, – wie immer in der Gastronomie St. Elisabeth. Bei Kaffee und Kuchen sahen wir einen Dia-Vortrag von Anneliese und Bernhard Kehren „Zehn Tage in Sorquitten“. Anlass der Reise war ein Todesfall in der Familie, eine Nichte wollte die Heimat ihrer Vorfahren kennenlernen. Im Dorf Sorquitten konnte eine private Unterkunft organisiert werden und der Nichte wurden die schönsten Orte und Baudenkmäler in der Umgebung gezeigt.

Wir durften nun diese Reise per Dia-Vortrag miterleben und sahen unter anderem Aufnahmen von dem Örtchen Mensguth, von Ortelsburg, Rößel und Allenstein sowie die historischen Denkmäler Wolfsschanze und Heilige Linde. Höhepunkt der Reise war der Ort Nikolaiken mit einer Schiffsfahrt auf der Masurischen Seenplatte bis nach Lötzen. Besonders beeindruckt haben uns die Bilder von der wunderschönen Landschaft, den Sonnenuntergängen sowie der Sauberkeit in den Orten. Ein gelungener Nachmittag verbunden mit dem Wunsch, alle diese Orte auch einmal persönlich kennen zu lernen (soweit noch nicht gesehen). *Erika Dietz*

Neuss – Donnerstag, 5. Februar, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Neuss, Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen. – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben“, Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Wesel – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Eine Kaffeetafel ist vorbereitet.

Witten – Montag, 16. Februar, 14.30 Uhr, Versammlungsraum Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Lustiges zum Rosenmontag.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

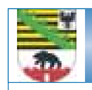
Neuwied – Brigitte Schüller-Kreuer aus Königsberg und ihr Ehemann Wilhelm Kreuer laden alle Heimatvertriebenen der Erlebens-, aber auch der nachfolgenden Generationen zur Neugründung einer Gruppe ein. Heimatvertriebene, die im Kreis Neuwied wohnen, sind eingeladen, bei uns und mit uns in einen Gedankenaustausch über die ehemalige ostdeutsche Heimat zu treten. Mit anderen möchten wir über das im Land zwischen Weichsel und Memel in über sieben Jahrhunderten gewachsene ostpreußische Kulturerbe sprechen und erhoffen uns neben an-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

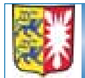
regenden Gesprächen auch Geselligkeit. Selbstverständlich sind Vertriebene aus anderen Gebieten als Ostpreußen – Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Schlesien, das Baltikum oder aus südost- und osteuropäischen Gebieten – herzlich willkommen. Kontakt: Brigitte Schüller-Kreuer, Wilhelm Kreuer. Backesweg 37, 53572 Unkel. Telefon (02224) 9873767 oder per Email: w.kreuer@gmail.com.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 8. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Faschingsmonat, worüber Ostpreußen lachen können. – Dienstag, 3. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen – Freitag, 6. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 7. Februar, 20 Uhr, Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1: Winterfest 2015. Die Ostpreußen laden herzlich ein, mit ihnen die Bad Schwartauer Ballsaison zu eröffnen. Flotte Tanzmusik und ein bunter Abend mit netten Gästen erwarten Sie. Eintritt 10 Euro im Vorverkauf, 11 Euro an der Abendkasse. Vorverkauf im Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann's Bistro) und in der Lotto- und Toto-Annahmestelle Cleverhofer Weg 120. Telefonische Anmeldungen nehmen Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 und Regina Gronau, Telefon (0451) 26706 entgegen.

Fehmarn – Dienstag, 10. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg: Monatliches Treffen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen u. Danzig". Späße und humorvolle Geschichten aus der „kalten Heimat" sollen an diesem Nachmittag die Mitglieder und Gäste unterhalten, denn der ostpreußische Humor ist den Landsleuten keineswegs abhanden gekommen, im Gegenteil! Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Vortrag über die Gemeinde Harrislee, Referent Thomas Pantléon, Leiter der Volkshochschule Harrislee und Archivleiter der Gemeinde.

Neumünster – Sonnabend, 7. Februar, 12 Uhr, Restauration Johann und Amalia, Stadthalle am Kleinflecken: traditionellen Königsberger Klopsessen. Gäste sind willkommen. Anmeldung bitte unter Telefon (04321) 82314.

– Bericht –

Die Kreisgruppe Neumünster hatte ihre erste Veranstaltung im neuen Jahr am 14. Januar im „Restaurant am Kantplatz". Wir hatten zur Dia-Vorführung Landsmann Erwin Falk aus Eutin eingeladen. Er berichtete von seiner 10-tätigen Reise in das nördliche Ostpreußen – das Königsberger Gebiet. So manche Erinnerung wurde bei den Teilnehmern und Gästen wach. Diese Orte und Stationen lernte ich auch bei meinen 18 Reisen ins Königsberger Land kennen. Herrn Falks Reisen per Bus mit Landsmann Schukat aus Anklam ging über Stettin, Danzig mit dem bekannten Krantor, nach Dirschau über die Weichselbrücke mit dem weiten Landblick zur Marienburg auf dem östlichen Nogatufer, über Elbing mit den Schichauwerken zur russischen Grenze – ohne lange Wartezeiten – über die alte Autobahn („alte" neue Brücke) weiter nach Königsberg ins Hotel Baltika.

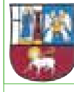
Eine Stadtrundfahrt führte an dem Haus der Räte vorbei, zum Schlossteich – alte Stadthalle, zur Dominsel mit dem Kantdenkmal, auf dem alten Münzplatz mit dem Eingang zum Laschbunker, das neue sehenswerte Fischdorf mit der Anlegestelle für Ausflugsschiffe auf dem Pregel, die Universität, die Speicher, Haupt- und Südbahnhof, die evangelische Kirche. Fahrten mit dem Bus ins Landesinnere nach Insterburg, Arnau, Gumbinnen mit der Salzburger Kirche, Trakehnen – das bekannte Gestüt, Rominter Heide, Rauschen, Tilsit mit der Luisenbrücke, Memel, Fischhausen, Pillau mit Kirche, Leuchtturm und Bahnhof, um nur einige Städte zu nennen.

Solch eine Fahrt in die Heimat wird den Reisenden lange in Erinnerung bleiben. Die Vorsitzende Brigitte Profé bedankte sich bei Landsmann Erwin Falk für die Vorführung mit den Informationen und bei den Teilnehmern und Gästen für ihre Aufmerksamkeit. Der Nachmittag verlief mit den schönen Dia-Bildern viel zu schnell. *Brigitte Profé*

Pinneberg – Sonntag, 15. Februar, 15 Uhr: Fröhlicher Nachmittag. Bitte um telefonische Voranmeldung (04101) 62667 oder (04101) 73473.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Versammlung

Die zweite Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft findet am Sonnabend, 11. April, im Sitzungsaal des Rathauses der Gemeinde Hagen a.T.W, Schulstraße 7, statt. Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr. Die Tagesordnung:

– Eröffnung, Begrüßung, Beschlussfähigkeit
– Wahl eines Protokollführers
– Genehmigung des Protokolls vom 14. Juni 2014
– Bericht des Kreisvertreters
– Jahresabschluss 2014
– Bericht des Schatzmeisters
– Bericht der Kassenprüfer
– Entlastung des Kreisausschusses / Vorstandes
– Haushalt 2015
– Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung müssen eine Woche vor Sitzungsbeginn schriftlich beim Vorstand vorgelegt werden. Ihr aktives/passives Wahlrecht sowie das Stimmrecht setzen zwingend die Mitgliedschaft in der Kreisgemeinschaft voraus. Schriftliche Mitgliedsanträge können bis zur Sitzung beim Vorstand nachgereicht werden. Ich wünsche eine gute Anfahrt. *Hans-Peter Blasche, Kreisvertreter*



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Es ist zur Tradition geworden, dass wir das neue Jahr mit einer heimatpolitischen Tagung einleiten. Die Tagung findet vom Sonnabend, 21., bis zum Sonntag, 22. Februar, in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule, statt. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Zu der Auftaktveranstaltung laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg geschichtlich und kulturell interessierte Ost- und Westpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger aus nah und fern sehr herzlich ein.

Für die Tagung konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen. Am 21. Februar ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Teilnehmer in der Aula der Theodor-Heuss-Schule wird Dr. Dr. Wolfgang Dörfler mit seinem Referat „Das junge Land Niedersachsen und die Heimatbewegung" die Tagung einleiten. Nach einer kurzen Pause hören wir einen Vortrag von Hartmut Vollmer „Die Ablösung der Grundherrschaft in der Börde Sittensen". Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir bei einem Glas Wein den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 22. Februar, wird die Tagung um 9.30 Uhr mit einem Vortrag von Archäologieoberrat Dr. Stefan Hesse „Moorleichen – Germanen – Burgen. Aktuelle archäologische Projekte im Landkreis Rotenburg" fortgesetzt.

Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen für das Elchbratenessen zum Preis von 25 Euro pro Person und für eventuelle Übernachtungswünsche bis spätestens den 15. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg.

ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Per Flieger nach Ostpreußen

Eine neuntägige Flugreise nach Ostpreußen – Elchniederung und Samland – plant der Heimatkreis vom 1. bis 9. Juni. Die Reiseleitung hat Dieter Wenskat. Dies ist der Programmablauf:

1. Tag: Gegen Mittag Linienflug mit Air Berlin von Berlin nach Königsberg (Andere Abflughäfen mit Umstieg in Berlin auf Anfrage und gegen Aufpreis möglich). Am Flughafen in Königsberg werden wir von unserer russischen Reiseleitung empfangen. Anschließend Busfahrt nach Tilsit in das Hotel „Rossija".

2. Tag: Rundfahrt über Insterburg mit Besichtigungsstopps. Eintritt und Führung durch das Gestüt Georgenburg, Gumbinnen und Ragnit. Danach zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit.

3. Tag: Heute erleben wir das Naturparadies Ostpreußen pur. Wir unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, einem mit deutschen Mittel unterstützen Naturschutzzentrum. Die Rückfahrt am Nachmittag führt durch die südliche Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Groß Friedrichsdorf und Gerhardsweide. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Besichtigungsfahrt durch die Elchniederung nördlich der Gilge mit dem Besuch von Skõpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln und Inse, Weiter geht es über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Rundfahrt mit individuellen Besichtigungsstopps in Kreuzingen und Labiau mit Fahrt über die Adlerbrücke. Hier mündet die Deime in das Kurische Haff. Anschließend vorbei an Königsberg und auf der neuen Autobahn an die ostpreußische Ostseeküste bis nach Cranz. Übernachtung in Cranz.

6. Tag: Der heutige Tagesausflug führt durch das Samland. Zunächst besuchen wir Palmnicken, wo im Tagebau aus der blauen Erde der Bernstein, für den Ostpreußen berühmt ist, gewonnen wird. Beim Blick von der Aussichtsterrasse oberhalb des Tagebaus können wir uns einen guten Eindruck verschaffen. Anschließend erreichen wir Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte als Ort der Besinnung. Übernachtung in Cranz.

7. Tag: Ausflug nach Königsberg. Bei der Stadtrundfahrt durch die frühere Provinzhauptstadt besuchen wir natürlich die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben wir eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Am neuen Fischdorf unternehmen wir eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel und erleben den Dom und die Kneiphofinsel aus der Perspektive vom Wasser aus. Ein weiterer Höhepunkt der Reise ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Übernachtung in Cranz.

8. Tag: Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung. Die etwa 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee und ist durch eine einzigartige Naturlandschaft mit den höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Bei Rossitten besuchen wir dann die Feldstation Fringilla der Vogelwarte. Einst war sie die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Je nach Wettersituation unternehmen wir einen Spaziergang auf die Epha-Düne, eine der größten noch frei wandernden Sandflächen der Nehrung. Von hier bietet sich ein einzigartiger Ausblick über das Haff, die Nehrung und die Ostsee. Übernachtung in Cranz.

9. Tag: Der Vormittag bleibt zur freien Verfügung. Gegen Mittag Bustransfer von Cranz zum Flughafen Königsberg, Linienflug mit Air Berlin ab Königsberg, Ankunft in Berlin am Nachmittag.

Programmänderungen bleiben vorbehalten. Weitere Informationen und Anmeldung bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501 oder bei Partner-Reisen-Grund-Touristik in Lehrte, Telefon (05132) 58

Fahrt ins Samland

Wer verspürt Lust und möchte mit Louis-Ferdinand Schwarz im August in das nördliche –heute russische – Ostpreußen reisen? Es sind noch einige Plätze frei. Gefahren wird in einem bequemen und modernen Reisebus. Damit jeder mehr Bewegungsfreiheit hat, sind nicht alle Sitzplätze belegt.

Die Reisegruppe sollte etwa 30 Personen umfassen. Abfahrt: Sonnabend, 8. August, 23 Uhr ab Berlin Hauptbahnhof (Nachtfahrt). Rückfahrt: Sonntag, 16. August, 6 Uhr (Tagesfahrt). Ankunft in Berlin, am Hauptbahnhof, etwa zwischen 17 und 18 Uhr.

Während der gesamten Zeit wohnen die Reiseteilnehmer in Rauschen im „Hotel Rauschen". Es liegt zentral und ist sehr gut ausgestattet. Von dort starten täglich Erkundungsreisen in alle vier Himmelsrichtungen: Der Freitag, 14. August, steht zur freien Verfügung, da sich Busfahrer und Bus ausruhen müssen. Jeder gestaltet den Tag selbst. Abends gibt es Folklore im Hotel.

Wir werden unter anderem folgende Orte anfahren: Marienburg, Elbing, Königsberg, Rauschen, Cranz, Kurische Nehrung mit Nidden, Insterburg, Georgenburg (Gestüt), Gumbinnen, Trakehnen, Pillau, Palmnicken (Bernsteinwerk), Germau, Medenau, Cathrinhoefen. Pollwitten.

Entscheiden Sie nun bitte und melden Sie sich bis spätestens Donnerstag, 12. Februar, bei: Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325.

GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Trauer um Hanna Zetzsche

Unser langjähriges Kreistagsmitglied Hanna Zetzsche, geborene Liedtke, verstarb am 19. November 2014 im gesegneten Alter von 88 Jahren. Geboren wurde sie am 20. Juni 1926 in Possessern, Kreis Angerburg. Ihr Großvater war Schneidermeister Rausch aus Molthainen. Wir trauern um einen lieben Menschen, der in seinem langen Leben sehr viel erlebt und durchgemacht hat. Nach der Vertreibung aus der ostpreußischen Heimat hat sich Hanna Zetzsche sehr für den Erhalt der Kultur und der Bräuche der verlorenen Heimat eingesetzt. Sie gehörte vom 31. August 1991 bis 8. September 2000 dem Kreistag unserer Heimatkreisgemeinschaft als Kirchspielvertreterin von Molthainen an, danach war sie zu ihrem Tod Mitglied des Ältestenrates. Sie engagierte sich für die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen, hier besonders für die Heimatstube. Hanna Zetzsche schrieb auch viele Beiträge für den Heimatbrief und hat damit bei sehr vielen Landsleuten die Erinnerungen an schöne wie weniger schöne Ereignisse bis in die heutige Zeit wachgehalten.

Für ihre großen Verdienste erhielt sie am 10. September 1994 die Treueurkunde, am 7. September 1995 das Verdienstabzeichen und am 20. September 1997 das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Am 31. August 2001 wurde Hanna Zetzsche zudem mit der Silbernen Ehrennadel der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen ausgezeichnet.

Mit Hanna Zetzsche verlässt uns eine liebe Ostpreußin, die engagiert für ihre Heimat gekämpft und gearbeitet hat. Sie hat viele Jahre das Kirchspiel Molthainen mit großem Engagement vertreten. Ihre Arbeit und die Sammlung von Fotos und Zeichnungen sowie Dokumenten kann heute noch jeder bei den jährlichen Heimatkreistreffen bewundern.

Wir trauern mit ihrer Familie um einen außergewöhnlich lieben Menschen. Hanna Zetzsche hinterlässt der Nachwelt einen großen Koffer greifbarer Erinnerungen an das geliebte Ostpreußen. Dafür sind wir ihr sehr dankbar.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Ostpreußenreise

Die Heimatgruppe führt seit 1992 Gruppenreisen nach Ostpreußen in ihre Heimat beziehungsweise die Heimat Ihrer Vorfahren in Zusammenarbeit mit der Firma Scheer-Reisen, 58455 Witten, durch. Bisher waren es insgesamt 26 Flug- und Busreisen. Nun im Jahr 2015 ist eine Busreise nach Königsberg und Insterburg vom 27. Juni bis zum 8. Juli vorgesehen (12 Tage/ 11 Übernachtungen/HP/DZ).

Von Darmstadt geht es über über die BAB 5/7 nach Kassel und Braunschweig, über die BAB 2 nach Magdeburg und Berlin und zu den vereinbarten Zustiegsmöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten. Weiter führt die Reise nach Posen, Königsberg und Insterburg. (Übernachtungen: Posen 1 x, Königsberg 3 x, Insterburg, 6 x, Posen 1 x).

Die Unterbringung unterwegs und am Zielort erfolgt in guten bis sehr guten Hotels im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC. Für die Busreise steht ein komfortabler Fernreisebus mit gastronomischer Betreuung zur Verfügung.

Auf der Reise sind interessante Ausflüge unter anderem nach Palmnicken, Rauschen und auf den russischen Teil der Kurischen Nehrung, Gumbinnen, Rominter Heide und Trakehnen vorgesehen. Diese Kosten sind im Reisepreis enthalten. Programmänderungen, die sich aufgrund der jeweiligen Situation vor Ort ergeben können, sind nicht auszuschließen.

Der Reisepreis ist gestaffelt und richtet sich nach der Anzahl der Reiseteilnehmer. Der Grundpreis beträgt 1151 Euro bei 25 bis 29 Reiseteilnehmern (ohne Visa-Kosten, Gebühren und so weiter). Die Mindestteilnehmerzahl der Reisenden liegt bei 25 Personen. Anmeldeschluss ist der 30. März.

Reisepass und Visum sind erforderlich. Der Reisepass muss noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein. Wir weisen darauf hin, dass bei Reisen nach Russland eine Auslands-Reisekrankenversicherung, die Osteuropa einschließt, abgeschlossen werden muss. Die Visa-Beantragung erfolgt für alle durch den Reiseveranstalter. Bei ihm ist auch der Abschluss der vorgenannten Krankenversicherung möglich. Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt, Reiner Buslaps, Am Berg. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Telefon (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de oder bei Jürgen Pantel, Sudetenstraße 6, 63329 Egelsbach, Telefon (06103) 42744, Fax 486884.

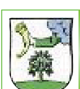


KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Nach Königsberg

Hinweis auf eine zehntägige Busreise nach Königsberg vom Freitag, 5. Juni, bis Sonntag, 14. Juni: Abfahrt ist in Duisburg um 6 Uhr mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg, Braunsberg zur Grenze Richtung Königsberg, Hotel Kaliningrad, sieben Übernachtungen. Tagesfahrt am 7. Juni: Richtung Tilsit über Labiau. 8. Juni: Waldau, Heiligenwalde. 9. Juni: Richtung Kurische-Nehrung über Cranz. 10. Juni: Zur freien Verfügung. 11. Juni: Palmnicken-Rauschen. 12. Juni: Letzter Tag in Königsberg noch mal zur freien Verfügung. 13. Juni: Richtung Stettin, Hotel Panorama. 14. Juni: Richtung Deutschland. Änderungen vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Anmeldungen erhalten Sie bei Willi Skulimma Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746. Oder; Greif Reisen, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten-Heven, Telefon (02302) 24044.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Maiglöckchenfahrt

Auch im Jahr 2015 fahren wir in die Heimat. Wenn wir in Ostpreußen ankommen, erstrahlt die Natur gerade in frischem Grün. Bei der elftägigen Bus- und Schiffsreise „Maiglöckchenfahrt" vom 24. Mai bis 3. Juni werden wir Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und natürlich unseren Heimatkreis besuchen. Übernachtet wird in schönen Hotels, damit man sich abends nach erlebnisreichen Tagen gut erholen kann. Zu den Übernachtungsorten gehören auf der Hinfahrt Kolberg und Danzig.

Im Samland wohnen wir wie im letzten Jahr in dem ehemaligen, liebevoll restaurierten Gutshof, jetzt Hotel Usadba in Nesselbeck, jetzt Orlowka. In Nidden auf der Kurischen Nehrung im Hotel Nidos Banga, das ist das frühere bekannte Künstler-Hotel Hermann Blode, direkt am Kurischen Haff. Dieses Mal wieder als entspannenden Abschluss geplant ist die Rückfahrt mit einer Fähre der DFDS-Seaways von Memel aus nach Kiel. Für die Teilnehmer endet die Fahrt dann in Hamburg beziehungsweise am Betriebshof Sarzbüttel.

Wir fahren, wie gewohnt, mit einem bequemen Reisebus der Firma Schwarz aus Sarzbüttel (www.erich-schwarz.de) und mit unserem bewährten Fahrer Detlef Tritschler. Übernachtet wird im Fünf-Sterne-Hotel Aquarius in Kolberg (www.AquariusSPA.pl), im Fünf-Sterne-Hotel Qubus in Danzig (www.qubushotel.com/hotel-gdansk), im Drei-Sterne-Hotel Usadba in Nesselbeck (www.hotel-usadba.ru) und im Drei-Sterne-Hotel Nidos Banga in Nidden (www.hotelbanga.lt). Zur Rückfahrt zählt eine Übernachtung auf dem Fährschiff.

Änderungen bleiben vorbehalten. Die Reise kann nur bei ausreichender Beteiligung stattfinden. Erforderlich ist ein Reisepass. Sollte Ihr Partner ausfallen, erfolgt Einzelzimmerberechnung. Empfehlenswert ist auf jeden Fall eine Reiserücktrittversicherung. Bitte überprüfen Sie, ob Sie eine Auslandskrankenversicherung haben, da diese in Russland vorgeschrieben ist. Gegebenenfalls gleich mit buchen. Über eine rege Teilnahme würden wir uns freuen, Das detaillierte Programm können Sie bei Brigitte Stramm, Telefon (04853) 562, E-Mail: brigitte.stramm@t-online.de, anfordern. Außerdem ist die Reise ausführlich im Internet beschrieben: www.labiau.de



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Heimatbrief Nr. 116

Der Lötzener Heimatbrief Nr. 116/Nov. 2014 wurde vom 18. November 2014 an ausgeliefert. Doch haben – wie sich in den Wochen danach herausstellte – nicht alle Heimatbriefe ihre Empfänger erreicht. Ungeachtet richtig und vollständig angegebener Adresse haben sich Heimatbriefe „in Luft aufgelöst", und dieses Phänomen betrifft vor allem Orte in Mittel- und Westdeutschland. Wer seinen Heimatbrief vermisst, melde das bitte in der Geschäftsstelle. Noch können Ersatzexemplare zugeschickt werden. Es ist niemand aus der Liste der Bezieher des Lötzener Heimatbriefes herausgenommen worden – es sei denn, auf eigenen Wunsch oder durch Todesfall. Sehr willkommen sind die Adressen von neuen Beziehern des Lötzener Heimatbriefs. Auch ein Bezug „auf Probe" (drei Exemplare) ist möglich.

Spannende Termine im Heimatmuseum

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster (seit 1954), Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung), lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis einschließlich November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag" statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 15.30 Uhr. Die Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – um 15.30 Uhr (Achtung: neue Anfangszeit!).

Der Eintritt ist frei. Der Besuch von Heimatmuseum und Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler möglich. Hier das Veranstaltungsprogramm:

Sonnabend, 21. März: Eröffnung der Kunstausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen" (bis 18. Juli) in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Um 15.30 Uhr Begrüßung, Einführungsvortrag, danach zwei Kurzfilme des litauischen Regisseurs und Filmemachers Arvydas Barysas: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus" und anschließend „Künstlerkolonie Nidden".

Sonnabend, 18. April: Mit Theodor Storm durch „Die graue Stadt am Meer". Vortrag über den Dichter und seine Geburtsstadt Husum (mit Bildern) von Karl-Heinz Requard, Weddingstedt.

Sonnabend, 16. Mai: Über „Schätze europäischer Bernsteinkunst" (mit Bildern) spricht Dr. Jörn Barfod. Er ist Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Sonnabend, 20. Juni: „Die Kurische Nehrung im Spiegel von Reiseführern und literarischen Texten" – eine besondere Landschaft vorgestellt von Ute Eichler.

Sonnabend, 18. Juli: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren" – ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10 bis 16 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Letzter Tag der Ausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen"!

Sonnabend, 25. Juli: Ausstellungseröffnung „Lieselotte Plangger-Popp – Aus dem graphischen Werk einer ostpreußischen Künstlerin" (bis 21. November), in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Um 15.30 Uhr: Begrüßung, dann Einführungsvortrag.

Sonnabend, 15. August: „Deutsch(e) in Polen – über deutsche Sprache und Deutschunterricht in Polen", Ewa Galka, M.A., aus Ostroleka, Polen.

Sonnabend, 19. September: „Ein ganz besonderes Ehepaar – Edith und Walter von Sanden-Guja" – vorgestellt von Dieter und Ute Eichler.

Sonnabend, 17. Oktober: Jubiläum „60 Jahre Lötzener Heimatsammlung in der Patenstadt Neumünster" – Festvortrag von Ute Eichler.

Sonnabend, 21. November: „Märchen aus Pommern, Ostpreußen und Schlesien", erzählt von Angelika Rischer, Hamburg.

Fragen, Hinweise und Anliegen aller Art bitte an: Kreisgemeinschaft Lötzen, Geschäftsstelle, z. H. Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Frühjahrstreffen

Unser Frühjahrstreffen der mittleren Generation findet vom 28. bis 29. März im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Beginn ist am Samstag ab 14 Uhr: Die Programmpunkte:

– Begrüßung
– Vortrag von Dr. Manuel Ruoff: „5. Besatzungsmacht im Emsland von 1945–1948"
– Kaffeepause
– Besprechung und Beschluss neuer Frühjahrstreffpunkt
– Herbsttreffen 2016
– Lyckreise 2015
– Herbstfahrt Ellingen vom 23. Oktober bis 25. Oktober 2015.

Ab 18 Uhr: Abendessen mit anschließendem gemütlichem Beisammensein. Der Sonntag beginnt um 8 Uhr mit einem gemeinsamen Frühstück. Dann folgen:

– 9 Uhr: Zeitzeuge Heinz Bartschies berichtet von seinem früherem Leben in Lyck
– Kaffeepause
– Verschiedenes und Verabschiedung
– 12 Uhr: Mittagessen.

Das Ostheim schließt Ende 2015, dies wird also unser letztes Treffen hier sein. Die Fahrkosten werden von der Kreisgemeinschaft bezahlt. Die Übernachtung und Verpflegung muss jeder selbst bezahlen. Der Preis beinhaltet Vollpension. Er beträgt 47 Euro pro Person im Doppelzimmer und 53 Euro im Einzelzimmer. Außerdem sind alle Gäste kurtaxenpflichtig.

Die Kurtaxe beträgt pro Person und Tag 3 Euro, mitreisende Ehepartner zahlen 2,30 Euro. Bei nachgewiesener Behinderung ab 50 Prozent (Schwerbehindertenausweis) beträgt die Kurtaxe 2,80 Euro. Sie ist bar vor Ort zu entrichten. Bitte meldet Euch bis zum 28. Februar bei Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, E-Mail: heidi-mader@gmx.de, Telefon (0421) 67329026. Ich freue mich auf eine schöne Zeit mit euch in Bad Pyrmont. An dieser Veranstaltung kann jeder Interessierte teilnehmen!

Bärbel Wiesensee

Reise nach Lyck

Vom 11. bis 18. Juni findet die Fahrt der mittleren Generation nach Lyck statt. Jeder kann teilnehmen. Wir treffen uns in Warschau am Hotel Novotel Warszawa Airport, von dort starten wir gemeinsam mit dem Bus nach Lyck und werden im Hotel Rydzewski wohnen. Geplante Aktivitäten sind:

– Stadtrundgang in Lyck
– Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm
– Kleinbahnfahrt mit Picknick
– Fahrt nach Nikolaiken
– Schiffsfahrt
– Besichtigung des historischen Museums
– Fahrt durch den Kreis Lyck mit Bunelka
– Besuch des Soldatenfriedhofs in Bartossen
– Bootsfahrt auf dem Lyck-See.

Die Unkosten für Übernachtung und alle aufgeführten Aktivitäten betragen etwa 450 Euro pro Person. Der Einzelzimmerzuschlag liegt bei 70 Euro (die Anreise bis Warschau und die Rückreise ab Warschau sind nicht im Preis inbegriffen). Anmeldefrist: 15. Februar. Nähere Informationen auch auf www.kreis-lyck.de unter Mittlere Generation. Ansprechpartner per Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon: (0421) 67329026. Auf eine interessante Fahrt freue ich mich und hoffe auf rege Beteiligung. Heidi Mader. Sprecherin der Mittleren Generation



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Realgymnasium und Oberschule

Das nächste SRT-Schultreffen wird im Mai wieder im Altstadthotel, Dortusstrasse 9–10, 14467 Potsdam stattfinden. Telefon (0331) 284990, Fax: (0331) 284 9930 E-Mail Altstadthotel@tnp-online.de. Anmeldungen bitte bis zum 30. Januar unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2015" erfolgen. Die Übernachtungspreise haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Das Treffen beginnt am Sonnabend, 16. Mai, um 15.30 Uhr mit der Kaffeetafel. Für die nächsten Tage sind Dampferausflug, Busrundfahrt und Besichtigung des Neuen Palais Sanssouci vorgesehen. Abreisetag ist Dienstag, 19. Mai. Auf ein Wiedersehen freut sich Gerhard Pfiel, stellvertretender Schulsprecher.

Heimatbrief nicht bekommen?

Der Heimatbrief „Land an der Memel-Tilsiter Rundbrief" Nr. 95/Weihnachten 2014 wurde im Dezember 2014 ausgeliefert. Doch haben – wie sich herausgestellt hat – nicht alle Heimatbriefe ihre Empfänger erreicht, obwohl niemand aus der Liste der Bezieher herausgenommen wurde – es sei denn, auf eigenen Wunsch oder durch Todesfall. Wer seinen Heimatbrief vermisst, kann ein Ersatzexemplar anfordern bei Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastr. 13, 01099 Dresden.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Unsere Reisen in die Heimat finden nach wie vor großen Anklang bei begeisterten Mitreisenden. Die Kreisgemeinschaft bietet auch in diesem Jahr wieder zwei Reisen in modernen Fernreisebussen – kombiniert mit Schiffsreisen – nach Ostpreußen an.

Zehn Tage im Juli

Unter der Leitung von Heiner J. Coenen, Maarstraße 15, 52511 Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087, führt die zehntägige Reise

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

vom 16. bis 25. Juli nach Tilsit, Memel, Nidden, Königsberg und Danzig. Dies ist das Programm:

1. Tag: Um etwa 7.30 Uhr startet die Busabreise ab Mönchengladbach-Rheydt über Dortmund, Osnabrück, Hamburg und Kiel bis zur Einschiffung auf das Schiff nach Memel. Übernachtung in der gebuchten Kabinenkategorie.

2. Tag: Ankunft in Memel (Klaipeda) um zirca 18 Uhr. Anschließend Abendessen und Übernachtung im Memeler Hotel.

3. Tag Memel: Die älteste Stadt Ostpreußens hat sich zu einer großen Hafenstadt mit etwa 210 000 Einwohnern entwickelt. Für die Litauer ist der Ort das „Fenster zum Westen“. Die schön restaurierte Altstadt bietet viele Sehenswürdigkeiten. Der Simon-Dach-Brunnen, mit der Statue der „Ännchen von Tharau“ auf dem Theaterplatz ist das Wahrzeichen der Stadt. Die gesamte Altstadt steht seit 1969 unter Denkmalschutz. In der Neustadt sieht man das alte Rathaus im Renaissancestil, in deren Giebel man das Stadtwappen findet. Nach einer ausgiebigen Stadtführung geht die Reise nach Tilsit [Sowjetsk] weiter. Abendessen und Übernachtung im Kronus-Hotel Rossija.

4. Tag Tilsit: An diesem Tag haben Sie die Gelegenheit, Ihre Heimatdörfer zu besuchen. Taxen können (auf eigene Kosten) vermittelt werden. Alternativ bieten wir eine ausgiebige Rundfahrt an. Nach der Stadtbesichtigung in Tilsit fahren Sie zum Breitensteiner Heimatmuseum, dann zum Gestüt Georgenburg und weiter nach Insterburg und Gumbinnen (Salzburger Kirche). Zum Abendessen sind Sie wieder in Tilsit.

5. Tag Tilsit: Rückfahrt bis Memel und weiter auf die Kurische Nehrung. In Schwarzort, das vor allem durch den Hexenberg bekannt geworden ist, machen wir einen Stopp an der hübsch gestalteten Promenade. Von hier aus ist es nicht weit bis zum Hexenberg, wo eine kurze Führung stattfindet. Der kleine Fischerort Nidden [Nida] ist der beliebteste Ferienort auf der Nehrung. Schon früher verbrachten Künstler und Schriftsteller wie Thomas Mann oder die Maler Corinth, Pechstein und Mollenhauer hier ihre Zeit. Die örtlichen Museen dokumentieren den Charakter der Künstlerkolonie. Heute besuchen Sie das Thomas-Mann-Haus. Danach Abendessen und Übernachtung im Niddener Hotel.

6. Tag Nidden: Dieser Tag steht zur freien Verfügung. Wir empfehlen einen ausgedehnten Spaziergang zur Ostsee zum Bernsteinsammeln.

7. Tag Nidden: Zunächst geht die Fahrt über den russischen Teil der landschaftlich außergewöhnlichen Kurischen Nehrung bis nach Rossitten, der weltbekannten Vogelwarte. Anschließend fahren Sie weiter in die Metropole Königsberg [Kaliningrad]. Unser Stadtführer zeigt Ihnen die Sehenswürdigkeiten, wie das Neue Schauspielhaus, die Luisenkirche, die Börse, die verschiedenen Stadttore und den Nordbahnhof. Sie sehen auch die Kantinsel mit der Gedenkstätte Immanuel Kants und den Dom. Natürlich darf auch eine Dombesichtigung nicht fehlen, bei der Sie in das Hauptschiff der Kirche kommen. Abendessen und Übernachtung im Königsberger Hotel.

8. Tag Königsberg: Sie verlassen Königsberg, etwas später auch das russische Gebiet und steuern zunächst Frauenburg an. Der kleine Ort am Frischen Haff wird dominiert vom imposanten Domberg, in dem der berühmte Astronom Nikolaus Kopernikus begraben liegt. Am frühen Nachmittag erreichen Sie eine der schönsten Städte Polens, Danzig [Gdansk]. In der alten Hansestadt befindet sich ein großartiges Ensemble von kunstvollen Baudenkmälern. Nach dem Rundgang in dieser faszinierenden Stadt beziehen Sie Ihr zentral gelegenes Hotel.

9. Tag Danzig: Eine Besonderheit ist der Komplex Oliva mit der weltberühmten Orgel in der Klosterkathedrale. Nach ihrer Besichtigung und einer Orgelvorführung geht die Reise weiter bis nach Stettin [Szczecin]. Hier finden das Abendessen und die letzte Übernachtung statt.

10. Tag Stettin: Von Stettin ist der Weg zu den Rückreise-Haltestellen in Deutschland nicht weit.

Anmeldungen: Ostreisen, Lagesche Straße 32, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 2882600.

Neun Tage im August

Unter der Leitung von Eva Lüders, Kührener Straße 1B, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335 führt die neuntägige Bus- und Schiffsreise vom 17. bis 25. August nach Tilsit-Ragnit und Nidden. Dies ist das Programm:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie zunächst einen geführten Spaziergang durch die sehr schön restaurierte Thorner Altstadt. Anschließend bleibt noch etwas Zeit für einen kleinen Bummel durch die schöne alte Hansestadt, bevor die Reise weitergeht zum polnisch-russischen Grenzübergang und vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im „Rossija“ beziehen.

3. Tag: Heute steht eine ganztägige Rundfahrt durch den Kreis Tilsit–Ragnit auf dem Programm. Die genaue Route wird je nach der Zusammensetzung der Gruppe festgelegt. In Ragnit unternehmen Sie eine Stadtführung mit Besuch der Ruine der früheren Ordensburg. In der Schule von Breitenstein wird das von Juri Userzow aufgebaute Heimatmuseum besucht. Weiter geht die Rundfahrt nach Schillen mit Stopp an der Kirchenruine. Anschließend werden wir im Haus „Schillen“ bei Alla Shukowa zu einem deftigen Mittagessen mit typisch russischen Gerichten erwartet. Zum Abschluss: Stadtführung in Tilsit, Danach Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Er bietet die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Hierfür steht unser bewährter Taxiservice zur Verfügung. Für alle, die den Taxitag nicht individuell nutzen möchten, besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem weiteren geführten Ausflug.

5. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und passieren auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen. Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Fahrt in das Memeldelta, wo in Kintai schon der Tisch zu einem leckeren Picknick gedeckt ist. Danach erwartet Sie am Anleger Ihr Kapitän zu einer Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

6. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Es besteht die Möglichkeit, mit einem Linienbus einen individuellen Ausflug nach Memel zu unternehmen. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

7. Tag: Dieser Tag steht Ihnen in Nidden zur freien Verfügung.

8. Tag: Nach dem Frühstück Fahrt über die Kurische Nehrung durch das benachbarte Schwarzort und mit der Fähre über das Memeler Tief nach Klaipeda, das einstige deutsche Memel. Hier unternehmen Sie einen Rundgang durch die Altstadt. Am Theaterplatz ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau eines der beliebtesten Fotomotive der Stadt. Anschließend Einschiffung auf das Fährschiff von Klaipeda nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord.

9. Tag: Am Vormittag genießen Sie die Zeit auf See, bevor Ihr Schiff gegen Mittag Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover.

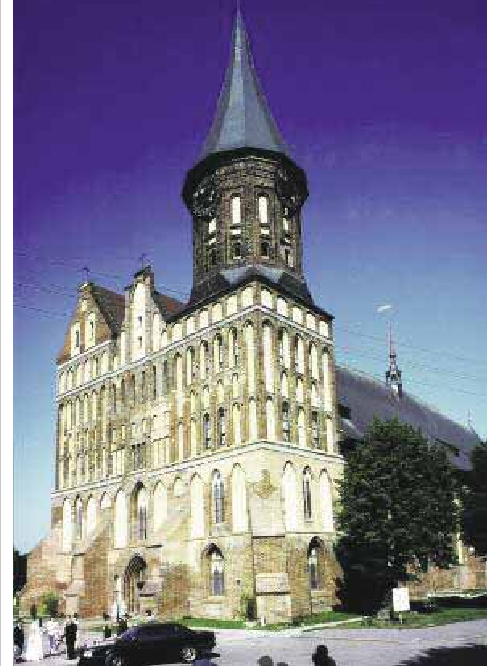
Anmeldungen: Partner-Reisen Grund-Touristik, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940.

Ostpreußen-Film

Am 5. und 12. Februar in Hamburg

Während einer Studienreise durch den Norden Ostpreußens begleitete Uwe Hiller den in Königsberg geborenen Hamburger Architekten und Kulturpreisträger der Landsmannschaft Christian Papendick mit der Kamera. So entstand ein zweiteiliger, aufwendig produzierter Film, der jetzt zum ersten Mal gezeigt wird.

Zu sehen sind beide Teile jeweils um 16 Uhr im Vortragssaal des Hanna-Reemtsma-Hauses in der Kriemhildstraße 15/17 in Hamburg-Rissen. Am 5. Februar befasst sich der erste Teil mit Königsberg, dem wiedererrichteten Dom und der Neugestaltung der Stadt. Weitere Schwerpunkte sind zum Beispiel Insterburg, Gumbinnen, Preußisch Eylau, Friedland und Gerdauen. Am 12. Februar stehen im zweiten Teil die schönen Landschaften unter anderem der Kurischen Nehrung und der Samland-Küste im Vordergrund. Aber auch der Zerfall historischer Denkmäler wird dokumentiert. Der Eintritt zu beiden Teilen ist frei. Interessenten melden sich bitte unter Telefon (040) 819580. Nach der Vorführung wird im Restaurant des Hanna-Reemtsma-Hauses Zeit für Gespräche und Fragen an Christian Papendick und Uwe Hiller sein. *CP*



Königsberger Dom: Westwerk mit Turm — Bild: Papendick

Schwedenrätsel

Lehrling (Kurzwort) · Urheber, Anstifter · Handlanger · Sitzmöbelstück · Nachbarschaft · wenden, sich zurückbewegen · Unwille, Verdrossenheit · nämlich · Getreideart · Turnkünstlerin · kleines Klappfenster · Europ. Fußballverband (Abk.) · Kreuzesinschrift · Stirnschmuck · scharfe Laute hervorbringen (Schlange) · bildender Künstler; Handwerker · Kostbarkeit, Juwel · Gartengerät, Rechen (norddt.) · Telefonat bei Gefahr · Gebäudeteil, Zimmer · unberührte Landschaft · Boxhieb (engl.) · Ausbesserung, Renovierung · Gefäßflöte · Weltmeer · Serie, Folge · vertraulich, im engsten Kreis · Geschenk, Almosen · Gesellschaftsreise in Afrika · feiner Spott · Hohlmaß · Metallbolzen · Ostgermane · Bratsche · ungebunden · Zimmerflucht im Hotel · fast, beinahe · Denkvermögen, Einsicht · eine der Nordfriesischen Inseln · Abkürzung: Siehe unten! · Einzelheit · Verkehrsmittel · schüchtern · Felsenklippe im Meer · bewahren, pflegen · Winderzeuger · Junges von Reh, Gämse, Ziege · Kontenabschluss · Kfz-Zeichen Fulda · annähernd, ungefähr · Schweinebauchfett · österr. Fluss zur Donau · Strafstoß beim Fußball (ugs.) · Verehrer, Bewunderer · Zitterpappel · vollendete Entwicklung · Schienenstrang · Dotter · im Umkreis einer Ansiedlung · scherzh.: wilder kleiner Junge · Stadtteil von Berlin · früherer äthiopischer Titel · Söller, balkonartiger Vorbau · Vorderasiat · türkische Großstadt · Staat in Mittelamerika · Hülle, Futteral · Schwur · kostbar; menschlich vornehm · Segelbefehl · weibliches Bühnenfach · asiatischer Tempelbau · Jahreszeit · zeitlos; immerzu · Vorsilbe: über, jenseits (lat.) · Dichtung, Dichtkunst · altindischer Gott · nicht außen · Name zweier franz. Autoren · Nähgerät · wickeln, drehend bewegen · Regel, Richtschnur · leichtsinniger Mensch (bayer.) · englisches Bier · Verhältniswort · Wort der Ablehnung · radioaktives Schwermetall · Kobold, Zwerg · Kfz-Zeichen Dortmund · Stifter des Islams · eintönig reden · holländischer Käse · deutscher Reichspräsident (Friedrich) · Gebetsschlusswort · Lachsfisch

PAZ15_05

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Puder, 2. Pflicht, 3. Stamm, 4. Hammer, 5. Strauss, 6. Angst, 7. Motor – Diamant

Magisch: 1. Monitor, 2. Fischer, 3. Gobelin

Schüttelrätsel

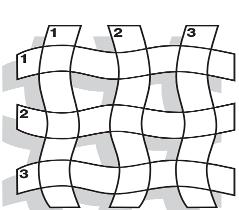
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AACGH HILNT	ADER		AACLS	ADHN		AAPRT	AART	DILO	EGNT
AADKR						ADE			
ABDN RT			ANNO RT						
						ALT			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein kostbarer Edelstein.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	KOERPER		ZUCKER
2	DIENST		GEFUEHL
3	BAUM		GERICHT
4	VORSCHLAG		WERFER
5	BLUMEN		WIRTSCHAFT
6	PLATZ		HASE
7	BENZIN		SAEGE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kontrollbildschirm
2 Fänger von Wassertieren
3 Wandteppich

»Das hat sie nicht verdient«

Der Streit um das Bad Nenndorfer Denkmal von Agnes Miegel, der »Mutter Ostpreußens«, hat ein trauriges Ende gefunden

Das amtliche Schreiben aus Bad Nenndorf habe sie sehr deprimiert, erzählt Dr. Marianne Kopp. Sie wolle als Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft doch die Schönheit des Werks der Dichterin bekannt machen und nicht zusehen müssen, wie ihr Andenken verleumdet werde. Der Brief von der Stadtverwaltung war in einem schroffen Beamtendeutsch gehalten. Man möge doch bitteschön das Denkmal bis zum 13. Februar 2015 aus dem Kurpark entfernen.

Nachdem der Bürgerentscheid am 11. Januar dieses Jahres für den Erhalt der etwa einen Meter großen Bronze-Statue im Kurpark gescheitert war, hatten es die Verantwortlichen im niedersächsischen Bad Nenndorf anscheinend sehr eilig, das in Ungnade gefallene Objekt loszuwerden.

Ihr Schreiben ist der vorläufige Schlusspunkt eines Vorgangs, der nicht nur die Anhänger von Agnes Miegel entsetzt. Profilierungssucht, Ignoranz und Scheinheiligkeit zerstören das Ansehen einer

Auch Reich-Ranicki schätzte ihre Gedichte

Dichterin, die es wie keine andere vermocht hat, ostpreußische Themen über den Bereich der Heimatliteratur hinaus in den Raum der großen deutschen Literatur zu stellen.

Aber von Anfang an: Nach der Flucht aus Königsberg im Februar 1945 mit einem der letzten Flüchtlingsschiffe findet Agnes Miegel einige Jahre später in Bad Nenndorf ihre Altersheimat (siehe auch *PAZ*-Ausgabe 43 von 2014, Seite 10). Eineinhalb Jahrzehnte lang ist sie hier als Künstlerin tätig und schafft unter anderem Altersgedichte, die zu den schönsten der deutschen Literatur gehören. Kritikerpapst Marcel Reich-Ranicki wird sie unter anderem dafür Jahre später in seinen Kanon der deutschen Literatur aufnehmen.

Aber auch zu Lebzeiten ist die „Mutter Ostpreußens“ eine hochverehrte Künstlerin. In ihrem Haus in Bad Nenndorf empfängt sie prominente Besucher und Verehrer, darunter im Juni 1961 auch Willy Brandt, damals Kanzlerkandidat der SPD und Regierender Bürgermeister von Berlin.



Agnes Miegel: Heimatdichterin und hochverehrte Literatin Bild: Archiv

Als Agnes Miegel am 26. Oktober 1964 im Alter von 85 Jahren stirbt, wird sie als Ehrenbürgerin der Gemeinde Bad Nenndorf auf dem dortigen Bergfriedhof bestattet. 1969 gründet sich dann die Agnes-Miegel-Gesellschaft. Von der Gemeinde kaufen ihre Mitglieder 1971 das Bad Nenndorfer Haus, in dem die Dichterin zur Miete gewohnt hatte. Sie setzen es instand und machen es wenige Jahre später der Öffentlichkeit als Gedenkstätte zugänglich. 1994, zum 30. Todestag von Agnes Miegel, wird dann die Bronze-Statue, gefertigt vom Essener Bildhauer Ernst Hackländer, im Kurpark eingeweiht. Der Unternehmer Willibald Völsing stiftete die Skulptur der Agnes-Miegel-Gesellschaft. Ausdrücklich auf Wunsch des damaligen Kurdirektors Hans-Joachim Schick wird sie nicht am Haus der Dichterin platziert. Stattdessen soll sie den Kurpark verschönern. „Was kann es Schöneres geben, als Agnes Miegel ... für ihr dichterisches Wirken in Bad Nenndorf besondere Anerkennung entgegenzubringen“, erklärt noch im Jahre 2004 Hartmut Manthey, ebenfalls ein ehemaliger Kurdirektor des Ortes.

2013 folgt dann die abrupte Kehrtwende: Ein Ratsbeschluss legt fest, dass die Skulptur entfernt werden muss. Agnes Miegel wird ihre Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen. Unter anderem habe sie ein verherrlichendes Gedicht auf Adolf Hitler geschrieben. Nach 1945 habe sie sich niemals vom Nationalsozialismus distanziert.

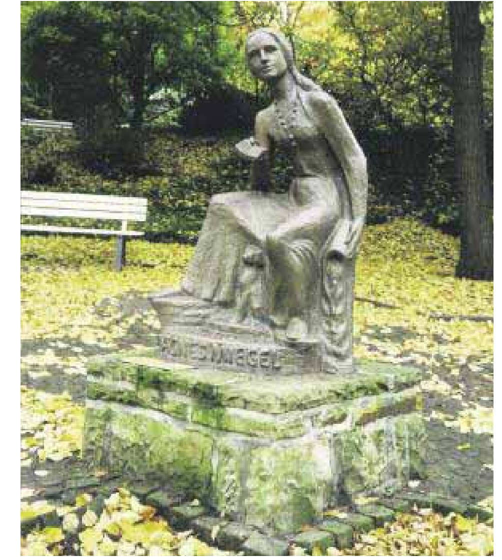
Kompletter Unfug, sagen Miegel-Experten. „Agnes Miegel war nie ein politisch denkender Mensch und durchschaute nicht, wie das NS-Regime sie für seine Ziele und Zwecke instrumentalisiert“, erklärt zum Beispiel Marianne Kopp. „So erlag sie, wie unzählige andere, dem Banne Hitlers und seiner Propaganda und trat der NSDAP bei – zumal Hitler sich in dem seit dem Versailler Vertrag vom übrigen Reich abgetrennten Ostpreußen als ein Retter darstellte.“

Die Vorwürfe sind kompletter Unfug

Erst nach dem Ende der Hitler-Ära hörte Agnes Miegel von dem Unrecht, den Gewalttaten, den Konzentrationslagern und litt schwer darunter. Im Gegensatz zu anderen gab sie aber zu, an Hitler geglaubt zu haben. Mit Gott allein wollte die gläubige, tiefreligiöse Christin dies ausmachen. Ihr Entnazifizierungsurteil im Jahre 1949 lautete ausdrücklich „entlastet“. Wörtlich heißt es dort: „Sowohl Motive wie Handlungen haben niemals NS-Geist verraten.“

Auch viele Bad Nenndorfer Bürger wollen nichts auf „ihre“ Agnes Miegel kommen lassen. Eine derartige Behandlung habe sie einfach nicht verdient, lautet ihre Meinung. So wird nach dem Ratsbeschluss von 2013 ein Bürgerentscheid für den 11. Januar 2015 angesetzt. Es gehört zur Tragik der Geschichte, dass er knapp scheitert. 77 Prozent der Wähler stimmten für den Verbleib des Denkmals, 23 Prozent dagegen. Allerdings hätten mindestens 25 Prozent der 9000 Stimmberechtigten an der Wahl teilnehmen müssen. Es sind knapp 21 Prozent.

Eiligst verfassen die Bad Nenndorfer Verantwortlichen ihr „Rauswurf-Schreiben“. Marianne Kopp erklärt, dass die Skulptur nun einen Platz im Garten des Agnes-Miegel-Hauses finden soll. Wer sie dort besucht, wird dann sicherlich auch die Inschrift zu Füßen der Plastik lesen. Es ist eine Miegel-Zeile von 1950 und das genaue Gegenteil jedweden nationalsozialistischen Gedankenguts. „Nichts als den Hass zu hassen“ steht dort. *Frank Horns*



Die Bronze-Skulptur: Seit 1994 steht sie im Kurpark Bild: Archiv



Besuch eines Fans: 1961 kam Willy Brandt Bild: Archiv

Zu Besuch bei Mönchen

Kontemplative Reise zu den Moldauklöstern der Bukowina – Die spirituellen Orte gehören zum Unesco-Welterbe in Rumänien

Mit einer atemberaubenden Natur, alten Städtchen und schmukken Klöstern winkt eine Fülle an Sehenswürdigkeiten. Land und Leute bieten dem Urlauber die Chance, als Gast zu kommen und als Freund zu gehen.

Die Industriestadt Arad, etwa 20 Kilometer von der ungarischen Grenze gelegen, gehört freilich nicht gerade zu den schönsten Gegenden Rumäniens. Doch von diesem Verkehrsknotenpunkt aus gelangt man mitten in das Herz des Landes: in den Karpatenbogen. Die Strecke zieht sich.

Die Straßen werden schmaler, die Schlaglöcher zahlreicher und die Bahnübergänge halsbrecherischer: Das ist Transsylvanien – durch nächtliche Wälder, in denen die Nebel stehen, kurvt der Reisende seines Weges. Dafür ist die Beschilderung gut. Und die Landschaften, auf die man in Rumänien trifft, sind unglaublich vielfältig. Bergregionen mit Almen und Klettermöglichkeiten, Skigebiete, hügeliges Waldland, flache Regionen und urbane Metropolen wechseln sich mit relativ unberührten Urwäldern ab.

Die Schwarzmeerküste wiederum ist vom Strandtourismus geprägt, das Donaudelta schließlich gehört zu Europas ganz großen Naturerlebnissen und bietet eine bemerkenswerte Landschaft aus Donauauen, Urwäldern und einer artenreichen Tierwelt.

Nicht nur wegen der regionalen Unterschiede, vor allem wegen der etwas schwierigen Straßensituation in Rumänien empfiehlt es sich, das Reiseziel schon zuhause genau zu planen – wenn man es nicht auf den Zufall ankommen lassen will, der natürlich ebenfalls attraktive Ferien bereithält.

Das Reisen in Rumänien hat ein bisschen mit Lebenskunst zu tun. Wirkliche Schwierigkeiten treten dabei nicht auf. Wer ein paar Dinge beherzigt, kann das ganze Land bereisen, viele Eindrücke sammeln und sich hinterher an eine erlebnisreiche Tour erinnern. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass man überall ohne weiteres ein gutes Quartier bekommt, sowohl privat als auch in einer Pension oder in einem der Hotels. Vom offiziell nicht erlaubten „wilden Campen“ wird zwar allgemein abgeraten, doch ist es unter jungen Leuten noch immer sehr verbreitet und macht normalerweise keine Schwierigkeiten.

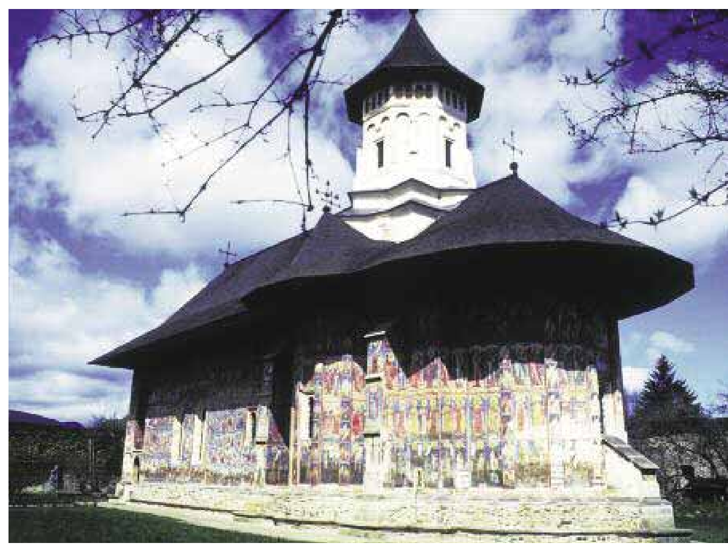
„Auf meiner letzten Reise haben wir ausschließlich wild in Dörfern übernachtet“, berichtet Klaus Tschuller, langjähriger Rumänienreisender. „Weil ich fast täglich einige Zeit mit dem Motorrad das Umland meines Gastplatzes erkundet habe, war es mir doch angenehm, dass das Fahrzeug, auf dem einiges Gepäck angebracht war, sicher stand.“ Denn soziale Kontrolle funktioniert in den kleinen Dorfgemeinschaften Rumäniens noch wesentlich besser als bei uns.

> Man kommt als Gast und geht als Freund

Tschullers Trick: Er lagert stets in unmittelbarer Nachbarschaft eines bewohnten Hauses. „In den Dörfern hatte ich ausnahmslos einen herzlichen Kontakt mit den Menschen und hatte auch den Eindruck, dass diese mein Auto gegen jeden Angriff verteidigt hätten. Dabei konnte keiner von ihnen wissen, dass ich vor meiner Abreise am nächsten Tag noch ein paar Mitbringsel verteilen würde.“ Die Rumänen selbst zelten fast an jedem schönen Flussufer, und sie achten auch gern auf Zelt und Gepäck anderer Reisender.

Wer nicht nur in das Land reist, sondern auch zu den Menschen, der kann in Rumänien nahezu ständig neue Bekanntschaften knüpfen. Im ganzen Land ist beispielsweise das Anhalterfahren weitverbreitet und völlig alltäglich. Immer jedoch ist es wichtig, freundlich auf die Menschen zuzugehen. Die rumänische Gastlichkeit ist großzügig und stolz; für Besucher wird der Tisch reich gedeckt, selbst wenn am nächsten Tag nichts mehr im Haus ist. Der Reisende soll das nicht ausnutzen, aber er muss gleichwohl darauf achten, dass er diese Gastfreundschaft nicht verletzt. Denn für die Menschen in Rumänien wurde das Leben in den letzten Jahren immer teurer: Die Lebensmittelpreise steigen an; Nebenkosten wie Strom, Wasser, Gas und Telefon werden von Quartal zu Quartal höher. Viele hoffen, dass sich das mit dem neuen Staatsoberhaupt, dem Siebenbürgener Klaus Johannis, ändern wird.

Die große Domäne des Besuchers ist das Gastgeschenk. Schon mit Kleinigkeiten kann man den Menschen große Freude bereiten, vor allem natürlich den Kindern.



Aufgemalte Bibel: Außenmalereien der Klosterkirche von Moldovita — Bild: pa

Statt für alles zu bezahlen, wie man es im Westen gewohnt ist, erwidert man die Gastfreundschaft besser mit einer kleinen Aufmerksamkeit. „Freundlichkeit und Gastfreundschaft soll man nicht verwechseln“, erklärt der Rumänienkenner Wilhelm Scherz, „aber es gibt auch Mischformen beider, insbesondere dann, wenn man als Reisender um etwas bittet oder etwa in Not geraten ist. Hier kann auch Geld eine Möglichkeit sein, sich zu revanchieren. Selbst jemand mit wenig Menschenkenntnis kann aus einer Situation heraus ermessen, was angebracht ist und was nicht.“

Besonders interessant ist es, eines oder mehrere der berühmten Moldauklöster in die Reiseroute einzubeziehen. Auf diese Weise kann man überwältigende Kultureindrücke mit einer sehr günstigen Quartiermöglichkeit verbinden, denn traditionell gewähren diese Klöster Reisenden auch Unterkunft. Und man kann dort interessante kunsthandwerkliche Gegenstände kaufen, zum Beispiel kleine gewebte Teppiche.

Unter dem Namen Moldauklöster ist eine Gruppe rumänisch-orthodoxer Klöster im südlichen Buchenland (Bukowina) zu verstehen, deren Bau im 15. und 16. Jahrhundert im damaligen Fürstentum Moldau von Stefan dem Großen in Auftrag gegeben wurde. Einer Legende zufolge ließ Stefan der Große für jede gewonnene Schlacht ein Kloster bauen – insgesamt waren es dann mehr als 40. Gleichzeitig erreichte das Fürstentum seine größte Ausdehnung bis über die Walachei, aber auch bis in die Ukraine.

Von den sieben Unesco-Welterbestätten Rumäniens sind acht Moldauklöster zu einem Weltkulturerbe zusammengefasst. Es handelt sich dabei um die Klosterkirchen von Arbore, Humor (nördlich der Stadt Gura Humor), Moldovita, Patrauti, Probota, Suceava, Sucevita und Vorone.

Die Klöster liegen in einer eindrucksvollen Naturumgebung und zeigen das verinnerlichte, der Welt abgewandte Leben der Mönche und Nonnen. Diese Klosterkultur ist in ihrer Lebendigkeit einzigartig. Dazu kommen kunstgeschichtliche Schätze, denn einige der Klöster sind an den Außenmauern mit detailreichen Wandmalereien geschmückt. Ihre Funktion war ursprünglich, den einfachen Leuten, die weder schreiben noch lesen konnten, biblische Geschichten nahezubringen. Parallelen zur byzantinischen Ikonenmalerei sind unverkennbar. Die schönsten Außenmalereien gibt es in Sucevita, Moldovita, Arbore und Voronet. Das schlichtere Kloster Putna, in dem Stefan der Große begraben liegt und das einst wichtiges geistliches Zentrum war, ist ebenfalls einen Besuch wert. *Alexander Glück*

Folter über den Wolken

Afrikas Fluglinien haben keinen guten Ruf – Nicht ganz zu Unrecht

Fliegen kann in Afrika eine durchaus heikle Angelegenheit darstellen. Dies liegt in erster Linie an der mangelnden Sicherheit. Obwohl über dem Schwarzen Kontinent nur drei Prozent der weltweiten Flugbewegungen stattfinden, ereignen sich hier 20 Prozent aller tödlichen Unfälle mit Luftfahrzeugen. Oder anders ausgedrückt: Die Wahrscheinlichkeit, mit dem Flugzeug abzustürzen, liegt in Afrika sechsmal höher als anderswo auf der Welt – im Durchschnitt endet jeder 100 000. Flug mit einer Katastrophe.

Verantwortlich hierfür sind mangelnde Kontrollen durch die Behörden und der laxe Umgang mit den Vorschriften. Dazu kommen die unzureichende Infrastruktur, vor allem im Bereich der Radarüberwachung, sowie überalterte und schlecht gewartete Maschinen. Letztere sind das Ergebnis der knappen Finanzausstattung vieler afrikanischer Staaten, die aber dennoch aus Gründen des nationalen Ehrgeizes eigene Fluggesellschaften betreiben wollen.

Die Europäische Union hat auf diese Situation mit einer „Schwarzen Liste“ von Fluglinien reagiert, denen der Flugbetrieb über Europa untersagt ist. Selbige Aufstellung wird laufend aktualisiert und nennt derzeit mehr als 300 Unternehmen, von denen 151 in Afrika beheimatet sind. Als besonders unsicher gelten dabei die Fluglinien von Äquatorial-Guinea, Angola, Benin, Gabun, Kongo, Mosambik, Sierra Leone und dem Sudan, wobei die Demokratische Republik Kongo als Spitzenreiter fungiert. Sage und schreibe 50 Airlines aus diesem Land stehen auf der Verbotsliste!

Allerdings gibt es durchaus auch international konkurrenzfähige und sichere Luftfahrtgesellschaften in Afrika wie South African Airways, Kenya Airways und Ethiopian Airlines. Aber selbst in den Fällen, in denen es bisher weder zu einem Absturz noch zu anderen fatalen Havarien kam, muss das Fliegen mit afrikanischen Linien kein Vergnügen sein. Dies zeigt sich unter anderem am Beispiel von Air Namibia.

Einerseits erhielt das Unternehmen zwischen 2004 und 2013 acht Mal den Feather Award der Airports Company South Africa und darf sich daher stolz „Beste regionale Fluggesellschaft“ im Süden Afrikas nennen. Andererseits ist Air Namibia ein Staatsunternehmen ohne inländische Konkurrenz, was man der Mentalität des Personals überdeutlich anmerkt. So berichten die Fluggäste in den Bewertungsportalen im Internet immer wieder von unglaublichen Service- und Sicherheitsmängeln, weshalb das Fazit oftmals lautet: „Niemals wieder“, „Ultraschlecht“, „Katastrophe“, „Das erste und letzte Mal“, „Grausam“, „Nie schlechter geflogen“, „Grenzt an Folter“, „Mischung aus Freiheitsberaubung und Körperverletzung“ oder schlicht und einfach „Zum Kotzen“.

Darüber hinaus kommt es permanent zu finanziellen Engpässen, welche unter anderem dazu führen, dass die Versorgungsfirmen die Kerosinbelieferung wegen unbezahlter Rechnungen unterbrechen. Damit läuft Air Namibia Gefahr, das gleiche Schicksal zu erleiden wie die nationalen Airlines von Kamerun und Senegal, denen aufgrund ihrer Schulden schon Flugzeuge von der Piste weg gepfändet wurden.

Ein weiteres Beispiel unternehmerischer Unfähigkeit gab die Führungsspitze von Air Namibia im Sommer 2014: Plötzlich stand die Gesellschaft kurz vor dem Erlöschen der Fluglizenz, weil man es versäumt hatte, deren turnusmäßige Verlängerung zu beantragen. Gleichzeitig mussten die Airbusse der Vorzeigelinie Frankfurt/Main–Windhuk wegen fehlender Löschfahrzeuge auf dem namibischen Hauptstadt-Flughafen im Nachbarstaat Botswana landen. *Wolfgang Kaufmann*





Sicher gelandet: Bei afrikanischen Fluglinien ist das nicht immer die Regel — Bild: action press

Auf zu den Elchen

100 Jahre Rocky-Mountain-Nationalpark

Neben Yellowstone und Grand Canyon gilt der Rocky-Mountain-Nationalpark als eine der schönsten Naturschutzgebiete der USA. Vor 100 Jahren, am 26. Januar 1915, unterzeichnete Präsident Woodrow Wilson ein Gesetz, dass das Gebiet nordwestlich der Stadt Boulder in Colorado zum Nationalpark auswies.

Der mehr als 1000 Quadratkilometer große Nationalpark schützt die spektakuläre Bergregion der „Rockies“, in der schneebedeckte Gipfel von tiefblauem Himmel umrahmt werden. Dazu gehören über 100 Berge mit einer Höhe von mehr als 3000 Metern. Der Gipfel des majestätischen Longs Peak ist sogar 4345 Meter hoch.

Ein Großteil des Nationalparks zählt zur alpinen Tundra, eine Landschaft oberhalb der Baumgrenze, wo der Mensch auf unberührte Natur trifft. Der Park lockt mit großartigen Möglichkeiten für die Beobachtung von Wildtieren wie Elchen, Hirschen und Dickhornschafen. Zu entdecken sich auch malerische Gebirgsseen, von denen manche fast das ganze Jahr über gefroren sind, imposante Wasserfälle und die Quelle des berühmten Colorado River, der als kleiner Bergbach beginnt, ehe er sich später durch den Grand Canyon schneidet.

Auf den Panoramastraßen können Parkbesucher das Naturspektakel vom Auto aus erleben. Höhepunkt ist eine Fahrt auf der Trail Ridge Road, die als höchste Passstraße der USA gilt und von Ende Mai bis Oktober geöffnet ist. Die 77 Kilometer lange Hochgebirgsstraße, welche die kontinentale Wasserscheide überquert, schlängelt sich entlang eines Bergkamms bis auf eine Höhe von rund 3700 Metern an Gletschermoränen vorbei.

Wer gerne in der Natur unterwegs ist, kann den Park auf einem mehr als 560 Kilometer umfassenden Wegenetz zu Fuß, zu Pferde, per Mountainbike oder im Winter auch auf Langlaufski erkunden. Von Spaziergängen bis hin zu mehrtägigen Wanderungen, Bergtouren und Kletterabenteuern gibt es viele Möglichkeiten, die Natur hautnah zu erleben, wie zum Beispiel auf dem beliebten Ute-Trail. Einst wurde der Pfad vom Stamm der Ute- und Arapaho-Indianer auf dem Weg zu ihren Jagdgründen benutzt.

Um mehr über das sensible Ökosystem des Parks zu erfahren, sollte man an einer der von Rangern geführten Touren teilnehmen. Der Nationalpark ist ganzjährig geöffnet. Der Haupteingang liegt etwa 120 Kilometer nordöstlich von Colorados Hauptstadt Denver bei Estes Park. Der Eintritt kostet 20 Dollar pro Pkw inklusive aller Insassen und gilt für sieben aufeinander folgende Tage. Für Einzelpersonen, die zu Fuß, per Fahrrad oder Motorrad in den Park kommen, beträgt die Gebühr zehn Dollar. *H. Tews*

www.rockymountainnationalpark.com/100-year-anniversary-rmnp

Mathe für Mörder

Ein Gefängnis-Lehrer erzählt

Eines vorweg: Abzüglich so mancher Betroffenheitsphrasen ist „Lebenslänglich Knastlehrer“ von Klaus Vogel ein faszinierendes Buch. Es bietet dem Leser kaum glaubliche Einblicke in den Dschungel deutscher Jugendstrafanstalten.

Der Autor ist seit 30 Jahren „Lehrer aus Passion“, wie er sich beschreibt. Seit 20 Jahren unterrichtet er hinter Gittern. Seit 1999 ist er Schulleiter in der Jugendstrafanstalt Berlin-Plötzensee. Zwölf Kollegen gehören zu seinem Team. 300 junge Männer sitzen dort ein. Vogel unterrichtet die 14- bis 24-Jährigen in Mathematik und Deutsch. Zusätzlich ist er Vorsitzender der Berufsorganisation von insgesamt 440 Lehrern im Strafvollzug. „Er organisiert regelmäßig nationale Fachtagungen und war an diversen Kooperationen länderübergreifender vollzugspädagogischer Projekte beteiligt“, heißt es in den Verlagsangaben zum Buch. Der 61-jährige Vogel, der mit seiner Familie in Berlin lebt, weiß also wie kaum ein zweiter, wovon er spricht, wenn er beschreibt, wie es ist, Dealer, Einbrecher und manchmal auch Mörder zu unterrichten.

Im Buch erzählt er von Robert und Georg. Beide waren gerade 17 Jahre alt, als sie seinen Schulraum betraten. „Sie kamen als Untersuchungsgefangene, und sie gingen als verurteilte Vergewaltiger und Mörder. Gemeinsam hatten sie eine Mitschülerin zum Sex gezwungen, sie anschließend aus Panik vor Konsequenzen erwürgt und die Leiche in einem Müllcontainer entsorgt, weil ihnen keine bessere Lösung einfiel. Man nannte sie die Container-Mörder – für mich waren sie Schüler, mit denen ich gut arbeiten konnte. Nicht weil ich sie mochte, sondern weil sie sich auf den Unterricht einließen, weil sie etwas lernen wollten.“

So ist es längst nicht immer: Knastlehrer Vogel kämpft gegen funktionales Analphabetentum („75 Prozent unserer inhaftierten Jugendlichen haben keinen Schulabschluss“), amtliche Missachtung („unser ständiger Kampf gegen die Selbstabschaffung“) und gegen falsch verstandene Milde. „Ein Drittel der Inhaftierten wird vorzeitig entlassen“, erklärt er. Wenn sie sich dabei mitten in der Ausbildung befinden, werden alle Bildungsbemühungen sabotiert.

Die Containermörder waren gute Schüler

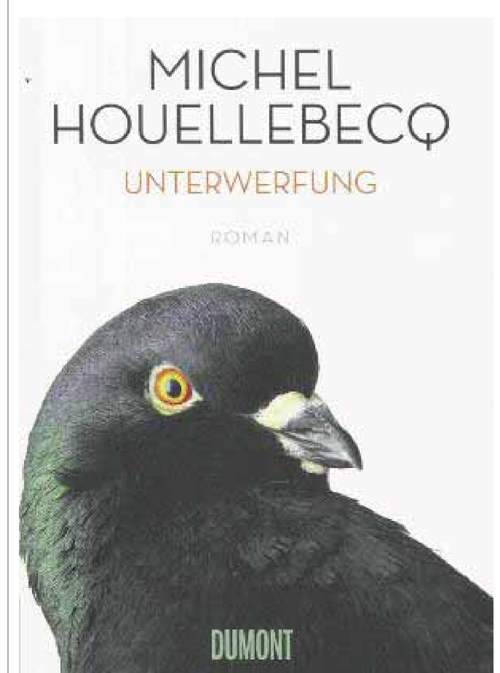
Vogel und seine Kollegen stehen Problemen gegenüber, die sonst kaum jemand auszusprechen wagt. Bis 1989 lag ihre „Klientel“ bei „zwei Dritteln Deutsche und zu einem Drittel Nichtdeutsche. Heute ist es umgekehrt“. Die Probleme verschärfen sich durch administrativen Selbstbetrug: „In Haft kommen nur noch diejenigen an, bei denen keine Haftvermeidung mehr möglich ist. Also schwerste Straftäter, Intensivtäter, ... gravierend dissozial auffällige Jugendliche“. Etwa 60 Prozent werden nach ihrer Entlassung wieder rückfällig.

Das Buch ist voller erschreckender Befunde, etwa zum „Erbe“ der DDR: „Wir mussten die kriminellen Strafgefangenen ... aufnehmen. Alle – und damit meine ich wirklich alle – verbliebenen, nicht politischen Inhaftierten ... kamen zu uns in den Westen.“ Nach Mauerfall, Sturz des Kommunismus, ex-jugoslawischem Bürgerkrieg, arabischem „Frühling“ stießen weitere Tätergruppen hinzu: Muslimische „Schwerkriminelle“, „bildungsferne“ Asiaten, bildungseifrige und vorgebildete Russen, die dennoch gefährlich sind: „Zwei Russen in einer Unterrichtsgruppe sind schon eine kleine Mafia.“ Am Ende ruft Vogel Jugendrichtern, Sozialarbeitern zu: „Wacht doch auf.“ *Wolf Oschlies*

***Klaus Vogel: „Lebenslänglich Knastlehrer. Meine Erfahrungen aus 20 Jahren Jugendgefängnis“**, Rivaverlag München 2014, broschiert, 207 Seiten, 14,99 Euro*

Islamisten werden ihn mögen

Wie viel brisante Religionskritik steckt überhaupt im neuen Houellebecq-Roman?



Um es gleich vorweg zu sagen: Michel Houellebecqs angeblicher Skandalroman „Unterwerfung“ ist mit Sicherheit kein islamfeindliches Werk, wie vielfach behauptet wird – vor allem natürlich wieder einmal von jenen, die noch keine einzige Zeile daraus gelesen haben.

Genauso wenig kann man das Buch, dessen deutsche Startauflage von 100 000 innerhalb kürzester Zeit vergriffen war, schwerlich als ferne Utopie bezeichnen, obwohl es das Frankreich des Jahres 2022 beschreibt. Dafür enthält die Handlung zu viele realistische Elemente, die an gegenwärtige Zustände und Tendenzen erinnern: Angesichts des drohenden Wahlsieges von Marine Le Pens Front National sucht die in der Defensive befindliche Sozialdemokratie nach Verbündeten und paktiert dabei mit restlos jeder Gruppierung, die sich ihrem „Kampf gegen Rechts“ anschließt.

In diesem Zusammenhang kommt eine überaus mitgliederstarke Migranten-Partei namens Bruderschaft der Muslime ins Spiel. Geführt wird sie von dem charismatischen tunesischstämmigen Mohammed Ben Abbes. Selbiger versteht es perfekt, den „gemäßigten“ Moslem herauszukehren und so die Naivität der etablierten Politiker und wesentlicher Teile des Volkes in Bezug auf den Islam auszunutzen. Deshalb wird er am Ende des zweiten Wahlgangs dann tatsächlich zum Präsidenten der Republik gewählt, während der bekennende Katholik François Bayrou zum Premierminister avanciert und vom „Dialog der Religionen“ schwafelt, ohne zu begreifen, wohin der Zug nun fährt.

Für Neu-Muslime dreifaches Gehalt

Darum entwickelt er auch keinerlei Widerstand gegen die nachfolgende Islamisierung Frankreichs unter der Herrschaft des Muslimbruders Ben Abbes, welche Houellebecq vor allem anhand der Veränderungen der Konsum- und Freizeitgewohnheiten, der Rücknahme des Burkaverbotes sowie der Einführung der Polygamie beschreibt. Darüber hinaus wird geschildert, wie die neue Regierung in Paris dafür sorgt, dass Algerien, Marokko und Tunesien umgehend Aufnahme in die EU finden.

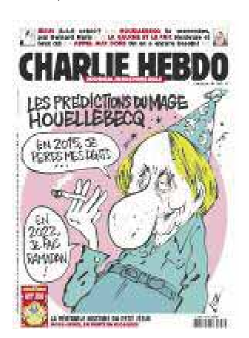
Aber das alles kann niemals als Erklärung für die Anschläge von Paris herhalten, auch wenn diese justament an dem Tage erfolgten, an dem das Satire-Magazin „Charlie Hebdo“ eine Nummer herausbrachte, die Houellebecq und seinem Buch gewidmet war. Denn nicht ein Satz in „Unterwerfung“ – übrigens die einzig korrekte und sinnwahrende Übersetzung des Wortes „Islam“ – lässt sich als Beleidigung oder Verleumdung der Religion Mohammeds interpretieren. Ganz im Gegenteil!

Was der Ich-Erzähler François, ein wissenschaftlich weitgehend ausgebrannter und emotional gestörter Literaturprofessor an der Pariser Sorbonne, da auf 272 Seiten ausbreitet, klingt eher wie ein Loblied auf den Islam: Die umfassende Islamisierung Frankreichs führt dazu, dass die Sozialausgaben, die Arbeitslosigkeit und die Kriminalitätsrate im Rekordtempo sinken. Außerdem verschwindet die lästige Gender- und Gleichstellungs-Ideologie.

Es findet also keine Demaskierung des Islam statt – beispielsweise durch drastische Schilderungen der Auswirkungen der ebenfalls eingeführten Scharia. Vielmehr ist das Schlimmste, was der sexuell umtriebige Professor im neuen Frankreich erleben muss, das plötzliche Verschwinden der hübschen Hintern seiner Studentinnen unter unvorteilhaft weiten Gewändern. Dafür aber winken im Gegenzug höchst beachtliche Privilegien für eine Unterwerfung unter den Islam: So könnte sich François jetzt ganz legal vier blutjunge und damit unbedarft-aufreizende Gemahlinnen zulegen – wie das seine bereits konvertierten Kollegen und Vorgesetzten an der nunmehrigen „Islamischen Universität Sorbonne“ meist schon getan haben. Ebenso winkt jedem Neumuslim eine sofortige Verdreifachung des Gehaltes, welche übrigens aus einem Topf finanziert wird, den „uneigennützige“ Sponsoren aus Saudi-Arabien füllen. Deshalb gibt der Erzähler dann auch auf den letzten Seiten des Buches zu erkennen, dass er demnächst sicher ebenfalls zum Islam übertreten werde – eine Ankündigung, die mit den Worten schließt: „Ich hätte nichts zu bereuen.“

Wenn Houellebecq also jemanden angreift, dann nicht den Islam oder die Muslime, sondern die französischen Politiker und Intellektuellen sowie auch Kirchenleute, Gewerkschaftsvertreter und Journalisten, die er wahlweise als Dummköpfe, krasse Opportunisten oder Egoisten charakterisiert.

Für den Träger des Prix Goncourt, des wichtigsten französischen Literaturpreises, der bereits in seinen früheren Werken wie „Ausweitung der Kampfzone“, „Elementarteilchen“ und „Plattform“ ähnliche Töne anschlug, sind die Verkommenheit der Eliten in unserer Gesellschaft sowie auch der blindwütige Atheismus und der gefühllose Individualismus unter den Menschen des Abendlandes das Hauptproblem. Demgegenüber verkneift sich Houellebecq jedwede offene Kritik am Expansionsdrang und der archaischen Mentalität der Moslems. Lesern, die eine Schreckensvision über die Herrschaft des Islam erwarten, ist das Buch daher kaum



Houellebecq auf dem Titel von „Charlie Hebdo“ Bild: PAZ

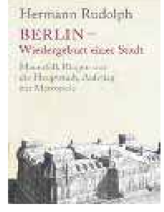
zu empfehlen. Statt dessen dürfte es eine anregende Lektüre für all jene sein, die die Motivation der westlichen Islamversteher nachvollziehen wollen und sich darüber hinaus verstohlen fragen, wie weit sie denn selbst zu gehen bereit wären, wenn ihnen die Kapitulation vor einer Religion, die sie eigentlich rundheraus ablehnen, durch vielerlei Privilegien versüßt würde.

Der Roman bringt Houellebecqs Leben daher wohl nicht in Gefahr – jedenfalls nicht durch islamische Fanatiker. Die werden das Buch eher als willkommene Bestätigung ihrer Ansichten über den dekadenten und deshalb dem Untergang geweihten Westen sehen. Und das weiß Houellebecq natürlich auch. Sein urplötzlicher Rückzug aus der Öffentlichkeit dürfte daher aus der Verschlimmerung seiner beständig präsenten Depressionen resultieren, ausgelöst durch die Ermordung von Houellebecqs Freund, den „Charlie-Hebdo“-Miteigentümer und -Autor Bernard Maris. *Wolfgang Kaufmann*

***Michel Houellebecq: „Unterwerfung“**, DuMont Buchverlag, Köln 2015, 272 Seiten, gebunden, 22,99 Euro*

Ein hochkomplexer Prozess

Nach 30 Jahren Mauertrennung: Wie das zweigeteilte Berlin zur gesamtdeutschen Hauptstadt wurde



Als Folge der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde Berlin Hauptstadt der Bundesrepublik. Dennoch stand erst am 20. Juni 1991 durch einen knappen Mehrheitsbeschluss des in Bonn tagenden Bundestags fest, dass die Stadt an der Spree auch Sitz von Parlament und Regierung wird.

Nach fast 30-jähriger Mauertrennung und vier Jahrzehnten unterschiedlicher Prägung von West- und Ostberlin, entwickelt sich die vereinigte Stadt seitdem im atemberaubenden Tempo zur gesamtdeutschen Metropole.

Die Geschichte dieser Entwicklung ist hochkomplex und lässt sich nur mit Mut zur Lücke zwischen zwei Buchdeckeln unterbringen. In seinen dynamischen Ausführungen mit dem Titel „Berlin – Wiedergeburt einer Stadt“ befasst sich der langjährige Chefredakteur und jetzige Herausgeber des „Tagesspiegels“, Hermann Rudolph (75), „mit dem schwierigen Erneuerungsprozess der Stadt in den Übergangsjahren 1989 bis 1999. Der Autor schöpft aus einem großen Wissensschatz und bezieht sich auf zahlreiche Bücher, Zeitungen und sonstige Quellen. Die Hälfte seines Bandes ist den Berlin-Bonn-Debatten gewidmet. Sie fanden einerseits im Vorfeld der Entscheidung vom 20. Juni 1991 statt und andererseits im Zuge der Verteilungskämpfe zwischen dem Berlin- und dem Bonn-Lager um Ministerien und Besitzstände. Noch zweieinhalb Jahre nach dem Umzugsbeschluss wurden sie ausgetragen, berichtet Rudolph.

Große Mühen und Herausforderungen

„Der Rohbau für das neue Berlin“, so der damalige regierende Bürgermeister Diepgen, stand bereits 1992 fest. Doch dieser „Auszwei-mach-eins-Prozess“ war gespickt mit großen Mühen und Herausforderungen. Bis zur Wiedervereinigung gab es zwei Stadtzentren, zwei Telefonnetze, zwei Systeme für Verwaltung und Verkehr, unterschiedliche Wissenschaftsbetriebe und Wirtschaftsstrukturen. Beim Umgestaltungsprozess prallten gegensätzliche Vorstellungen und unterschiedliche Mentalitäten aufeinander.

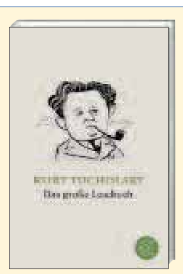
Der Verfasser hat sich auf die Baugeschichte der 1990er Jahre konzentriert. Der durch den Beschluss, Parlaments- und Regierungssitz an die Spree zu verlegen, losgetretene Bauboom erlaubte seinerzeit nur den Vergleich mit der Großbaustelle Shanghai, so Rudolph. Ausgiebig beschäftigt er sich mit der „Suche nach einer Mitte“ der Stadt und mit „Bauen als großes Theater“.

Er schildert die im Ostteil der Stadt bestehenden Vorbehalte gegen den Abriss von repräsentativen Bauten aus der DDR-Zeit. Ebenso geht er auf Querelen um historische Rekonstruktionen ein und auf das Problem der enteigneten Grundstücke im Osten. In seinem Resümee bekennt er sich zu den Ergebnissen der innerstädtischen Stadterfindung, wenn er die Frage stellt: Was wäre Berlin ohne Reichstagskuppel und Regierungsviertel, ohne kulturellen Einrichtungen, diplomatische Missionen, oder die Fülle der Verbände und Repräsentantenbüros?

Berlin sei eine Marke und seit Langem einer der gesuchtesten Orte in Europa und der Welt. Allerdings habe der Standortbeschluss das Ungleichgewicht zwischen neuen und alten Ländern nicht abgetragen.

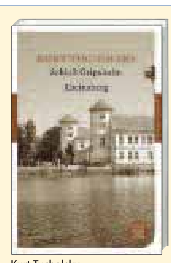
Mit Firmenkrisen und Massenentlassungen, von denen die Stadt in den 90er Jahren immer stärker betroffen war, sowie allgemein mit dem „sozialräumlichen Wandel“ – Stichwort: Mietsteigerungen, Wohnungsnot, Gentrifizierung – hat sich der Verfasser leider nur am Rande befasst. Erst auf Seite 363 findet sich der dürre Hinweis auf ein Thema, das „jenseits von Innenstadtkonferenzen seine Spur durch die Öffentlichkeit zieht wie ein Brandpfeil“. Gemeint ist das „Ausländerproblem“, das ein Bündel kontroverser Themen im Schlepptau habe. Vage auch bleibt die Bemerkung im Prolog, die Berliner Politik erwecke den Eindruck von Ratlosigkeit. So lässt auch das Buch den Leser ein wenig ratlos zurück. *Dagmar Jestrzemski*

***Hermann Rudolph: „Berlin – Wiedergeburt einer Stadt. Mauerfall, Ringen um die Hauptstadt, Aufstieg zur Metropole“**, Verlag Bastei Lübbe, Köln 2014, Gebunden, 440 Seiten, 24,99 Euro*



Kurt Tucholsky
Das große Lesebuch
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A0589 12,00 €

Vor 125 Jahren wurde Kurt Tucholsky geboren. Einer der wichtigsten Kämpfer für die Republik, der nicht müde wurde, den Militarismus seiner Zeit, die Verfilzungen der Justiz und den aufkommenden Nationalsozialismus anzuprangern. Dieser kleine bibliophile Band versammelt die wichtigsten Satiren des politischen Publizisten, darüber hinaus aber auch zahlreiche Texte, die sich – humorvoll und fern von aller Politik – den großen und kleinen Fragen des Lebens widmen. Ein Lesegenuss für Jung und Alt und für alle die unabhängiges Denken mögen.



Kurt Tucholsky
Schloß Gripsholm Rheinsberg
176 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0825 8,99 €

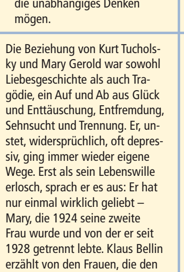
In seinen Liebesromanen nimmt der berühmte Satiriker Kurt Tucholsky eine Art Auszeit von den politischen Kämpfen der Weimarer Republik. Zwar fehlt auch die Zeitkritik nicht, immer aber bleibt alles wunderbar leicht und fast märchenhaft. Mit ihrer Lebensfreude und entspannten Erotik verkörpern die Liebespaare, die Tucholsky auf ihren sommerlichen Urlaubsreisen begleitet, eine Art Gegenwelt zu deutsch-nationalen Gefühlen. Kurt Tucholsky (1890–1935) war einer der bedeutendsten und scharfzüngigsten Journalisten und Schriftsteller der Weimarer Republik, ein pessimistischer Aufklärer, ein Meister der kleinen Form.



Egon Flaig
Gegen den Strom
Für eine säkulare Republik Europa
Europa bricht auseinander. Nur über die Suche nach den Gründen des Scheiterns lassen sich die Bedingungen des Gelingens finden. Das erfordert, so zeigt dieses Buch, historische Rückbesinnung, nicht zuletzt auf die hellenischen Grundlagen unserer Kultur: Niemals kann ein freiheitliches Gemeinwesen sich gründen auf religiöse Gebote oder ökonomische Interessen, sondern einzig auf den politischen Willen seiner Bürger. Unverzichtbar ist ein kulturelles Gedächtnis, welches jene universalistische und menschenrechtliche Orientierung stabilisiert, der sich die westlichen Demokratien verpflichtet wissen. Denn nur diese vermag zu garantieren, dass die historische Wahrheit eine verbindliche Leitidee bleibt und die globalen Zukunftsentwürfe auf allgemeiner Vernunft basieren. Andernfalls, so zeigt der Autor, sind gefälschte Vergangenheiten und daraus abgeleitete Ansprüche nicht zurückweisbar und die Feinde der Freiheit nicht benennbar, sind die parallelgesellschaftlichen Zerrissenheiten nicht zu überwinden und die theokratischen Drohungen nicht zu parieren. 256 Seiten
Nr. P A0771 Gebunden 22,00 €

Lachauer/Rutsch/ Borodziej
Als der Osten noch Heimat war
Was vor der Vertreibung geschah
320 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0338 9,99 €

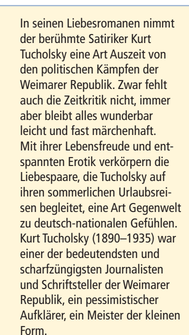
Pommern, Schlesien, Westpreußen – die Namen stehen für eine Welt, die 1945 untergegangen ist. Millionen deutscher Flüchtlinge verloren ihre Heimat. Wie aber genau sah diese Heimat aus? Wie sah diese Welt damals aus, die viele Vertriebene in Erinnerung behielten? Eine Frage, die bis heute in Deutschland kaum gestellt wird und deren Beantwortung einen ungewöhnlichen Blick auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung ermöglicht. Die Autoren Ulla Lachauer, Wlodzimierz Borodziej, Gerald Endres, Hans-Dieter Rutsch und Beate Schlanstein breiten ein fesselndes historisches Panorama aus.



Klaus Bellin
Es war wie Glas zwischen uns
Die Geschichte von Mary und Kurt Tucholsky
231 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0826 9,99 €

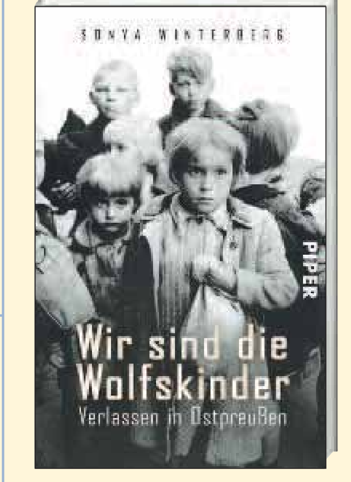
Die Beziehung von Kurt Tucholsky und Mary Gerold war sowohl Liebesgeschichte als auch Tragödie, ein Auf und Ab aus Glück und Enttäuschung, Entfremdung, Sehnsucht und Trennung. Er, unstet, widersprüchlich, oft depressiv, ging immer wieder eigene Wege. Erst als sein Lebenswille erlosch, sprach er es aus: Er hat nur einmal wirklich geliebt – Mary, die 1924 seine zweite Frau wurde und von der er seit 1928 getrennt lebte. Klaus Bellin erzählt von den Frauen, die den Lebensweg des Schriftstellers kreuzten – und von der einen Liebe, die nicht gelebt werden konnte und trotzdem nicht starb. Der Potsdamer Klaus Bellin würdigt eine tolle, unfassbare Frau.

Der Maler Eduard Bischoff wurde vor 125 Jahren in Königsberg/Preußen geboren.

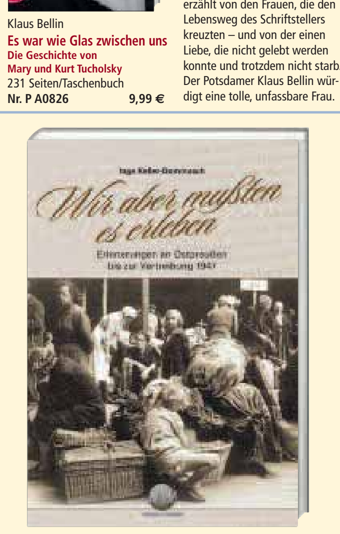


Hans Helmut Lankau/Jörn Barfod
Eduard Bischoff 1890–1974
Maler aus Königsberg
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0827 12,95 €

Der aus Königsberg/Pr. gebürtige Maler Eduard Bischoff (1890–1974) gehört zu den herausragenden Künstlern Ostpreußens in unserem Jahrhundert. Er lebte, lernte und lehrte in Königsberg und schuf dort eine Fülle bekannter Werke, deren Inhalt Land und Leute in zeitgültiger und treffender Art schildern. Nach 1945 setzte er in Stil und Inhalt die Kunst Ostpreußens im Westen Deutschlands noch gut zwei Jahrzehnte lang fort. Hier malte er unter anderem das bekannte Triptychon „Ostpreußen“ von 1958. Mit reicher Illustration (ca. 70 Abb.) würdigt das Buch zum ersten Mal in größerem Rahmen Leben und Werk des bekanntesten Königsberger Malers.



Sonja Winterberg (336 Seiten)
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Vermisst, verloren, vergessen: Über 20.000 deutsche Kinder werden ab 1944 in Ostpreußen von ihren Familien getrennt – viele für immer. Gegen Hunger, Kälte und sowjetische Willkür führen sie einen Kampf um Leben und Tod. Monatelang streifen sie, Wölfen gleich, durch die Wälder Litauens. Nach jahrzehntelangem Schweigen erzählen die letzten Wolfskinder erstmals von den Schrecken der Vergangenheit.
Nr. P A0485 Gebunden 19,99 €
Nr. P A0699 Taschenbuch 9,99 €



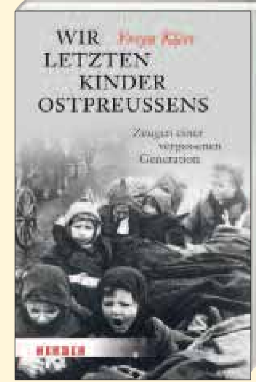
Inge Keller-Dommasch
Wir aber mussten erleben
Erinnerungen an Ostpreußen bis zur Vertreibung 1947
In Ostpreußen geboren und aufgewachsen, erlebte Inge Keller-Dommasch die schweren Jahre von 1944 bis 1947 in ihrer Heimat. Sie schildert in ihrem autobiografischen Bericht einen Teil ihrer Kindheit, die eigentlich längst keine mehr war. Immer bedroht von Hunger, Vergewaltigung, Vertreibung und Tod, musste sie mehrere Jahre mit ihrer Mutter und Großmutter um das Überleben kämpfen. Die Autorin schildert eindringlich den Alltag in dieser Zeit. Ergänzt durch Texte ihrer Mutter, ergibt sich ein lebendiges Bild der unmittelbaren Nachkriegszeit. Inge Keller-Dommasch, geb. 1930 in Kaukehmen in Ostpreußen, wurde im November 1947 zusammen mit ihrer Mutter aus Ostpreußen ausgewiesen. Nach mehrjährigem Aufenthalt im Rheinland heiratete sie 1962 und lebt seither in der Schweiz. 288 S.
Nr. P A0663 Gebunden mit farbigem Überzug 21,80 €

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €

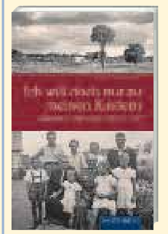
Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.

Traudl Junge
Bis zur letzten Stunde
Hitlers Sekretärin erzählt ihr Leben
Nr. P 9074 8,95 €

Traudl Junge war zweiundzwanzig und träumte von einer Karriere als Tänzerin als sie die „Chance ihres Lebens“ bekam: Adolf Hitler bat die junge Sekretärin zum Diktat. Von 1942 bis zu Hitlers Tod war sie stets an seiner Seite, tippte seine Reden, seine Briefe und sogar sein so genanntes „privates“ und „politisches“ Testament. Als Zeitzeugin erlebte Sie die letzten Tage im Führerbunker und berichtet über ihre Begegnungen mit den Größen des Dritten Reiches. Ihr Buch war Vorlage für den großen Kinofilm „Der Untergang“, produziert von Bernd Eichinger über die letzten Tage des Dritten Reiches. 271 Seiten. Taschenbuch

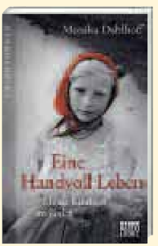


Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
Zeugen einer vergessenen Generation
Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht“ zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Später arbeitete sie als Schauspielerin und Theaterregisseurin, 1980 war sie Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung. Freya Klier hat zahlreiche Preise und Ehrungen erfahren, unter anderem erhielt sie im Jahr 2012 das Bundesverdienstkreuz. 448 Seiten
Nr. P A0789 Gebunden 22,99 €



Rosa Labenski
Ich will doch nur zu meinen Kindern
Gefangen in Ostpreußen 1945 bis 1948 224 Seiten
Nr. P 533130 Geb. 14,95 €

Januar 1945: Auf der Flucht vor der heranrückenden russischen Front zieht Rosa Labenski mit ihren vier jüngsten Kindern durch Ostpreußen. So beginnt der Leidensweg der 54-Jährigen. Ort für Ort werden die Zivilisten weitergetrieben. Die Angst vor Übergriffen durch russische Soldaten ist immer mit dabei. Dann wird Rosa Labenski gefangen genommen und von ihren vier Kindern getrennt. Die Zeit ihrer Internierung wird von der Sehnsucht nach ihren Kindern beherrscht. Dieses Sehnen gibt ihr die Kraft, Schikanen, Hunger und die Strapazen von Gefangenschaft und Arbeitslagern zu ertragen. Ein Wiedersehen mit ihren Kindern aber gibt es erst nach drei Jahren im hessischen Marburg. Die Schilderungen lassen die Ereignisse der letzten Kriegsmonate in Ostpreußen wieder lebendig werden.



Monika Dahlhoff
Eine Handvoll Leben
Meine Kindheit im Gulag
272 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0661 8,99 €

Im Winter 1944 wird die kleine Monika von russischen Soldaten verschleppt. Zusammen mit anderen Kindern wird sie in einem abgelegenen Gulag völlig sich selbst überlassen. Durch ständigen Hunger, beißende Kälte und fehlende Fürsorge verwahrlost sie immer mehr. Als das Mädchen nach Jahren befreit wird, bleibt ihr ein normales Leben versagt. In einer Pflegefamilie versucht man der traumatisierten Monika mit Strenge und Gewalt beizukommen, doch sie sehnt sich nach Geborgenheit und hofft noch immer auf ein Wiedersehen mit ihrer Mutter.



Detlef Arntzen
Der Brief meiner Mutter
Flucht Januar 1945
Die Mutter von Detlef Arntzen schreibt im Februar 1945 einen Brief über die Flucht aus Königsberg als Rotkreuzschwester zusammen mit einer Freundin, die als Zivilistin ohne Schwesterntracht in einen Flüchtlingszug gelangt. Vor den Weichselbrücken muss der Zug umkehren, weil die Russen durchgebrochen sind. Nach fünfzig Stunden ist der Zug wieder in Königsberg. Die beiden Frauen versuchen eine zweite Flucht nach Pillau, um von der ostpreußischen Hafenstadt mit einem Schiff in den Westen zu gelangen. Detlef Arntzen zitiert den Brief, beschreibt in seiner Novelle ein späteres Gespräch mit seiner Mutter und gibt seine Darstellung der Flucht mit ihrem unerwarteten Ende. 48 Seiten
Nr. P A0814 Taschenbuch 8,50 €

Ella Brümmer (280 Seiten)
Ein Leben – Zwei Seiten
Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen
Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtingsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von neunzehn Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick bewerkstelligte. Die Zeit nach dem Ende des Krieges waren geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und alle Mitarbeiter. Vor der herannahenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft nicht zu Verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.
Nr. P A0778 Gebunden 22,00 €

Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Mit einem Vorwort von Arno Surminski. 384 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P A0315 12,95 €

Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht. Doch anstatt in den Westen zu gelangen, fällt sie in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Dann aber bricht eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Von morgens bis abends schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Die lange Flucht dauert dreieinhalb Jahre.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Gütersloh will kein Mahnmal

Gütersloh – Die Bürgermeisterin von Gütersloh, Maria Unger (SPD), hat im Einvernehmen mit den Führern der Ratsfraktionen drei örtlichen syrisch-orthodoxen Gemeinden verweigert, in der Stadt ein Mahnmal für den türkischen Völkermord an mehr als einer Millionen Christen im Jahre 1915 zu errichten. Der Generalkonsul der Türkei und türkische Verbände hatten protestiert. Das Mahnmal könne Unfrieden stiften, hieß es aus Kreisen von Politik und Stadtverwaltung. *H.H.*

Türken wollen zurück

Kopenhagen – Drei Viertel der lange in Dänemark lebenden Türken erwägen, das Land gen Türkei zu verlassen, so eine Umfrage der Zeitung „Opinionen". Etwa die Hälfte nennt als Grund die Debatte über Einwanderung. Insbesondere seit dem Streit um Karikaturen in „Jyllands Posten" 2006 hatte sich die Diskussion verschärft. Laut einer anderen Umfrage sieht eine Mehrheit der Dänen die Schuld dafür bei Migranten. *H.H.*

ZUR PERSON

Lauter Schreck von rechts

Sensationeller Schreckensausgang der Bundestagswahl 2017: Linken-Spitzenkandidat Gregor Gysi gewinnt haushoch und bildet eine Koalition mit einer Partei weit, weit rechts der AfD. So ungefähr muss man sich den Ausgang der Griechenland-Wahl vorstellen, nach der jetzt der linke Premier Alexis Tsipras einen Regierungsspagat mit **Panos Kammenos** von der rechten Partei Unabhängige Griechen (Anel) vollzieht.

So unterschiedlich ihre Auffassungen in vielen Bereichen auch sind – Tsipras will Einwanderungsgesetze lockern, Kammenos will sie verschärfen, Tsipras will Oligarchen entmachten, Kammenos ist als Ex-Vize-Schifffahrtsminister und Freund reicher Reeder strikt dagegen –, so eint sie doch der Hass auf die von der EU-Troika verordnete Sparpolitik.

Der oft unbeherrscht und polternd auftretende Kammenos, der im Mai 50 Jahre alt wird, benutzt in dem Zusammenhang gern Kriegsmetaphern, um Front gegen die EU zu machen. Sein Land sei von den Geldgebern „besetzt" und müsse „befreit" werden. Besonders die Deutschen hat er im Visier: „Wir haben sie im Krieg geschlagen. Wir werden sie auch in dem Vierten Reich wieder schlagen, das sie durchzusetzen versuchen." Dazu passt, dass er und Tsipras Reparationen für die NS-Besatzung in Höhe von 162 Milliarden Euro plus Zinsen fordern.



Der als Rechtspopulist bezeichnete Vater von fünf Kindern, der in Lyon Wirtschaft und Psychologie studiert hat, war Abgeordneter der christdemokratischen Nea Dimokratia, ehe er 2012 die Anel gründete. Mit 4,8 Prozent gelang ihm mit letzter Kraft der Sprung ins Parlament. Mit den für seine Partei anvisierten Ministerressorts für Verteidigung und Bildung wird er aber wenig zu sagen haben, was den künftigen EU-Kurs von Tsipras angeht. *Harald Tews*



Wie wir das Teilen doch noch lernen!

Das gewünschte Bild

Woher das Ausland von Pegida weiß, wie ein Mord auf einmal ganz unwichtig wird, und warum manche so gern Despoten wären / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Deutschen machen sich international unmöglich. Außenminister Frank-Walter Steinmeier ermahnt uns in eindringlichen Worten: Überall in der Welt werde er auf Pegida angesprochen, das Bild sei ganz furchtbar.

Aha? Woher weiß man im Ausland eigentlich von Pegida? Aus den gleichen Quellen, aus denen wir im Gegenzug von politischen Bewegungen in anderen Ländern erfahren. Unser Bild vom Ausland fabrizieren uns unsere großen Medien.

Und woher wissen die das alles? Die haben ihre tiefen Einsichten wiederum meist von den großen Medien in den fernen Ländern, von dortigen „Experten" und von Leuten, die sie für „glaubwürdig" halten – sprich, von ausländischen Zeitgenossen, die das Gleiche glauben wie sie. Das sind beispielsweise „kritische Intellektuelle", also Linke, oder „demokratische Politiker", zu denen natürlich nur solche zählen, die auf keinen Fall rechts der politischen Mitte einzuordnen sind.

Die ausländischen Medien fragten unsere „demokratischen Politiker", „kritischen Intellektuellen" und andere „glaubwürdige Quellen", was Pegida ist, und die haben geantwortet: ein schlecht getarnter Nazi-Aufmarsch. Monatelang hat unsere „Elite" dahingehend Überzeugungsarbeit geleistet, jetzt trägt die Saat Früchte: Die im Ausland haben den Blödsinn mit den angeblichen Nazis geschluckt und stellen wie erhofft „besorgte Fragen".

Herr Steinmeier kann das als persönlichen Erfolg verbuchen. Die Grusel-Karikatur von Pegida, an der er und die Seinen so lange emsig gepinselt haben, ist auf Welttournee gegangen, wo man sie offenbar – welche Freude! – sogar für ein originalgetreues Foto hält. Der Minister äußerte seine freudige Mahnung übrigens von Algerien aus, was die Frage provoziert: Wie sagt man „Lügenpresse" eigentlich auf Arabisch?

Macht Steinmeier die Deutschen im Ausland etwa schlecht? Iwo, er möchte nur nichts beschönigen und bleibt daher strikt bei der von ihm selbst gebogenen Wahrheit. Denn er will, als Außenminister ganz und gar Repräsentant der heutigen Polit-Elite, nichts mehr zu tun haben mit den verknöcherten Diplomaten der klassischen Schule.

Wenn ein Ausländer denen eine Frage über Entwicklungen in Deutschland stellte, die ihm nicht geheuer waren oder die er nicht verstand, haben deutsche Diplomaten alter Schule versucht, dem Fremden die wahren Nöte und Ziele der deutschen Landsleute zu erklären, um unbegründete Sorgen zu zerstreuen. Da ist Steinmeier aus ganz anderem Holz – man ist schließlich kein Nationalist!

Um das erwünschte Bild von Deutschland in die Welt zu tragen, ist eine sorgfältige Auswahl der Nachrichten unverzichtbar. So machten die Demonstrationen nach dem gewaltsamen Tod des 20-jährigen Eritreers Khaled Idris große Furore. Der sei, so war man sich schnell einig, von deutschen Rassisten ermordet worden. Und zwar in Dresden! Im Internet riefen linke Gruppen zur „Rache für Khaled" auf. Dass dessen Tod mit Pegida zu tun hatte, war ja wohl klar.

Fast 3000 Demonstranten marschierten durch Dresden, mit „Ich bin Khaled"-Schildern in den Händen. In Berlin nutzten fast 2000 ihre Chance. In den Mainstream-Medien erschienen düstere Berichte aus dem finsteren Pegida-Nest Dresden, wo Ausländer in ständiger Furcht lebten – zu Recht, wie ja nun jeder sehen konnte. „Wir haben solche Angst", gestand der 26-jährige Hassan S., Zimmernachbar des Getöteten, der „Tagesschau".

Der Aufstand der Anständigen kam schon ins Rollen, als alles ein jähes Ende nahm. Idris war gar nicht von deutschen Rassisten getötet worden. Die Mordkommission hat Hassan S., den Zimmernachbarn aus der „Tagesschau", als dringend Tatverdächtigen festgenommen.

Nicht das erste Mal, dass sich eine angeblich rassistische Tat als ganz etwas anderes entpuppt. Es ist indes immer gleich, wie es nach so einer Enthüllung weitergeht: Die eben noch zu jeder Empörung Entschlossenen hatten zwar betont, dass sie den Vorfall keineswegs politisch ausschlachten wollten gegen Andersdenkende. Es gehe ihnen ausschließlich um den „gewaltsamen Tod eines unschuldigen Menschen". Doch jetzt, wo die Sache zum Ausschlachten tatsächlich nichts mehr hergibt, verlieren sie urplötzlich jedes Interesse am „gewaltsamen Tod eines unschuldigen Menschen" und schlurfen müde pfeifend von der Bühne – war was? Wenn Sie noch nicht wissen, wie Sie einem Zwölfjährigen erklären sollen, was „Zynismus" bedeutet – hier haben Sie die Lösung.

> **Als der Täter dann doch kein deutscher Rassist war, verloren sie urplötzlich das Interesse**

Allerdings ist für die „Ich bin Khaled"-Demonstranten mit der unerwünschten Enthüllung nicht alles verloren. Wie gesagt, die Auswahl der Nachrichten entscheidet über das Gesamtbild. Zumindest im Ausland dürfte viel von dem „rassistisch motivierten Mord" in der „Pegida-Stadt Dresden" gestanden haben, dagegen aber so gut wie nichts darüber, dass das leider eine Ente war.

Somit ist doch schon etwas erreicht. Dennoch zappeln Vertreter der etablierten Politik immer nervöser herum bei der Frage, wie sie mit Pegida umgehen sollen. Nachdem SPD-Generalin Fahimi noch jedes Gespräch abgelehnt hat, taucht ihr Parteichef Gabriel unverhofft bei einer Diskussionsveranstaltung mit der Bürgerbewegung auf. Immer verwirrter zeigen sich auch die Reihen der Union.

Mit wem darf man reden, mit wem nicht? Und wenn ja, dann wo? Und wann? Die Antworten werden jeden Tag verworrener. Selbst Popsänger Herbert Grönemeyer ließ am Rande seines verregneten Dresdener Konzerts eine eigene Handlungsanweisung vom Stapel: Also mit dem „harten Kern" auf keinen Fall.

Blättern wir mal kurz zurück in der Demokratiegeschichte, ganz an den Anfang, zur Athener Volksversammlung, wo die Wurzel unserer Demokratie liegen soll, auf die wir alle so stolz sind. Da hatte jeder vollberechtigte Bürger das Recht, zur Versammlung zu reden und von ihr gehört zu werden. Wer an diesem Recht rütteln wollte, musste sich als Gegner der Polis auf was gefasst machen. Das Gegenmodell dazu ist die Despotie, wo ein Potentat oder eine Herrscher-Clique nach Gutdünken entscheidet, wer an der Debatte teilnehmen darf und wer nicht.

Jeder möge für sich entscheiden, in welcher Tradition er Frau Fahimi, Herrn Grönemeyer und ihresgleichen stehen sieht.

Für den Herrscher hat die Despotie den Vorteil, dass er die Regeln und Gesetze willkürlich ändern kann und an keine Verträge gebunden ist. Daher legen wir heute so viel Wert darauf, dass Gesetze und Verträge eingehalten werden, damit wir bloß nicht mehr zurückfallen in die Willkürherrschaft.

Nicht von ungefähr haben die Granden der Euro-Länder den neuen griechischen Regierungschef Alexis Tsipras sofort nach Amtsantritt gemaßregelt: Wir können ja über alles reden, nur an die Verträge musst du dich natürlich halten, wo kämen wir sonst hin?

Ja, wo kämen wir sonst hin? Wohin wohl? Sie ahnen es: Genau dahin, wo wir bereits seit Jahren sind. Das war schon lustig: Die da von oben herab auf Vertragstreue pochen, hocken selber auf einem stattlichen Schrotthaufen von Verträgen und Gesetzen, die sie eigenhändig zertrümmert haben.

Erinnern Sie sich noch an die „strikten Schulden-Obergrenzen" des Maastricht-Vertrages? Ha, ha! Oder daran, dass es einem Euro-Staat laut Vertrag „streng verboten" ist, für die Schulden eines anderen Staates einzustehen? Ich hab' noch einen: Wenn die Europäische Zentralbank irgendetwas auf keinen Fall darf, dann ist es die Finanzierung von Staatshaushalten „aus der Notenpresse", etwa per Anleihekauf.

Ja, ich weiß. Alles zum Teufel. Daher sind wir neugierig, mit welcher Ehrfurcht der Herr Tsipras die Forderung der vertragsbrüchigen Vertragspartner nach Vertragstreue aufnehmen wird.

MEINUNGEN

Tschechiens Ex-Präsident ***Vaclav Klaus*** *erklärt im Interview mit der Wiener „Presse" (20. Januar) den Übergang von der EG zur EU als historischen Fehler und fordert die Stärkung der* ***Nationalstaaten****:*

„Ohne Staaten kann Demokratie nicht existieren. Ein demokratisches System auf der Ebene von Kontinenten ist nicht möglich ... Dazu braucht man einen Demos, ein Volk. Und in Europa gibt es kein Volk. Wir sind nicht Europäer. Ich fühle mich nicht als Europäer."

Felix Honekamp *beleuchtet auf seinem Internetportal „papsttreuerblog.de" (22. Januar) den Kern* ***vermeintlich antifaschistischer Propaganda****:*

„Schon der angeblich antifaschistische Ausspruch ‚Rassismus/Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen' stellt ein totalitäres Ungetüm der Gedankenkontrolle dar, der dem Faschismus selbst entsprungen sein könnte (Ersetze Faschismus durch die Bezeichnung einer Religion, einer Nation, Rasse oder einer Minderheit, und schon ist man da)."

Im Interview mit „Im Blickpunkt" (26. Januar) erklärt der AfD-Landeschef von NRW, ***Marcus Pretzell****, was seiner Meinung nach* ***Bürgerbewegungen*** *wie „Occupy", Stuttgart 21", „Demo für alle" oder „Pegida"* ***miteinander verbindet****:*

„Es gibt aber einen Punkt, der all diesen Bewegungen gemein ist: Das ist die Tatsache, dass sich breiteste Bevölkerungsschichten in der gesamten politischen Willensbildung überhaupt nicht mehr repräsentiert sehen. Schlimmer noch: In weiten Teilen haben sie das Gefühl, dass ihnen überhaupt niemand mehr zuhört, dass sich die Politik einfach nicht mehr für sie interessiert."

„Focus"-Chefredakteur ***Ulrich Reitz*** *wirft in seinem Magazin (24. Januar) dem* ***herrschenden Lager*** *in Politik und Medien vor, die Wirklichkeit zu verbiegen und gegnerische* ***Meinungen pauschal zu dämonisieren****. Damit heize es die Stimmung weiter an:*

„Es gibt nur eine Möglichkeit, in aufgeheizter Stimmung Frieden zu stiften: über Einwanderung, Euro-Skepsis und Islamkritik miteinander zu reden. Wobei die Linke anerkennen muss, dass Positionen rechts von einer sozialdemokratischen Mitte nicht schon ‚rechtspopulistisch', ‚islamophob', ‚ausländerfeindlich' oder ‚faschistisch' sind. Über Jahre haben Journalisten diesen Sprachgebrauch übernommen, der die Wirklichkeit verbiegt."

Alexander Grau *kritisiert im „Cicero" (24. Januar) das* ***tonangebende linke Milieu****, das in alten Klischees* ***festgerostet*** *und unfähig zur Diskussion geworden sei:*

„Da man sich im (linksliberalen) Milieu der kritischen Mahner im Besitz eines Demokratiepatents wähnt, sind demokratische Forderungen nur dann demokratisch, wenn sie in das eigene politische Raster passen. Kritisches Denken beweist sich dadurch, dass man die ewig gleichen Politphrasen reproduziert. Und der Multikulturalismus, den man predigt, hat mit Vielfalt nichts zu tun, er ist eine Einheitskultur, in der Bunt das neue Uni ist."